

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mtl., monatlich 1,10 Mtl., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mtl. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mtl., für das übrige Ausland 3 Mtl. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsheftige Annoncenzeile oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Anzeigen und Bekanntmachungen 80 Pf., „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zweiwöchige festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schloßhermannsanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 27. August 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Au die Parteigenossen!

Die Preise für die meisten Lebensmittel sind abermals enorm gestiegen, besonders die Fleischpreise haben eine Höhe erreicht, die den Arbeitern den Fleischgenuss geradezu unmöglich macht. Millionen Männer, Frauen und Kinder sind zur Unterernährung gezwungen, die Volksgesundheit ist auf das schwerste gefährdet.

Durch Missernten und Viehseuchen können die Preise für Lebensmittel eine natürliche Steigerung erfahren, in Deutschland aber muß immer wieder Protest erhoben werden gegen die brutale Agrarpolitik, die im Interesse des Großgrundbesitzes Geseze geschaffen hat, durch die die Lebensmittelpreise künstlich in die Höhe getrieben worden sind und dauernd hochgehalten werden sollen. Gegen diese agrarische Politik, die zeitweilig wahre Hungersnotpreise im Gefolge hat, gilt es angesichts des zurzeit herrschenden Notstandes im ganzen Reiche Protest zu erheben und Abhilfe zu fordern.

Wir empfehlen deshalb den Parteiorganisationen die Verbreitung von aufklärenden Flugschriften und die Einberufung von Volksversammlungen. In diesen Versammlungen muß die zeitweilige Aufhebung der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, die Deynung der Grenzen (unter Beibehaltung wirklich unerläßlicher Schutzbestimmungen zur Verhütung von Seucheneinschleppung) für die Einfuhr von Schlachtvieh verlangt und die Beseitigung der Bestimmungen des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes, durch die die Einfuhr frischen und zubereiteten Fleisches geradezu unmöglich gemacht wird, gefordert werden. Weiter muß die sofortige Einberufung des Reichstages verlangt werden.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Genossen überall bestrebt sein werden, die Versammlungen zu wichtigen Demonstrationen gegen die agrarische Raubpolitik zu gestalten.

Berlin, den 26. August 1912.

Der Parteivorstand.

Die Angestellten und die Parteien.

Unter den Anträgen zum diesjährigen Parteitag findet sich nicht weniger als ein gutes Duzend, die dem Parteivorstand eine besonders eifrige Agitation unter den Privatangestellten ans Herz legen. Andere Anträge wollen die Privatbeamtenfrage auf dem nächsten Parteitage in aller Ausführlichkeit erörtert sehen.

Es ist ebenso verständlich wie wohlbegründet, wenn die Partei, deren Aufgabe in erster Linie die Vertretung von Arbeiter- und Arbeitsinteressen ist, sich in neuerer Zeit mit solcher Energie der Schicht der Angestellten zuwendet. Die Zahl der dazu Gehörigen ist in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten, besonders aber auch gerade in den letzten Jahren, in einer früher kaum geahnten Weise gewachsen, — im Verhältnis viel schneller und stärker als die Zahl der eigentlichen Arbeiter; man zählt heute rund anderthalb Millionen technischer, kaufmännischer und landwirtschaftlicher Angestellter. Aber nicht nur ihre Zahl ist infolge der Zunahme der Großbetriebe, der Ausdehnung der Produktion und des Handels, der immer weiter fortschreitenden Vervollkommnung der Betriebsorganisation, der „Rationalisierung“ der Arbeit so gewaltig in die Höhe geschwellt, auch das Wesen der Angestellten von ehemals hat sich gründlich geändert. Für die wenigsten ist heute ihr Angestelltenverhältnis noch ein bloßes Uebergangsstadium, eine Vorbereitung auf die spätere Selbstständig-

keit; die meisten Angestellten bleiben zeitlebens im Dienstverhältnis, — genau so wie der großindustrielle Arbeiter, der die Hoffnung auf spätere Selbstständigkeit längst zum Opfer bringen mußte.

Während indessen die Arbeiterchaft die Notwendigkeit dieses Opfers als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung längst erkannt und ihre Konsequenzen daraus gezogen hat, beginnt in den Kreisen der Angestellten erst allmählich die Erkenntnis zu dämmern. Und auch von denen, die bereits erkannt haben, daß sie ihr Leben lang in Arbeitnehmerstellung bleiben werden, sträubt sich doch die große Mehrzahl noch, daraus nun auch eine entsprechende soziale und politische Orientierung zu entnehmen. Sie fühlen sich noch immer als etwas anderes als „gewöhnliche“ Arbeiter. Ein Dünkel, der natürlich von der anderen Seite nach Kräften genährt wird; mögen die Unternehmer auch noch so niedrige Gehälter zahlen und noch so rigorose Dienstverträge ihren Angestellten aufzwingen, — niemals werden sie im gegebenen Augenblick vergessen zu versichern, daß der Angestellte gewissermaßen ihr rechter Arm sei, der die Vermittlung zu übernehmen hätte zwischen dem Arbeitgeber und dem „eigentlichen“ Arbeitnehmer, soll heißen dem Arbeiter der Werkstatt, — und was dergleichen schöne Redensarten mehr sind. Die Parteien der kapitalistischen Ordnung, erst recht natürlich die Regierung, tun natürlich das ihrige, in diesem Sinne mitzuwirken. Geflüstelt werden die Angestellten anders behandelt als die Arbeiter; ein Sondergesetz nach dem anderen wird ihnen zuteil, auch wo die Interessen von Angestellten und Arbeitern handgreiflich dieselben sind; man denke nur daran, wie man sich mit Händen und Füßen dagegen sträubt, die Angestellten der Reichsversicherungsordnung zu unterstellen, und es glücklich fertigbrachte, für sie ein besonderes Versicherungsgesetz zu schaffen. Aber nicht genug damit, man versucht sogar systematisch, innerhalb der Angestelltenchaft selbst wieder noch eine Zersplitterung hervorzurufen, indem man jede Kategorie von Angestellten mit besonderen Gesetzen beglückt. Und es ist sicherlich dabei kein Zufall, daß jene Teile der Angestellten, die noch am meisten in Dünkel und Unklarheit der eigenen Verhältnisse leben, die Handlungsgehilfen, eine weit bessere Behandlung erfahren als etwa die Techniker, die in der Erkenntnis der modernen Entwicklung und ihrer Konsequenzen im großen ganzen schon ein gut Teil weiter sind.

Das Traurigste ist, in welcher Weise auch die großen Organisationen der Angestellten selbst fast durchweg in ihren Anhängern eine Besinnung hegen und pflegen, die statt zu einem zielklaren Kampfe für die eigenen Interessen zu erziehen, mehr oder weniger gefügige Werkzeuge des Arbeitgeberentums schafft. Man schmirt bei den „Herren Prinzipalern“, die man in reichem Maße auch als Mitglieder zu gewinnen sucht, verschafft sich mit ihrer Unterstützung eine gut funktionierende Stellenvermittlung, macht ein bißchen in Bildungsveranstaltungen und vielleicht noch mehr in „gemütlichen Abenden“, Eisbeisessen und neuerdings Wundersfahrten und „Kriegsspielen“, kapert sich auf diese Weise alljährlich immer noch einige Tausend neuer Mitglieder und hält die anderen (zum Teil auch durch einfach skandalöse Austrittserleichterungen) fest, — und erfüllt sie dann systematisch mit dem Geiste, der in dem Angestellten etwas Besonderes sieht, den „Gehilfen“ des Chefs, dessen Interessen mit denen des Prinzipals mehr oder weniger identisch sein sollen, der aber beileibe nicht mit dem „Arbeiter“ auf eine Stufe gestellt werden darf. Nicht alle jene Verbände treiben den Ständedünkel so sehr auf die Spitze wie etwa der „Deutschnationale Handlungsgehilfenverband“, der um so widerlicher wirkt und um so gefährlicher ist, als er seine durch und durch reaktionären, standespartikularistischen Tendenzen einerseits unter einem Schwall radikalere Phrasen und Forderungen an die Staatshilfe zu verhüllen sucht, andererseits mit einem hurrapatriotischen Radikantismus verbrämt. Aber der „Leipziger“ und der „58er“ Handlungsgehilfenverband mit ihrer Gefolgschaft von kleineren, auch lokalen Organisationen von Angestellten und Bureaupersonal, Hand in Hand mit ihnen der große Vermeisterverband und andere Vereinigungen mehr, lassen es doch auch nicht fehlen an der Propaganda der „besonderen Eigenarten“ der Angestelltenchaft und gewissermaßen in ihrem Namen versicherte noch kürzlich ein Direktorialmitglied des Vereins für Handlungsgehilfen von 1888 vor den Prinzipalen des Hansabundes: „Die vielfach abschüssigen Wege, die zu den Arbeitermassen führen, müssen verbaut und feste Brücken zur Arbeitgeberchaft geschlagen werden.“

Diese festen Brücken sah der betreffende Angestelltenführer darin, daß er (nachdem der Siegeszug der achtstündigen Arbeitszeit bereits begonnen) den Herren Chefs den neunstündigen Arbeitstag als Forderung hinstellte, mit Emphe erklärte, die Angestellten seien keine Freunde der Bezahlung von Ueberstunden, und nur die ergebene Bitte hatte, die Ueberstunden auf drei Tage der Woche — an ihnen jedoch ohne weitere Begrenzung — zu beschränken. — So vertrat dieser Herr und so vertreten tagtäglich die Wacker jener nach vielen hunderttausend Mitgliedern zählenden Organisationen die „Interessen der Angestellten“.

Demgegenüber will die Schar der insgesamt vielleicht 80 000 gewerkschaftlich organisierten Angestellten noch wenig bedeuten; zumal auch von den Organisationen, die auf der Erkenntnis des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeitgeber und Angestelltenchaft fußen, die

Mehrzahl eine innigere Verbindung, ein organisatorisches Zusammenwirken mit der gewerkschaftlichen Arbeiterchaft ablehnt und irgendeine politische Beeinflussung ihrer Mitglieder strikte zurückweist.

Die Interessen der Angestelltenchaft fordern aber beides mit Notwendigkeit. Wohin man blickt: die Interessen von Angestellten und Arbeitern laufen letzten Endes in eins zusammen; und beide verlangen eine politische Vertretung, wie sie von allen Parteien nach ihrem Wesen und Programm nur die Sozialdemokratie leisten kann.

Arbeiter und Angestellte sind heute in gleicher Weise Ausbeutungsobjekte des Kapitals. In gleicher Weise sucht ihnen das Kapital einen immer steigenden Anteil ihres Arbeitsertrages vorzuenthalten. Die „Gehälter“, die den Angestellten gezahlt werden, stehen für breite Schichten noch tief unter den „Löhnen“ der Arbeiter. Die Anforderungen an Kraft und Zeit sind für die Angestellten oft genug noch höher als für die Arbeiter. Was Angestellte sich an Arbeitsordnungen, schäbiger Behandlung, Ausnutzung auf alle Art und Weise gefallen lassen müssen, würden Arbeiter heute gewöhnlich nicht mehr über sich ergehen lassen. Beide Teile haben gleiches Interesse an höheren Löhnen auf Kosten des Kapitalprofits, gekürzter Arbeitszeit, humaner Behandlung, ungehemmter Bewegungsfreiheit und vollem Koalitionsrecht. Beide können sich in ihrem Kampfe wertvolle Helfersdienste leisten. Für die Arbeiter kann es von größter Bedeutung sein, daß nicht Angestellte im Falle ihres Streiks die notwendigsten Arbeiten in der Werkstatt verrichten (fürsich geschah das z. B. noch bei dem Hamburger Streik auf der Vulkanwerft, um die Fertigstellung des „Imperator“ zu ermöglichen); die Angestellten wiederum können vielfach ihre Forderungen nur durchsetzen, wenn die Solidaritätserklärung der Arbeiterchaft auf ihrer Seite steht; Man denke nur an Kleinbetriebe, die nur ein halbes Duzend leicht erwerbbarer Angestellter beschäftigen, aber in ihrer Arbeit gefährdet sind, wenn die Hunderte unerwerbbarer Arbeiter mit Arbeitsniederlegung drohen; man denke an die Möglichkeit des Arbeiterboikotts gegenüber Geschäften, die ihre Angestellten schlecht behandeln; man denke schließlich auch daran, wie leicht viele Angestellte — bei der fortschreitenden Mechanisierung auch der sogenannten „höheren“ Arbeit — aus Arbeiterkreisen ersetzt werden können. — Arbeiter und Angestellte haben aber auch im wesentlichen dieselben Forderungen an die Gesetzgebung: Für beide muß es darauf ankommen, ein Dienstvertragsrecht durchzusetzen, das den Menschen höher wertet als das Kapital und ihm die unbedingte Freiheit sichert, auf dem Wege der Selbsthilfe für die Verbesserung der Lage zu kämpfen. Beide Teile sind daran interessiert, daß die heutigen, hundertfach verschiedenen Rechtsbestimmungen, Versicherungsinstitutionen usw. vereinheitlicht werden, — aus Gründen der Gerechtigkeit, größeren Rechtsicherheit, der Möglichkeit klarer Kenntnis der bestehenden Normen, leichterer, billigerer Rechtsprechung bzw. Verwaltung. — Ueber diese Forderungen aber hinaus muß es aber auch für beide Teile gelten, eine Aenderung des bestehenden Wirtschaftssystems zu erstreben, das ja damit steht und fällt, daß immer noch zum mindesten ein Teil des Ertrages der Arbeit, ein Teil des Selbstbestimmungsrechtes, der persönlichen Freiheit von dem Arbeitnehmer dem Arbeitgeber auf Grund seiner wirtschaftlichen Uebermacht ausgeliefert wird. Solange der Einzelne noch mit der Möglichkeit, in Wahrheit einschleichen konnte, selbst einmal, nachdem er eine Zeit hindurch geopfert hatte, auch die Opfer anderer einzubeheben, konnte er sich zur Not abfinden mit einer solchen Methode. Nun aber, da Angestellte wie Arbeiter in ihrer Masse sich zeitlebens als Opferbringer sehen, müßte doch wahrlich derjenige unter ihnen ein Tor sein, dem das System gefällt. Mag bei dem einen mehr, bei dem anderen weniger die Ueberzeugung leben, eine soziale Reformgesetzgebung könne die Macht des Kapitals über die Verteilung des Arbeitsertrages und Freiheit beschränken zugunsten der Arbeitnehmer: zusammenkommen werden sie müssen in dem Wunsche, daß aus der Beschränkung die Beseitigung wird; das heißt aber nichts anderes als die Negation des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die Forderung einer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, in der an die Stelle der privatkapitalistischen die gesellschaftliche Produktion tritt, in der jeder nicht bloß als Arbeitnehmer, sondern — in Gemeinschaft mit den anderen — auch als Besitzer der Produktionsmittel und damit in gewissem Sinne als Arbeitgeber wirkt, da alle Erträgnisse der gemeinsamen Arbeit auch der Gemeinschaft voll zugute kommen.

Wie die Sozialdemokratie von allen Parteien in ihrer praktischen, sagen wir einmal „Gegenwartspolitik“ am zuverlässigsten und konsequentesten die Interessen der gesamten Arbeitnehmerchaft vertreten hat, immer Vorkämpferin war der unbedingten Koalitionsfreiheit, der Beschränkung der Macht des einzelnen Arbeitgebers über seine Arbeiter und Angestellten, — so ist sie die alleinige Vertreterin jener Forderung auf volle Beseitigung der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital. Klare Erkenntnis der eigenen Interessen (die nebenbei die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Volksgenossen sind) muß darum mit Notwendigkeit den Angestellten wie den Arbeiter zum Sozialdemokraten machen. Die Anträge, die dem Parteitag vorliegen und sich auf die Werbung unter den Privatbeamten beziehen, machen zum

Teil ausbrüchlich Front gegen die Agitation der Demokratischen Vereinigung unter den Angestellten. Man muß gerichterweise dieser kleinen Gruppe zugeben, daß sie schärfer als die „bürgerlichen Parteien“ sonst den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit erkannt hat. Und wenn sie ihre Forderungen in dem Maße präzisieren: „Der Arbeiter einen immer höheren Anteil am Produktionsertrage zu sichern“, so läßt sich das vom Standpunkt des Arbeitnehmers sehr wohl hören. Sieht man die Konsequenz des Satzes, so endet ja der „immer höhere“ Anteil bei dem Ganzen; dann aber ergibt sich daraus allerdings die Notwendigkeit sozialistischer Wirtschaftsorganisation. Es ist aber bekannt, daß gewisse Kreise der kleinen Partei mit ihren Forderungen aus dem Satze nicht so weit gehen wollen und ihn dahin umschreiben, daß nur der unter der kapitalistischen Wirtschaftsweise mögliche „höchste“ Anteil der Arbeit gemeint ist. Damit kann jedoch weder dem Arbeiter noch dem Angestellten endgültig gedient sein, zumal es ja bekanntlich nicht an Stimmen fehlt, die dies „Höchstmaß“ schon heute für überschritten erklären — und insofern nicht ohne Berechtigung, als es einen Maßstab dafür nicht gibt und die privatkapitalistische Konkurrenz mit ihren Begleiterscheinungen auch immer wieder differenzierend wirkt. — Wenn gewisse Kreise der Fortschrittlichen Volkspartei in neuerer Zeit mit einem ähnlichen „Programm“ die Angestellten und Arbeiter zu fördern suchen, so muß bei diesen Werbeprospekten noch doppelt und dreifach zurückstehen, daß hier die Mehrheit der Partei nicht einmal gewillt ist, die drücktesten sozialen Reformen zu fördern, wovon die Politik der letzten Jahre — es sei nur an die Haltung der meisten Fortschrittler bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung erinnert — mehr als einen Beweis liefert. — Von den industriellen und agrarischen Schamachern der Rechten, einschließlich der nationalliberalen Pseudolinken braucht nicht erst die Rede zu sein. — Bliebe höchstens das Zentrum, das selbstverständlich die Schicht der Angestellten auch als Jagdgrund betrachtet und den Katholikentag in Baden ausdrücklich sein warmes Herz für ihre Interessen bekunden ließ. Aber jeder nur halbwegs Sehende weiß ja allgemach, was es mit den Veteuerungen gerade des Zentrums auf sich hat. Ja, wer Autorität will statt Freiheit, Jenseitsverheißungen statt Diesseitsrechtes, Priesterherrschaft statt sozialistischer Demokratie, der mag zum Zentrum stoßen. Etwas anderes ist von ihm nicht zu erwarten.

Wer die wirtschaftliche Entwicklung mit wachem Sinn verfolgt und als Arbeitnehmer, Angestellter oder Arbeiter im engeren Sinne am eigenen Leibe spürt, was Herrschaft des Kapitals bedeutet, — den kann es nicht schwer sein, der Sozialdemokratie zu gewinnen, zum Mitkämpfer einer Partei zu machen, die auf dem Grundsatz ruht, daß der schaffende Mensch das höchste Gut sei und alle anderen Interessen sich den seinen unterordnen haben. Die deshalb wie keine andere berufen ist, der Gort und die Führerin all jener zu werden, die zu Recht und Freiheit wollen und sich dort auf Schritt und Tritt behemmt fühlen von den Fesseln ihres Dienstvertrags. Eines guten Teiles Arbeit mag es bedürfen, so viele Vorurteile niederzureißen, die noch in Angestelltenkreisen lebendig sind, Mühe mag es kosten, aufzuklären, aufzuwecken. Aber am Ende der Mühe und Arbeit wird der Erfolg stehen. Ein Erfolg, der einige Anstrengungen lohnt. Wägen daher die Anregungen der verschiedenen Organisationen auf dem Chemnitzer Parteitag auf guten Boden fallen!

Seefischzölle.

Die seit Jahren andauernde Steigerung der Preise so ziemlich aller Lebensmittel hat dazu geführt, daß der Konsum an Seefischen ganz enorm gestiegen ist. In Gegenden, in denen man vor 10 bis 15 Jahren von den Seefischen eigentlich nur den Hering kannte, der noch dazu für die Volksernährung in nur sehr bescheidenem Maße in Frage kam, werden heute alle möglichen Arten Seefische in großen Mengen verzehret. Der rasche Transport und die besonders hierzu von der Eisenbahnverwaltung geschaffenen Einrichtungen ermöglichen es, selbst die entlegensten Teile Deutschlands regelmäßig und in kürzester Frist mit frischen Seefischen zu versorgen. Die gesteigerte Nachfrage nach diesem Nahrungsmittel hat natürlich auch das Großkapital angelockt und so sind Seefischereierunternehmen großen Stils entstanden, die über eine ganze Flotte von Fischdampfern verfügen. Die auf allen anderen Gebieten, so auch hier, macht der vorgezeichnete, mit allen Errungenschaften der Neuzeit aufgelattete Großbetrieb den Kleinbetrieb völlig unrentabel und die in ihrer Existenz bedrohten kleineren Unternehmungen schreien nun nach Staatshilfe. Sie verlangen einen Zoll auf Seefische.

In diesem Verlangen treffen sie zusammen mit den Agrariern. Die Agrarier lassen sich bei dieser Forderung von der Befürchtung leiten, daß der steigende Fischkonsum, namentlich im Winter, die Fleischpreise drücken könnte. Einen Zoll auf Heringe haben wir ja bereits. Neuerdings wird das Verlangen nach einem Zoll auf alle Arten von Seefischen in einer Petition des „Gesamt-Fischervereins an der Kieler Förde“ erhoben. Diese Petition gibt ein interessantes Bild von der Entwicklung des Seefischhandels und der Fischindustrie, sie zeigt aber auch die ganze Verbohrtheit der von der Konkurrenz schwer bedrohten kleinen Unternehmer, die alles Heil von einer künstlichen Verteuerung des Produktes erhoffen.

Zunächst sieht fest, daß der deutsche Fang die Nachfrage auch nicht entfernt befriedigen kann. Namentlich in Altona, aber auch zum Teil im Binnenlande, sind große Betriebe entstanden, in denen die Seefische verarbeitet werden, teils zu Marinaden, teils zu Räucherwaren. Diese Fabriken sind direkt darauf angewiesen, die Fische aus dem Ausland zu beziehen; zumeist aus England und aus Dänemark. Den Unternehmern in Altona wird nun der Vorwurf gemacht, daß sie ihre englischen und dänischen Lieferanten zwingen, in Cuxhaven, Bremerhaven und Wesermünde nichts von der Ladung zu löschen, sondern alles direkt in Altona abzuliefern. Den dortigen Großindustriellen wird weiter verdacht, daß sie ihre Räucherwaren bereits an Ort und Stelle haben, wenn die an der pommerischen Küste hergestellten Räucherwaren sich noch unterwegs befinden. Durch einen Zoll will man nun die Großbetriebe schädigen und glaubt die pommerischen Zweigbetriebe, die oft weitab von jedem Verkehr liegen, wieder wirtschaftlich lebensfähig machen zu können. In der Petition wird z. B. ausgeführt:

„Die Ostseefischereien mögen noch so gute Ware anbieten, die Qualität derselben mag noch so erstklassig sein, stets liegt die Rundschau über die Höhe der Preise. Das ist auch ganz natürlich, denn die billige schwedische und dänische Ware wird trotz aller Mängel gekauft, eben weil sie billig ist. Kommen im Winter die Sprotten, dann konkurriert Altona erfolgreich mittels der belgischen Sprotten gegen sie; gegen den billigen Altonaer englischen Hering aufzukommen, ist ebenfalls schwer; hat Lübeck den Schwedenhering, so verschleiert dieser das Geschäft; bringt das Fröhland den Schlei-, Kanal- oder Ostseehering, dann wirt Holland woggenweise seine Wärlinge ins Land, so daß zu jeder Zeit der Ausländer dem Inländer das Geschäft ruinert.“

Das also ist der Zweck der Petition: Dem Deutschen Volke den gesunden deutschen Hering! Die Rationalität des Herings festzustellen, ist nun aber einigermaßen erschwert. In der Petition wird dargelegt, daß ein Heringzoll von 20 Pf. pro Ball (80 Stück) es den dänischen Fischern unmöglich machen würde, ihre Heringe auf den deutschen Markt zu bringen: „Der dänische Fischer ist dann gezwungen, den Fang von Heringen einzustellen, und sobald dies geschehen muß, kann der Hering seinen Weg nach den Kochplätzen der Dörfer fortsetzen. Der Hering kommt dann wie in früheren Jahren an die deutschen Küsten heran und kann hier von den deutschen Fischern gefangen werden.“

Die Rationalität des Herings bestimmt sich sonach nach der Rationalität des Fischers und der minderwertige dänische Hering wird in dem Moment zu einem unübersteiglichen und natürlich entsprechend teureren Nahrungsmittel, in dem ihm die Ehre widerfährt, von einem deutschen Fischer gefangen zu werden. Wichtig ist, daß die deutsche Hochseefischerei unter ungünstigeren Umständen arbeitet als ihre Konkurrenz in England, Dänemark, Schweden, Holland und Belgien. Das Reich wendet auch jährlich im Durchschnitt 400 000 M. zur Unterstützung der Hochseefischerei auf. Aus diesen Mitteln werden Beiträge geleistet für Reiseverluste und als Subvention bei der Anschaffung oder Ausstattung von Booten mit Motortrieb. Tropdem ist der Ertrag der Hochseefischerei auch nicht entfernt hinreichend, um den fortgesetzt steigenden Bedarf im Reich zu decken. Die Fangergebnisse der deutschen Seefischerei werden auf einen Wert von 30 Millionen Mark im Jahre geschätzt. Die Einfuhr aus dem Ausland betrug sich im Jahre 1911 dagegen auf 64 Millionen Mark.

Die angebliche Schädlichkeit der ausländischen Ware muß auch hier den Grund für eine Grenzsperrung abgeben. Von agrarischer Seite ist behauptet worden, und das wird von den oben erwähnten Petenten wiederholt, daß das Ausland minderwertige Fische liefert, die zum Teil eine Gefahr für die Volksgesundheit bedeuten, und daß deshalb neben einem Zoll auch eine veterinärpolizeiliche Revision der eingeführten Fischbestände erfolgen müsse. Seefische sind nun aber Produkte, die sich nicht lange halten, die rasch auf den Markt geworfen oder rasch verarbeitet werden müssen. Wollte man dem agrarischen Wünschen folgen, eine veterinärpolizeiliche Untersuchung der eingeführten Seefische vornehmen, so wäre das gleichbedeutend mit der Unbrauchbarmachung der ganzen Sendungen, ganz abgesehen davon, daß es völlig undenkbar ist, daß für solche Untersuchungen notwendige Personal zu stellen. Nicht minder schwierig würde es aber mit der Zollabfertigung liegen, die natürlich auch nicht verzögert werden dürfte. Aber auch ein weiterer Umstand darf nicht übersehen werden und das ist der, daß sich die Herkunft der Fische beim besten Willen nicht feststellen läßt. Es ist möglich, und wäre in der Praxis jedenfalls sehr wahrscheinlich, daß bei Einfuhr eines Zolles die deutschen Fischdampfer selbst vielfach nicht mehr fischen, sondern auf hoher See fremden Fischdampfern die Ladung ablaufen würden. Diese Ladung müßte dann zollfrei eingehen, weil sie auf einem deutschen Dampfer eingeführt wird. Es fehlen also schon die praktischen Möglichkeiten, einen solchen Zoll überhaupt durchzuführen.

Die auf die Einfuhr eines solchen Zolles hinielenden Bestrebungen müssen aber mit allem Nachdruck bekämpft werden im Interesse der Volkswirtschaft. Die Seefische sind heute für weite Kreise der deutschen Bevölkerung, nicht etwa der Arbeiterklasse allein, ein unentbehrliches Nahrungsmittel geworden. Jede, auch nur die geringste Verteuerung würde außerordentlich schwer empfunden werden. Die Schreier nach einem Zoll auf Seefische haben es aber gerade auf eine Verteuerung abgesehen, sie wollen, wie sie selbst betonen, die Konkurrenz des Auslandes ausschalten, um für sich ein Monopol auf dem deutschen Markt zu schaffen. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Regierung, geführt auf die schutzdünerische Mehrheit des Reichstags, versuchen wird, diesen Wünschen in irgend einer Form Rechnung zu tragen. Bei der gewaltigen Protestbewegung gegen die Verteuerung mag daher nicht übersehen werden, auch gleichzeitig die Bestrebungen zu brandmarken, die eine Verteuerung der Seefische und damit eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung breiter Volksmassen bezwecken.

Zur Verteuerung.

Das außerordentlich starke Steigen der Fleischpreise in der letzten Zeit wird durch die „amtlichen Preisberichte“ der letzten „Stat. Korr.“ aufs nachdrücklichste bestätigt. Gegen die zweite Hälfte des Juli hat in der ersten Hälfte des August der Preis sämtlicher Fleischsorten erheblich angezogen. Das Rindfleisch stieg im Kleinhandel von 185,1 Pf. in der ersten Hälfte des Juli für das Kilogramm auf 189 Pf., also um fast 4 Pf.; es steigt jetzt um 19,5 Pf. über dem Preise des Juli 1911 und um 33,1 Pf. über dem des Juli 1909. Kalbfleisch hatte einen Preis von 193,7 Pf. gegen 196,4 Pf. in der zweiten Hälfte des Juli. Gegen den August v. J. liegt sein Preis jetzt um 18,4 Pf., gegen den Juli 1910 um 14,8 Pf. und gegen den August 1909 sogar um 25,1 Pf. höher. Hammelfleisch stellte sich auf 185,9 Pf. gegen 191,4 im Juli dieses Jahres, 189,5 Pf. im vorigen August, 174,8 Pf. im August 1910 und 189,0 im August 1909. Das Schweinefleisch endlich stieg sogar gegen die zweite Hälfte des Juli um 7,9 Pf. Es ist jetzt um 27,5 Pf. teurer als im August 1911. In den letzten drei Jahren ist der Preis von Rindfleisch, Kalbfleisch und Hammelfleisch um über 20 Proz. gestiegen, Schweinefleisch dagegen im letzten Jahre allein um fast 19 Proz. teurer geworden.

Die Regierung will untätig bleiben.

Das Kanzlerblatt sucht in seiner Montagsnummer die Vorwürfe zu widerlegen, daß es in Deutschland an Vieh und Fleisch mangelte. Es beruft sich dabei auf die Berliner Marktverhältnisse. Soweit es Zahlen bringt, bestätigt es dabei unsere früheren Behauptungen. Der Viehautrieb am Berliner Zentralviehmarkt ist bei Rindern und Kälbern gegen 1911 gesunken, bei Schafen und Schweinen etwas gestiegen. Der Rückgang an Rindern und Kälbern ist aber für den Monat August so groß, daß er durch den Viehautrieb an Schafen und Schweinen nicht ausgeglichen wird. Legt man die amtliche Berechnung (ein Stck Großvieh = vier Schweine = zehn Schafe) zugrunde, so ergibt sich nur ein Zuwachs von 1101 Stck, während der Rückgang 1597 Rinder und 1558 Kälber betrug. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sollte doch lieber rechnen, und nicht soviel philosophieren! Auch die Monatsziffern der Schlachtvieh- und Fleischschau für April bis Juni (Nr. 88 der „Statist. Korresp.“) zeigen eine deutliche Tendenz zur Abnahme. Hinzu kommt vor allem, daß nach den Verfügungen aller Sachverständigen das Schlachtgewicht der Tiere am Markt abgenommen hat, und zwar gilt das besonders auch für Schweine. Die „Norddeutsche“ hat glücklicherweise einen Sachverständigen gefunden, der diese Tatsache „nur mit Einschränkungen für richtig hält“.

Die Steigerung der Fleischpreise im Eisenbahnverkehr bedeutet diesen tatsächlichen Rückgang speziell in den letzten Monaten gegenüber wenig. Eine Provokation der Darbenden leistet sich aber das offiziöse Blatt mit folgenden Sätzen:

„Schließlich sei bemerkt, daß die Schlachtvieheinfuhr aus dem Auslande neuerdings Erleichterungen erfahren hat, insbesondere, abgesehen von der zeitweiligen Öffnung der Grenzen für französisches

Schlachtvieh, die allerdings wegen bedrohlichen Umsichtigens der Maul- und Klauenseuche in Frankreich wieder habe geschlossen werden müssen, aus Schweden über die neuerbaute Quarantäne in Sahnig und einige andere vorhandene Quarantänen. In den Monaten Mai bis Juli d. J. sind bisher 6083 Rinder eingeführt worden. Sie haben allerdings ihren Weg nach Berlin nicht oder nur in verschwindender Anzahl gefunden. Daneben ist bekanntlich die Fischeinfuhr aus allen Ländern ganz oder teilweise gestattet. Vielleicht kann uns das Kanzlerblatt verraten, weshalb die Badenfer über die Grenze nach der Schweiz wandern, um dort billiges argentinisches Fleisch einzukaufen!

Die Ereignisse in der Türkei.

Das Ministerium ist nun — für wie lange? — vollständig. Die Minister der geistlichen Stiftungen, des Innern, der Marine, der Justiz und der Post sind ehemalige Anhänger oder Freunde des Komites und vertreten die Gruppe Hilmi. Die Gruppe Kiamil umfaßt den Scheich ul Islam und die Minister des Außen, der Finanzen, des Handels und des Unterrichts.

Im übrigen ist die Lage noch keineswegs beruhigend. Trotz aller Meldungen, daß die Beilegung des montenegroischen Konflikts unmittelbar bevorstehe, dauern die Grenzklämpfe ununterbrochen fort. Die Worte hat in Montenegro gegen die anscheinende Mobilisierung protestieren lassen. Gleichzeitig trifft die Türkei Vorkehrungen, um die Grenze. Von Ueskub, Nitrobita und Novibazar sind Truppen nach der Grenze gefandt worden. Man nimmt an, daß die Türkei in Bizrend 35 Bataillone zusammengezogen hat. Die Gerüchte besagen, ist Gusinje von Montenegro eingeschlossen. Die Gerüchte sind jedoch nicht bestätigt.

Bedenklicher noch ist es, daß die Albaner keineswegs so ruhig abziehen, wie es in den amtlichen Meldungen verheißt war. Nach einer Meldung aus Durazzo wurden Militärabteilungen, welche die Straße nach Durazzo besetzt hielten, von Arnauten aus Malissia, Mattia und Gora angegriffen. Ein besonders heftiger Zusammenstoß erfolgte bei Raspol. Vierzig Arnauten sollen verwundet sein. Die Verluste des Militärs sind unbekannt. In Verane haben sie den Kaimakan ermordet, in Jpek das Waffendepot geplündert und angezündet. Auch in Djakova wollten sie das Waffendepot plündern, wurden aber daran gehindert.

Am schlimmsten aber wäre es, wenn sich die Meldungen über Greuelthaten bestätigten sollten, die Albaner gegen Serben verübt haben sollen. Belgrader Blätter veröffentlichten nämlich Mitteilungen über ein von den Albanern in Senjha und Veliopolis angerichtetes Serbenmassaker, bei dem auch der Kaimakan Popovic getötet worden ist. Ferner wird das Gerücht verzeichnet, daß die Albaner auch in Novibazar ein Serbenmassaker planen. Zahlreiche serbische Familien aus Senjha und Veliopolis flüchten nach der serbischen Grenze. Die Nachricht hat in Belgrad tiefe Erregung hervorgerufen. Die Zeitungen fordern die Regierung auf, zum Schutze der Stammesgenossen energische Maßnahmen zu treffen. Für heute wird eine große Volksversammlung vorbereitet. Nach veranstalteten Universitätsstudien eine große Demonstration in allen Hauptstädten, an welcher auch zahlreiche Bürger teilnehmen. In den hierbei gehaltenen Reden wurde zum Schutze der Stammesgenossen in der Türkei die sofortige Bildung einer starken Regierung gefordert. Vor dem Offizierskasino, wo sich viele Offiziere eingefunden hatten, wurde eine Kundgebung für die Armee veranstaltet.

Gleichzeitig dauert die Kriegssagitation in Bulgarien fort. In Sofia ist Sonntag ein etwa fünfhundert Delegierte aus dem ganzen Königreich umfassender Kongreß zusammengetreten, um über Maßnahmen zur Verrückung des Schicksals der Bulgaren in der Türkei zu beraten. In dem auf dem Kongreß gehaltenen Reden wurde die Notwendigkeit betont, daß Bulgarien zugunsten seiner Landsleute energisch einschreite, um ihnen normale Lebensbedingungen unter einem autonomen Regime zu sichern. Die Reden der Provinzdelegierten waren im heftigsten Ton gehalten. Der Kongreß nahm sodann eine Resolution per Akklamation an, welche die Regierung auffordert, angesichts der auf die Vernichtung des bulgarischen Elements abzuleitenden Verhandlung der Bulgaren in der Türkei eine allgemeine Mobilisierung anzuordnen und gleichzeitig von den Mächten zu verlangen, daß sie Mazedonien und dem Vilajet Adrianopol die Autonomie verschaffen mit einem christlichen Generalgouverneur an der Spitze, der vom Volke zu wählen und von den Mächten zu bestätigen wäre. Im Falle der Nichterfüllung dieser Postulate wird die Regierung aufgefordert, die Befreiung auszusprechen, wenn sie nicht unberechenbare Folgen im Lande selbst heraufbeschwören wolle. Während der Verlesung der Resolution erschienen, lebhaft begrüßt, eine Abordnung der mazedonischen Vereine, in deren Begleitung sich die Kongreßteilnehmer nach Schluß des Kongresses, gefolgt von einer zahlreichen Menschenmenge, zum Dentmal des Zerbefreiers begaben, wo ein Kranz niedergelegt wurde. Auf dem Wege dahin wurde die italienische Gesandtschaft lebhaft akklamiert.

All diese Umstände mehren die Wahrscheinlichkeit auswärtiger Interventionen in die türkischen Angelegenheiten.

Vom Kriegsschauplatz.

Konstantinopel, 26. August. Das Kriegsministerium hat eine Depesche aus Wenghast vom 16. publiziert, wonach die Türken und Kraber seit 15 Tagen das italienische Lager von Derna bombardieren, ohne unter dem feindlichen Feuer zu leiden. Am 8. d. M. soll das Bombardement den Italienern beträchtlichen Schaden zugefügt haben. Drei türkische Artilleristen seien verwundet worden.

Rom, 25. August. „Tribuna“ meldet aus Tripolis: Heute früh ist der Fliegeroffizier Manzini bei seinem Erkundungsfluge mit seinem Eindecker ins Meer gestürzt und ertrunken.

Die Tripolitaner und der Friede.

Konstantinopel, 26. August. Der ehemalige Deputierte von Tripolis Radshi hatte gestern mit dem Minister des Außen eine Besprechung, wobei er ihm, wie bekannt, den Standpunkt der Einwohner von Tripolis gegenüber den Friedensgerichten auseinandersetzte. Die Tripolitaner wollen sich mit einem ihren Interessen ungünstigen Frieden nicht einverstanden erklären.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 26. August 1912.

Arbeitsmangel bei der kaiserlichen Marine.

Die „Kieler Zeitung“ berichtete, daß demnächst auf der kaiserlichen Werft circa tausend Arbeiter entlassen werden

müßten wegen Arbeitsmangel. Und die fortschrittlichen Blätter verbinden diese Mitteilung mit Vorwürfen gegen die Marineverwaltung, daß sie sich vom Reichstag nicht genug Mittel habe bewilligen lassen, um die Arbeiter ständig beschäftigen zu können. Die Wert sei in ihrer Bewegungsfreiheit sehr eingeschränkt. Wahrscheinlich hänge das mit der von der Bethmannschen Regierung propagierten Spartakist zusammen, die eingeschlagen worden sei, um auf Wunsch des Zentrums der Erbschaftsteuer aus dem Wege zu gehen.

Wie uns aus Kiel mitgeteilt wird, stehen hinter der einfachen Tatsache, daß vorübergehender Arbeitsmangel herrscht, gar keine hochpolitischen Gründe. Solcher Arbeitsmangel kommt regelmäßig hin und wieder vor, wenn größere Arbeiten vollendet und neue noch nicht in Angriff genommen sind. Ein Grund also, die Regierung zu neuen maritimen Ausgaben aufzufordern, liegt nicht vor. Das „Berl. Tageblatt“ hat einen Mitarbeiter in das Reichsmarineamt geschickt, dem man dort folgendes erklärte:

Wenn auf der kaiserlichen Werft in Kiel tatsächlich die Entlassung von Arbeitern bevorstehen sollte, so ist hierin nichts Außergewöhnliches zu sehen. Es würde sich einfach um einen Vorgang handeln, wie er auf allen Werften oftmals eintritt. Entlassungen von Arbeitern können nämlich gerade im gegenwärtigen Zeitraum auf der Kieler Werft möglich werden, sobald das Linien Schiff „Kaiser“, das jetzt seine Probefahrten aufnimmt, abgeliefert wird. Mit diesem Augenblick ist für zahlreiche Arbeiter keine Beschäftigung mehr vorhanden, da die Werft Kiel für das gegenwärtige Baujahr kein neues Linien Schiff in Auftrag bekommen hat. Nach dem Flottenbauplan konnten in diesem Jahre der Kieler Werft nur zwei Linien Schiffe in Auftrag gegeben werden, und der „Kaiser“ ist das zweite dieser Linien Schiffe. Allerdings wurde vor kurzem an der Kieler Werft der Bau des kleinen Kreuzers „Erlag Prinzreg Wilhelm“ vergeben, aber das Arbeitsmaterial eines kleinen Kreuzers beträgt doch immer nur etwa ein Fünftel des Arbeitsmaterials eines Linien Schiffes. Daraus geht hervor, daß von dem bei dem Bau des Linien Schiffes „Kaiser“ beschäftigten Arbeitern nur ungefähr ein Fünftel wieder beim Bau des kleinen Kreuzers „Erlag Prinzreg Wilhelm“ verwendet werden kann. Außerdem kommt hinzu, daß bei der Beendigung eines Schiffneubaus der Maximalstand der Arbeiterbeschäftigung erreicht wird, während bei Beginn eines Schiffneubaus der Minimalstand vorhanden ist. Jedemal bei Beendigung eines Schiffneubaus werden also naturgemäß Entlassungen von Arbeitern notwendig werden, wenn nicht gerade anderweitige Arbeit für sie gefunden wird. Abgesehen von dieser in der Natur des Schiffbaus begründeten Möglichkeit von Entlassungen zahlreicher Arbeiter auf der Kieler Werft scheint es doch gerade in diesem Augenblick fast ausgeschlossen, daß der Umfang der Entlassungen außerordentlich groß wird. Denn für die nächsten Monate steht auf der Kieler Werft eine Masse von Arbeitsgelegenheit in Aussicht, da die periodischen Instandsetzungsarbeiten der Schiffe, die den ganzen Winter über dauern, bald beginnen. Ein großer Teil der Arbeiter, die beim Bau des Linien Schiffes „Kaiser“ beschäftigt waren, wird also bei diesen Winterinstandsetzungsarbeiten und bei dem Neubau des kleinen Kreuzers „Erlag Prinzreg Wilhelm“ Verwendung finden. Immerhin liegt, wie schon gesagt, die Möglichkeit vor, daß trotzdem noch Arbeiter entlassen werden müssen. Auf keinen Fall jedoch werden von diesen Entlassungen tausend Arbeiter betroffen, wie irrtümlich in Kiel angenommen worden zu sein scheint.

Ebenfalls auf einem Irrtum beruht die Annahme, daß die Arbeiterentlassungen erfolgen, weil der Kieler Werft nicht genügend Mittel zur Verfügung gestellt worden seien, um den Betrieb in dem durch das Flottengesetz vorgesehenen Umfang aufrechtzuerhalten. Der Werft sind selbstverständlich von Anfang an die notwendigen Mittel zur Ausführung der im Flottenbauplan für dieses Jahr vorgesehenen Neubauten zur Verfügung gestellt worden. Ein Bericht der Kieler Werft, daß ihr die zur Aufrechterhaltung des Betriebes nötigen Mittel fehlten, konnte deshalb auch nicht beim Reichsmarineamt eingehen.

Man braucht die Frage der Arbeiterentlassungen nicht so leichtfertig zu nehmen, wie es nach dieser Auslassung erscheinen das Reichsmarineamt tut. Uns scheint, daß es sehr leicht sein muß, die Arbeit auf der Werft so einzurichten, daß die beschäftigten Arbeiter das ganze Jahr hindurch gleichmäßig beschäftigt werden, daß nicht zu einer Zeit Hals über Kopf mit äußerstem Hochdruck gearbeitet werden muß, um dann, wenn die Arbeit erledigt ist, ohne große Gewissensstrupel eine Menge Leute auf die Straße zu setzen. Angesichts der schweren Bedrückung der Arbeiter im allgemeinen ist es das mindeste, was man verlangen kann, daß in Staatsbetrieben die Arbeitsverhältnisse möglichst kontinuierlich gestaltet werden. Die Konsequenz, die freilich die Fortschrittblätter aus den drohenden Arbeiterentlassungen ziehen, daß nimmere eine Anzahl neue Millionen für den Marinismus bereitgestellt werden, müssen wir sehr entschieden zurückweisen.

Fortsetzung folgt.

Am die „katholische Volksseele“ zum Kochen zu bringen, hat jüngst die bayerische Zentrums Presse einen Aufruf an Alerus und Paten veröffentlicht, in welchem dazu aufgefordert wird, die Eingabe der bayerischen Bischöfe an den Bundesrat um Aufhebung des Zehntengesetzes durch öffentliche Kundgebungen zu unterstützen. Der Aufruf scheint zu wirken. Als erster erscheint das Bamberger Metropolitankapitel auf dem Plan mit einem Dankschreiben an den Erzbischof von Bamberg, worin es heißt:

„Die von dem Hochwürdigsten bayerischen Gesamtepischof am die gänzliche Aufhebung oder doch eine sachgemäße Interpretation des Zehntengesetzes an den Bundesrat gerichtete Vorstellung hat in den weitesten Kreisen des katholischen Volkes, insbesondere aber des katholischen Alerus, lebhaftesten und freudigsten Widerhall gefunden.“

Mit innigster Freude hat auch das treuehörigste Metropolitankapitel von diesem für die Kirchengeschichte so wichtigen Dokument Kenntnis genommen und erbittet sich die Gnade, Euer Erzellenz ehrerbietigsten Dank abzurufen zu dürfen.“

Ein ähnliches Schreiben hat auch, wie verlautet, das Münchener Metropolitankapitel an den Erzbischof Dr. v. Veitinger gerichtet.

Vornehme Gegner.

Zu der Notiz, die wir in obiger Stichnote in unserer letzten Freitagnummer veröffentlicht, wird uns noch geschrieben:

Der vorbereitende Ausschuß des 2. Blindentages hatte die Veranstaltung einer Geldlotterie geplant, aus deren Erträgen Blindenstiftungen an unbemittelte Blinde gezahlt werden sollten, um auch solchen den Besuch des Blindentages zu ermöglichen. Nachdem auch für Preußen an zuständiger Stelle die Genehmigung zu der Lotterie nachgefragt worden war, wurde unmittelbar darauf der erste Geschäftsführer des Blindentages, der in Breslau wohnhaft ist, sowie noch zwei blinde Herren von einem Freund der Breslauer politischen Polizei vernommen. Ob die betreffenden Abonnenten oder Leser des sozialdemokratischen Blindenorgans seien oder ob ihnen solche Leser bekannt wären, woher die Mittel zur Veranstaltung des Blindentages kämen — dies und noch manches andere wollte man wissen. Die Genehmigung zur Veranstaltung der Lotterie wurde schließlich verweigert. Man begegnet in den Kreisen der Blinden allgemein der Auffassung, daß es sich hier um eine Denunziation handelt. Zwar wurde die Verlobung auch in Bayern, Württemberg und Hessen nicht genehmigt, doch steht es außer Zweifel, daß die politische Vernehmung und das Lotterieverbot für Preußen in einem direkten

Zusammenhange stehen. Die Angst vor der „roten Gefahr“ ist eben so groß, daß man den tollsten Einschränkungen Gehör gibt und keine Bedenken trägt, die völlig neutralen, auf Verbesserung ihres Loses gerichteten Bestrebungen der Blinden zu schädigen.

Als für die journalistischen Bestrebungen der „Kreuz-Zeitung“ charakteristisch mag noch angeführt werden, daß dieses Blatt eine von Dr. Ludwig Cohn-Breslau eingeleitete Entgegnung auch den Hartmannschen Schmähartikeln mit der Begründung zurückwies, daß darin das Wort „Unwahrheit“ gebraucht werde, was eine Verleumdung sei. Dr. Cohn war nunmehr gezwungen, sich unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes die Aufnahme einer Verächtigung zu erzwingen.

Verteidigung einer Verfassungsverletzung.

Die Regierung des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt hat, wie erinnerlich, ohne den Landtag zu fragen, den Beamten des Landes Teuerungszulagen gewährt. Am 4. September d. J. tritt der Landtag wieder zusammen, und es dürfte sofort zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Regierung und der sozialdemokratischen Mehrheit kommen. Das Organ des Reichstages, die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt nun zu dieser Angelegenheit:

„Gewiß erfordert eine Aufbesserung der Beamtenbezüge die Zustimmung des Landtages. Bei seiner Frühjahrstagung hat ihm schon ein bezüglicher Antrag der Regierung vorgelegen, gegen den sich aber eben die Sozialdemokraten ablehnend ausgesprochen hatten, und dessen parlamentarische Erledigung durch die inzwischen unvermeidlich gemordene Landtagsauflösung unmöglich wurde. Die Besserstellung der Staatsbeamten noch länger hinauszuschieben, lag nun sicherlich weder im Staatsinteresse, noch im Interesse der beteiligten Kreise, zumal bei der oppositionellen Haltung der Parlamentarier eine abschließliche Verschleppung der Angelegenheit zu gewärtigen war. Verächtlichung dieser Sachlage hat die verschiedenen Stimmen im bürgerlichen Lager, die anfänglich mit dem Vorgehen der Regierung nicht einverstanden waren, zum Schweigen gebracht, so daß jetzt wohl mit wenigen Ausnahmen alle bürgerlichen Elemente des Landes die Maßnahmen der Regierung als notwendig und damit gerechtfertigt betrachten.“

Das amtliche Blatt stellt hier die Wahrheit direkt auf den Kopf. Die Sozialdemokratie war nicht gegen Teuerungszulagen, sie verlangte bloß eine gerechtere Verteilung derselben und zwar so, daß die unteren Beamten mehr, die besser bezahlten weniger bekommen sollten. Das war der einzige Punkt, über den sich Differenzen ergaben. Die Regierung hat dann ihre vom Landtag abgelehnte Vorlage einfach aus eigenem Willen in Kraft gesetzt und darin liegt zweifellos eine Verletzung der Verfassung.

Regierung und Sozialdemokratie in Elsaß-Lothringen.

Der zur sozialdemokratischen Landesversammlung in Elsaß-Lothringen vom 31. August und 1. September d. J. erschienene Tätigkeitsbericht der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Elsaß-Lothringen wirft bemerkenswerte Streiflichter auf das Verhältnis der Regierung zur Sozialdemokratie, — Streiflichter, die die Dummheit der bei den Land- und Reichstagswahlen in Elsaß-Lothringen von derkerationalistischen Seite und ebenso viel Eifer wie wenig Erfolg gebrachten Schlagworten von der „kaiserlichen Sozialdemokratie“ recht zeitgemäß offenbaren. Der von dem Fraktionsmitglied Abg. Fuchs verfaßte Bericht erinnert daran, daß bei der allgemeinen Staatsdebatte am 1. Februar d. J. der Staatssekretär Herr Baron von Dula mit dürren Worten erklärte: „Meine Herren! Die Herren der sozialdemokratischen Partei können sicher sein, daß die Regierung ihre Grundsätze auf jedem Gebiet auf das schärfste hier bekämpfen wird.“ Noch deutlicher war Unterstaatssekretär Mandel bei der Verhandlung über die Revisionsbedürftigkeit der reichsständischen Gemeindeordnung am 19. Juni dieses Jahres. Hier antwortete der Leiter der Abteilung des Innern im Ministerium für Elsaß-Lothringen auf den Vorhalt, daß im Jahre 1902 der vom Gemeinderat der Stadt Mülhausen zum Weigeordneten gewählte Genosse Martin von der Regierung nicht bestätigt wurde, nach dem stenographischen Bericht:

„... einer Partei, die sich so feindlich zum Staate stellt, können wir die Verwaltung einer Gemeinde nicht anvertrauen. (Widerpruch.) Das ist ein allgemeines Prinzip. Wenn die Herren sich mal maufern werden (Heiterkeit), dann können wir darüber reden, aber zur Zeit ist es nicht möglich, daß wir sozialdemokratische Gemeindevorstände ernennen. Das ist unsere Auffassung und an der werden wir einstweilen festhalten.“

Der Fraktionsbericht nimmt die persönliche Bemerkung auf, mit welcher nicht minder deutlich der als Abgeordneter der Kammer angehörende Genosse Martin diese Einladung des Regierungsvortreters beantwortete, indem er erklärte: Wenn es wahr ist, daß die Regierung Sozialdemokraten nur zu Weigeordneten ernennen will um den Preis des Verrates ihrer politischen Ueberzeugung, so weise er mit seinen Freunden diese Ehre mit dem Fuße von sich, — sie rächen unter solchen Umständen es sich vielmehr zur Ehre an, als Weigeordnete nicht bestätigt zu werden. ... Die Erinnerung ist uns zeitgemäher, als die Herkule Presse zur Zeit aus Anlaß der Nichtbestätigung des vom Gemeinderat des Städtchens Oberreidheim zum Bürgermeister gewählten bisherigen Weigeordneten Kumpfer, dem sein Sohn als Offizier in der französischen Armee zum Verhängnis wurde, die im Jahre 1908 erfolgte Ernennung des damals der sozialdemokratischen Partei angehörenden Schreibereimeisters Siez in Weweiler zum Weigeordneten heranzieht. Dieser einzige sozialdemokratische Weigeordnete in Elsaß-Lothringen ist bekanntlich nicht sehr lange nach seiner Ernennung infolge eines Konfliktes auf gemeinschaftlichen Gebieten aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten, und auf diesen Austritt berief sich nachträglich entschuldigend der Unterstaatssekretär Mandel im Landtage, indem er bemerkte, der spätere Austritt des Siez aus der sozialdemokratischen Partei habe gezeigt, daß die Regierung bei seiner Ernennung auf dem richtigen Wege war: daß sie das tatsächliche Verhältnis der Regierung zur Sozialdemokratie in Elsaß-Lothringen.

Die Sozialdemokratie hat es nicht zu bedauern: sie kommt dabei weiter, als wenn sie sich im Landtage zu Handlangerdiensten gegen die Regierenden mißbrauchen ließe wie das halb nationalistiche elassische Zentrum, das nach vorläufiger radikaler Oppositionsrede bei der entscheidenden Abstimmung schließlich kleinlaut den oft so mißbräuchlich angewandten kaiserlichen Gnadenfonds mit dem Dispositionsfonds des Statthalters und den Ausgaben für die politische Polizei bewilligte. Die Zentrums Presse hat hiernach allen Grund, höchst bescheiden zu sein.

Die Altersgrenze der Verwaltungsfähigkeit.

In einer zeitweilig zu offiziellen Zwecken benutzten Straßburger Zeitungskorrespondenz hat jemand von der elass-lothringischen Regierung erklären lassen, es sei falsch, mit der „Reinischen Westfälischen Zeitung“ und der „Post“ anzunehmen, daß der in der französischen Armee als Offizier dienende Sohn des Weigeordneten Kumpfer von Oberreidheim die Ursache der Nichtbestätigung dieses Herrn als Bürgermeister des Städtchens sei; nein, der

Grund sei in dem hohen Alter des Herrn Kumpfer zu suchen. Mit dieser Erklärung kommt die reichsständische Regierung vom Regen in die Traufe. In der elassischen Presse wird daran erinnert, daß Kumpfer der Nichtbestätigte mit seinen 72 Jahren etwa im Alter des derzeitigen kaiserlichen Statthalters Grafen v. Wedel ist, — erfordert die Regierung des Reichslandes Elsaß-Lothringen weniger körperliche und geistige Kräfte, als die Verwaltung eines Städtchens von nicht ganz 4000 Einwohnern? ... Es wird daran erinnert, daß ein früherer Statthalter, Fürst Schlobodkin von Hohenlohe-Schillingfürst, mit 75 Jahren zum Reichskanzler berufen wurde, — erfordert die Reichsregierung weniger Kräfte, als die Bürgermeisterfunktion in einem unterelassischen Vogesenstädtchen? ... Und erst der Vater Wilhelms II.? ... Doch genug des grausamen Spiels. Es ist klar: wenn das preussisch-deutsche Regiment an der Westgrenze wie an der Spree einmal mit Vernunftgründen operieren will, so bringt es sich selbst um. Das System ist vernunftwidrig an und für sich.

Zum Kampf gegen die Arbeiterjugend.

In So r a u ist vor einiger Zeit den Fortbildungsschülern aufgegeben worden, entweder in der Fortbildungsschule des Sonntags nachmittags von 8 bis 4 Uhr dem Turnunterricht beizuwohnen oder aber den anderen patriotischen Vereinen, der Jugendwehr usw., anzugehören. Als einige Fortbildungsschüler nicht dem Nachweis liefern konnten, daß sie in einem dieser Vereine sind, wurden sie aufgesordert, des Sonntags nachmittags unter der Aufsicht eines Lehrers turnen zu kommen. Dagegen haben die Eltern der in Frage kommenden Kinder Protest eingelegt, sie haben ihre Kinder nicht verpflichtet zu sein, ihre Kinder Sonntag nachmittags zum Turnunterricht zu schicken. Die Folge davon war, daß eine Anzahl jener Schüler Strafmandate in Höhe von 5 M. erhielten, mit dem Hinweis, daß diese 5 M. an die Stadtkasse zu zahlen seien. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß das Ortsstatut von 1903 eine derartige Strafe für gerechtfertigt erklärt — Wegen diese Strafmandate ist richterliche Entscheidung beantragt worden.

Die Franzosen in Marokko.

Die Lage der Franzosen wird immer bedenklicher und es scheint, daß die Marokkaner entschlossen sind, den Europäern zu zeigen, welche Gefahren die koloniale Raubpolitik in sich schließt. 40000 Soldaten haben die Franzosen dort stehen, weitere Truppen sendungen bedeuten bereits die Gefahr einer militärischen Entblühung des eigenen Landes, und doch können sie mit dieser gewaltigen Macht nichts Entscheidendes ausrichten. Der „Aufstand“, wie man die Verteilung der Eingeborenen gegen die Räuber nennt, macht reisende Fortschritte. Die Ernte wird mit größter Beschleunigung eingebracht, um gegen den Feind ziehen zu können und die Kämpfer im Süden wie im Norden mehrten sich von Tag zu Tag. Und in ein solches Abenteuer wollten unsere Kolonialherren und Nordpatrioten uns mit aller Gewalt stürzen, und sie hätten beinahe einen europäischen Krieg riskiert, um die Stelle der Franzosen einnehmen zu können.

Während die Franzosen im Norden fortwährend von feindlichen Scharen belästigt werden, ist der Süden in der unbesicherten Gewalt des Gegenkulturs El Giba.

Die neun Franzosen aus Marrakech, die sich zu El Ghat vor den Toren von Marrakech geflüchtet hatten, wurden von diesem El Giba ausgeliefert, der sie durch Soldaten gegen einen etwa möglichen Angriff von Seiten fanatischer Eingeborener bewachen läßt. El Giba hat El Ghat versprochen, die Franzosen zu respektieren und sie an die Küste bringen zu lassen. Ob das angebotene Versprechen auch gehalten werden wird, ist mehr als zweifelhaft. Jedenfalls sind die Franzosen nicht instande gewesen, ihren Landsleuten rechtzeitig zu Hilfe zu kommen. El Giba selbst trifft bereits Anstalten zur Fortsetzung seines Vormarsches.

Italien.

Tagung des reformistischen Parteitag.

In der ersten Septemberhälfte wird der Vorstand der reformistischen Partei in Rom seine erste Tagung abhalten, um die Entwürfe des Organisationsstatuts und des Programms der neuen Partei einer Prüfung zu unterziehen. Diese Entwürfe sind von Ciotti und Bonomi ausgearbeitet worden. Der Vorstand wird weiter den Zeitpunkt des Zusammentritts des ersten Parteitag, sowie dessen Tagungsort und Tagesordnung festsetzen.

China.

Sunhaien in Peking.

Peking, 25. August. Sunhaien ist hier angekommen und aufs glänzendste empfangen worden.

Die Mongolen, die vor kurzem in der Mandchurei mit chinesischen Truppen zusammengestoßen waren, haben sich zurückgezogen, beobachten aber noch eine aggressive Haltung. In der Sitzung des Kabinetts wurde die Frage der Entsendung einer Expedition heres nach der inneren Mongolei erörtert; es wurde jedoch beschlossen, vorläufig nur Vorbeugungsmaßnahmen gegen räuberische Einfälle zu treffen, für die die mandchurischen Truppen ausreichend sind.

Amerika.

Das Panamakanalgesetz.

Präsident Taft hat die Panamabill gestern abend unterzeichnet. In einem Memorandum, das er an den Kongreß gerichtet hat, empfiehlt er die Annahme einer Resolution, in der erklärt wird, daß die Regierung die Bestimmungen dieser Bill nicht als Verletzung irgend eines Vertrages betrachte.

Im Repräsentantenhaus wurde eine Bill eingebracht, welche die Klausel der Panamabill aufhebt, durch die der amerikanischen Küstenschiffahrt freie Durchfahrt gewährt wird. Der Einbringer der Bill erklärt, seine Absicht sei, dadurch die angedrohten internationalen Verwicklungen zu vermeiden. Die Bill wird zur Verhandlung gelangen, sobald der Kongreß im Dezember wieder zusammentritt.

Aus Industrie und Handel.

Baumwollindustrie in Japan.

Nach einem Berichte des japanischen Fabrikantenverbandes der Baumwollindustrie gehören dieser Vereinigung 33 Spinnereien mit 1867026 Spindeln, 17007 Arbeitern und 79124 Arbeiterinnen an. Im letzten Jahre waren die Betriebe an 26 Tagen in jedem Monat und während 28 Stunden täglich im Gange. Die Durchschnittsproduktion betrug täglich 18 Unze für King- und 8 Unze für Wulspindeln. Insgesamt wurden 40 Millionen englische Pfund Baumwolle monatlich verarbeitet. Die Bezahlung betrug durchschnittlich 95 Pf. für Arbeiter und 60 Pf. für Arbeiterinnen pro Tag; das soll gegen das Vorjahr eine Erhöhung von 5 Proz. bedeuten. Kein Wunder daher, daß amerikanische und englische Fabrikanten daran gehen, ihr Kapital im fernen Osten anzulegen und auf diese Weise die Konkurrenz der Gelden gegen die Arbeiter ihres eigenen „Waterlandes“ auszuspielen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Streik in den Buchdruckmaschinenfabriken.

Das Nachlassen an ihren ursprünglichen Forderungen hat die in den Buchdruckmaschinenfabriken beschäftigten Arbeiter keinen Schritt vorwärts gebracht; an der Hartnäckigkeit der Unternehmer zerschlugen sich die Verhandlungen, die am letzten Freitag nochmals gepflogen wurden. Betreffs der Mindeststundenlöhne zeigte die Arbeitgeber zwar ein geringes Entgegenkommen, doch blieben die Angebote bei verschiedenen Kategorien auch jetzt noch um 5 Pf. hinter den reduzierten Forderungen der Arbeitnehmer zurück. Die Kommission war zwar in letzter Stunde bereit, auf dieses Angebot noch einzugehen und auch in verschiedenen anderen Punkten noch nachzulassen, sie bestand aber auf der Jubiläumsgelde Zulage, von denen sie nicht abgeben konnte. Vor allen Dingen sollte eine allgemeine Zulage von 3 Pf. pro Stunde gewährt werden, und zwar denjenigen, die in den letzten sechs Wochen keine Zulage erhalten und nicht mehr als 85 Pf. Stundenlohn haben. Für Arbeiten außerhalb der Werkstatt sollte ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde innerhalb der Postgrenze Groß-Berlins und von 10 Pf. außerhalb dieser Grenze gezahlt werden. Dann aber sollte auch der Mindeststundenlohn für jung ausgelernte Schlosser und Dreher, den die Arbeitgeber auf 40 bis 55 Pf. festsetzen wollten, 52-55 Pf. in den ersten beiden Jahren nach Beendigung der Lehrzeit betragen. Zu diesen Zugeständnissen ließen sich aber die Arbeitgeber trotz stundenlanger Verhandlungen nicht bewegen; sie erklärten, daß sie dazu außerstande seien. Da das Entgegenkommen der Unternehmer in Bezug auf die Mindestlöhne kein nennenswertes gewesen war und zudem Dreifünftel der Beschäftigten davon gar nicht getroffen werden, sah sich die Kommission der Arbeitnehmer gezwungen, von dem Abschluß eines Tarifes abzusehen, der so geringe Verbesserungen für die Arbeiter enthielt.

In einer gut besuchten Versammlung am Sonntag berichtete Hande über diese letzten Verhandlungen und die Bemühungen der Kommission, die Bewegung in friedlicher Weise zu beendigen. In der Diskussion wurden der Kommission schwere Vorwürfe gemacht, daß sie nicht bei den zuletzt aufgestellten Forderungen stehen geblieben und hieron noch so viel abzulassen gewillt gewesen sei. Demgegenüber wurde erklärt, daß die Unternehmer sich darauf berufen haben, die Arbeiter ständen gar nicht hinter den Forderungen, sondern diese seien nur das Nachwort der Kommission. In der überaus ruhigen und sachlichen Debatte wurde von allen Rednern — manchmal nur kurz, aber bestimmt — betont, daß an diesen Forderungen unbedingt festgehalten werden müsse. In einer geheimen Abstimmung erklärten sich dann von 136 Abstimmenden bei einer Stimmenthaltung 114 für den Streik. Diese überwältigende Majorität dürfte den Unternehmern beweisen, daß die Arbeiter vollzählig die aufgestellten Forderungen aufrecht erhalten und um sie durchzudringen, mit aller Energie zu kämpfen bereit sind.

Färberstreik.

Die Färber von Kalläne u. Weiling, Färberei und chemische Waschanstalt, Blumenstr. 88, befinden sich seit dem 26. August im Ausstand wegen Maßregelung der im Deutschen Textilarbeiterverband organisierten Kollegen. Die ausländischen Färber wollten eine Verhandlung mit ihrem Chef, Herrn Kalläne, haben, dieses wurde ihnen abgelehnt; es hieß, der Herr Chef wäre verreist, deshalb vertweigerten die Kollegen die Arbeit, bis sich der Inhaber zur Verhandlung bereit erklärt. Die Kollegen der hiesigen Färbereien und chemische Waschanstalten werden ersucht, hieron gefälligst Notiz zu nehmen und die Kollegen bei Kalläne u. Weiling tatkräftig zu unterstützen. Die Branchenleitung der Färber.

Der Streik der Geschäfts- und Warenhandlanger bei der Firma Wilske, Karlstr. 42 und Alt-Neubau 19, dauert noch fort. Eine Verhandlung mit dem Firmeninhaber Herrn Klinkowski und dem Vertreter der Organisation im Beisein der Vertrauensleute der Ausschuss verlief resultatlos. Herr Klinkowski lehnte es strikte ab, die beiden jahrelang bei ihm beschäftigt gewesen sind wieder einzustellen. Die ausländischen Kaufleute sollten „nach Bedarf“ mit Ausnahme von zweien eingestellt werden. Wie es mit dem „Bedarf“ in solchen Fällen aussieht, wissen die Arbeiter genau. Deshalb lehnten die Ausländigen ein solches „Entgegenkommen“ ab. Wie gewöhnlich bei Arbeiterausständen, legt auch hier die Polizei einen großen Eifer an den Tag. Es wird das Streikpostenlegen verboten in der Karlstraße vom Karlplatz bis zur Kronprinzenbrücke. Herr Klinkowski sowohl als auch seine Inspektoren weisen die Polizeibeamten auf die sich tragenden Streikposten hin und die Beamten fühlen sich verpflichtet, entgegen dem geltenden Recht, die Streikposten zu vertreiben resp. zu verfolgen. Nicht allein die Straßenbahn dient hierzu, sondern auch fahrende Postwagen werden benutzt, um sich hinten „aufzuhoden“ und den Streikposten zu halsen. Es ist den Streikposten fast unmöglich, mit den Arbeitswilligen in Verbindung zu kommen. Unter solchen Umständen braucht Herr Klinkowski nicht stolz darauf zu sein, daß sich hungernde Arbeiter finden, die sich gegen einen Wochenlohn von 24 M. in Unkenntnis der Sachlage bereit finden, bei ihm Arbeit zu nehmen. Jeder ehrlich denkende Arbeiter und Verursachter wird es ablehnen, bei der Firma Wilske Arbeit anzunehmen und wird den Streikenden die weitgehendste Solidarität beweisen.

Die Firma Wilske stellt ihre Wagen für die Firma Aeg. Alexanderplatz und Kreuzenstraße.

Achtung! Glasbläser. Bei der Deutschen Dewar-Gesellschaft, Kottbuser Ufer 39-40, Erdmannshof, ist es wegen Preisdifferenzen zur Arbeitseinstellung gekommen, nachdem die Firma abgelehnt hatte, mit der Kommission zu verhandeln. Es ist Pflicht vollste Solidarität zu üben und die Firma streng zu meiden.

Verband der Glasarbeiter.

Achtung, Töpfer! Die Firma Otto Reuberer fährt zurzeit wieder Arbeiten aus. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Firma immer noch gesperrt ist, da sie unseren Kollegen noch einen erheblichen Teil Löhne restiert.

Die Verbandleitung.

Deutsches Reich.

Streik der Horn- und Stokarbeiter in Wald i. Rhld.

Der Ausstand der Horn- und Stokarbeiter am Orte ist in ein neues Stadium getreten. Bekanntlich haben die Unternehmer bisher vergeblich versucht, Arbeitswillige aufzutreiben. Alle ihre Versprechungen und durch Agenten, daß die Arbeiter spielend 35-40 M. verdienen können, haben bisher nicht den geringsten Erfolg gezeitigt, ganz abgesehen davon, daß die hohen Versprechungen nicht im entferntesten ernst zu nehmen sind. Hinzu kommt noch, daß die Arbeit nicht ohne weiteres von jedem Arbeiter ausgeführt werden kann, weil sie gelernt und verstanden sein will; war doch schon des öfteren zu verzeichnen, daß es noch nicht einmal gelernte Arbeiter verstanden haben, den Ansprüchen der Unternehmer zu genügen. Trotzdem hat während des Streiks speziell die Firma Wod sich alle erdenkliche Mühe gegeben, Leute zu bekommen, ungeachtet deren qualitativer Befähigung. Da dies aber alles bisher nichts fruchtete, so hat man sich schließlich dazu aufgeschwungen, durch eine gewerkschaftliche Streikbrecherbemittelung Arbeitswillige zu bekommen. Ein Transport direkt importierter Arbeitswilliger sogenannter Hingebänder sind in Wald eingetroffen und im Quartier des Stadtrats Wod abgestellt. In bester Weise ist für diese modernen Judasse gesorgt, während gegen die Streikenden immer härtere Maßnahmen ergriffen werden. So schrieb eine Firma in Weiden einem sich bewerbenden Streikenden, daß er nicht eingestellt werden könne, weil Wald als Streikgebiet angezeigt sei. Ein Dachdeckermeister hatte einige Streikende mit Tragen von Dachziegeln beschäftigt. Darauf drohte Herr Wod dem Meister den Boykott an, falls die Streikenden von ihm noch weiter beschäftigt

würden. So scheidet man vor dem besten Mittel nicht zurück, um die Arbeiter kleinzufragen. Man versucht, sie auszuhebeln, um sie auf diese Weise zu veranlassen, den Kampf, der bisher so mühselig geführt wurde, aufzugeben. Die Arbeiter aber werden sich nicht beirren lassen, sie werden standhalten trotz der 18 wöchigen Dauer des Kampfes, weil sie wissen, daß ihre Forderung des Reinstundentages eine gerechte und kulturelle ist.

Die Stokarbeiter allerorts werden gebeten, den Zugzug nach wie vor fernzuhalten.

Die Zentralkommission der Stokindustrie.

Bei der Firma „Märkische Maschinenfabrik Teutonia“, Frankfurt a. O., streiken seit vier Wochen die Balancierere. Verringerter Verdienst und erschwerte Arbeitsleistungen gaben Veranlassung zum Streik. Die Firma zeigte sich annehmbaren Zugeständnissen nicht geneigt und versucht mit Hilfe von Streikbrechern den Betrieb aufrecht zu erhalten. Tatsächlich wird aber von den Streikbrechern noch nicht ein Zehntel der bisherigen Produktion geleistet. Die Firma findet für ihre Zentrifuge „Teutonia“ viel Abnehmer bei der industriellen und bergmännischen Bevölkerung des Rheinlandes und des Saarreviers. Die Agenten der Firma vertrieben die Käufer bei Bestellungen, daß die Firma wegen der augenblicklichen Differenz mit den Balancierern nicht sofort, aber in kürzester Frist liefern würde. Das wird die Firma nicht können. Es wäre ihr ein Leichtes, wenn sie eine Einigung mit den Streikenden herbeiführte, wozu diese jederzeit bereit sind. Es ist der Betrieb „Teutonia“ ein Schweißbetrieb der „Titania“ in Wels (Oesterreich), wo die Metallarbeiter schon erst einen 21 Wochen dauernden Streik beendet haben. Daß die Firma, wie ihre Agenten versichern, in kürzester Zeit lieferfähig ist, halten die Streikenden für völlig ausgeschlossen. Sie fühlen sich verpflichtet, dies den Käufern, vor allen Dingen den der Arbeiterschaft angehörigen, zur Kenntnis zu bringen.

In der Zigarettenfabrik Nestor Ginochis, Frankfurt a. M., sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma versucht bedeutende Lohnabzüge in ihrem Betriebe durchzuführen. Da die Arbeiter sich dagegen auflehnten, wurden schon acht Arbeiter gemahregelt. — Vor Zugzug von Zigarettenmachern nach Frankfurt a. M. wird dringend gewarnt.

Ausland.

Falsche Generalstreikgerüchte.

In Hamburg und anderen großen Hafenstädten wird die Nachricht in Umlauf gesetzt, daß die Arbeiterschaft des Gemües Hafens am 1. September den Generalstreik proklamieren wolle und man fordert deshalb die Reederei und Versorger auf, den italienischen Hafen zu meiden. Wie uns aus Rom geschrieben wird, ist diese Nachricht tendenziös. Wohl herrscht in der gemüesischen Arbeiterschaft große Unzufriedenheit, da das Konjunktur die Frage des Turnus der Schauerleute unter offener Hand Dintanzung der Interessen der organisierten Arbeiterschaft gelöst hat. Daß aber diese Unzufriedenheit pünktlich am 1. September in einem Generalstreik explodieren wird, dessen Grundgedanke schon heute den Unternehmern anderer Hafenstädte bemerkbar wäre, davon ist wirklich nicht die Rede. Wenn wirklich die stark organisierten Hafenarbeiter von Genua zur Waffe des Generalstreiks greifen sollten, dann würde dieser Streik über die Unternehmer kommen wie der Dieb in der Nacht.

Soziales.

Die Arztssysteme bei den Ortskrankenkassen.

Der Kampf um die freie Arztwahl bei den Krankenkassen, der schon seither die Gemüter sehr erregte, wird nach der Absicht der Ärzte mit der Einführung des neuen Rechts auf dem Gebiete der Krankenversicherung noch mehr entfeuert werden. In diesem Widerstreit der Meinungen ist eine Statistik sehr interessant, die der Zentralverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich soeben aufgenommen hat. Sie erstreckt sich auf 260 große Kassen. Von diesen hatten 25 festangestellte Kassenärzte, 136 hatten beschränkt freie Arztwahl, das heißt, die Kassen haben eine Anzahl Ärzte bestimmt, unter denen die Mitglieder die Auswahl haben, 81 hatten bedingt freie Arztwahl, das heißt, die Mitglieder haben die Wahl unter denjenigen Ärzten, die sich der Kasse zur Verfügung stellen, und 14 Kassen hatten die absolute freie Arztwahl, bei der die Mitglieder die freie Wahl unter allen Ärzten des Ortes haben. Die letztgenannten Kassen sind nur solche in kleinen Orten.

Die Beiträge waren mit 3,88 Proz. vom durchschnittlichen Lohn am höchsten bei den Kassen mit bedingt freier Arztwahl. Bei den Kassen mit festangestellten Kassenärzten betragen sie 3,55 Proz. Das Krankengeld war durchschnittlich am höchsten mit 55,12 Proz. vom Lohn bei den (kleinen) Kassen mit absolut freier Arztwahl, sodann mit 53,79 Proz. bei den Kassen mit festangestellten Kassenärzten. Die durchschnittliche Dauer des Krankengeldbezuges war mit durchschnittlich 27,27 Wochen am längsten bei den Kassen mit beschränkter freier Arztwahl, sodann mit 27,18 Wochen bei den Kassen mit festangestellten Kassenärzten. Es war am kürzesten mit 26 Wochen bei den Kassen mit absolut freier Arztwahl. Die sonstigen Unterstützungseinrichtungen zeigen, daß sie am besten ausgebaut sind bei den Kassen mit beschränkter freier Arztwahl. Die Zahl der Erwerbsunfähigkeitsfälle war mit 50,40 pro 100 Mitglieder und Jahr am höchsten bei den Kassen mit bedingt freier Arztwahl, am geringsten mit 39,17 bei den Kassen mit festangestellten Kassenärzten. Auf ein Mitglied entfallen 10,5 Erwerbsunfähigkeitsfälle bei den Kassen mit bedingt freier Arztwahl und 9,1 bei den Kassen mit festangestellten Kassenärzten. Für die ärztliche Behandlung wurde ausgegeben pro Mitglied 6,94 M. bei den Kassen mit bedingt freier Arztwahl, 5,81 M. bei den Kassen mit festangestellten Kassenärzten. Die Ausgaben für Arznei und Heilmittel waren mit 4,42 M. pro Mitglied am höchsten bei den Kassen mit beschränkter freier Arztwahl, am niedrigsten mit 3,95 M. bei den Kassen mit festangestellten Kassenärzten. Die letztgedachten Kassen hatten auch mit 29,09 M. pro Mitglied das größte Vermögen.

Im allgemeinen sprechen diese Ziffern vom Standpunkt der Kassen aus zugunsten des Systems der festangestellten Kassenärzte. Sie bringen aber die verschiedenen Wirkungen nicht voll zum Ausdruck. Das Bild ist deshalb ein getrübbtes, weil während der verfloffenen Kampfeszeit einmal festangestellte Kassenärzte nur unter hohen Aufwendungen zu haben waren, andererseits auch die Ärzte dort, wo die freie Arztwahl besteht, wie z. B. in Leipzig, sich nach jeder Richtung große Beschränkungen auferlegten, die sie sonst nicht üben werden.

Aus der Frauenbewegung.

Helen Keller eine Genossin.

Genossin Meta L. Stern-Now Port schreibt der „Gleichheit“: Eine der interessantesten Frauen der Welt ist jetzt eine der Unseren: die blinde und taubstumme Helen Keller, deren fesselndes Buch über ihr eigenes Leben auch in Deutschland weite Verbreitung gefunden hat. Helen Kellers Hinneigung zu sozialistischen Ansichten war schon lange bekannt. Als im vorigen Jahre in der Industriestadt Schenectady ein sozialistischer Bürgermeister und ein sozialistischer Stadtrat gewählt wurden, wählte Helen Keller mit einer ihr befreundeten Familie nach Schenectady über und trat dort bald der sozialistischen Partei bei. Aus Schenectady kommt nun die Meldung, der sozialistische Bürgermeister Lunn habe Helen Keller zum Mitglied einer städtischen Wohlfahrtsbehörde ernannt. Schien es schon unglücklich, daß sich diese treffliche Frau trotz ihrer körperlichen Hemmungen zur Höhe einer modernen Weltkultur emporringen konnte, so scheint es noch unglücklicher, daß sie im Stande ist, teilzunehmen an den sozialen Kämpfen ihrer Zeit, um ihren Mitmenschen dadurch zu dienen. Sehr treffend schreibt über sie Genossin Anita S. Wood im „New York Call“: „Diese Blinde

steht besser als wir Sehenden das Elend dieser Welt. Deutlicher als wir, die Hören können, vernimmt diese Taube den Schrei der Not, und die Handlungen dieser Stummen sind berechtigt als unsere Worte.“

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse tritt mit einem reichhaltigen Programm für seine Wintertätigkeit 1912/13 an die Öffentlichkeit. Ein erster Zyklus behandelt Sturm und Drang; eine deutsche Literaturrevue. (Dr. Restriepke am 2. und 16. September.) Eine zweite Vortragsreihe behandelt Frauenfragen: Gertrud Hanna und Robert Dreuer, Die Frau und die Qualitätsarbeit, Luise Riez, Fabrikarbeit der verheirateten Frau, Wally Zepler, Umbildung des Frauentypus durch die Berufsarbeit (am 21. Oktober, 4., 18. und 24. November). Ein dritter Zyklus beschäftigt sich mit Erziehungsfragen: Otto Kühle, Kind und Umwelt, Paul Göhre, Kind und Religion, Anna Bloh, Kind und Schule, Heinrich Schulz, Jugendbewegung (am 20. Januar, 3., 9., 17. Februar, 3. März). An Konzerten finden statt: am 13. Oktober Kompositionen von F. Schubert; am 24. November von Rob. Schumann (Einführung zu beiden Konzerten am 7. Oktober). Am 29. Dezember Wagner-Fest (Einführung am 16. Dezember). Einzeltvorträge werden veranstaltet: am 2. Dezember spricht Dr. Osborn über Max Klinger (Lichtbildervortrag), am 13. Januar Otto Landsberg über Heinrich v. Kleist. — Die Weihnachtsfeier findet statt am 27. Dezember, das Stichtagsfest am 9. Februar, die Generalversammlung am 17. März. — Färbungen durch Museen und gemeinnützige Anstalten werden an dieser Stelle im „Vorwärts“ bekanntgegeben. Gäste (Männer und Frauen) sind zu allen Veranstaltungen stets willkommen. Die Veranstaltungen sind mit Ausnahme der Konzerte unentgeltlich. Der Monatsbeitrag beträgt 20 Pf. Mitglieder werden an den Abenden und in allen Jahrestellen Kaffeezerin (Frau Lotz, Fichtestr. 1) aufgenommen.

Lesebende.

Waidmannsklub. Mittwoch, 28. August, im Schweizerhaus. Vortrag der Genossin Reichert-Berlin: „Die Schule wie sie ist und wie sie sein soll“.

Versammlungen.

Korbmachereiland.

In einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung der im Holzarbeiterverband organisierten Korbmacher beschäftigte man sich mit dem Submissionswesen und der Innung. An den vom Staate ausgeschriebenen Submissionen beteiligte sich auch die Berliner Korbmacher-Innung als Submittent. So auch bei einer vor kurzem vorgenommenen Ausschreibung von Gefäßhöfchen. Es ist wohl selbstverständlich, daß die Innung ein niedriges Angebot machen muß, wenn sie den Zuschlag haben will. Was die Innung aber in diesem Falle geleistet hat, das spottet jeder Beschreibung. Der Obermeister Bergmann hat für die Innung 2000 Stück Körbe bekommen, zum Preise von 3,30 M. pro Stck. Er gibt die Körbe an Innungsmitglieder weiter für 3 M. Es ist interessant, wie die Innung die eigenen Mitglieder entlohnt: Herr Bergmann bekommt 3,30 M., er vergibt die Arbeit für 3 M., bleibt für die Innung ein Verdienst von 30 Pf.; das Material kostet 1,20 M., der Arbeitslohn beträgt 1,67 M., der Herstellungspreis pro Korb beträgt also 2,87 M. Es bleibt mithin ein Ueberfluß von 13 Pf. pro Korb für den ausführenden Meister. Für die 13 Pf. müssen sämtliche Ausgaben, wie Werkstattniete, Transport bis Bergmann, Beförderung für die Arbeiter und sonstige notwendige Ausgaben bezahlt werden. Bei einem der Meister waren zur Zeit der Feststellungen 4 Arbeiter beschäftigt. Es werden 58 Körbe in der Woche fertig. An jedem werden 13 Pf. verdient, also ein Verdienst von 7,54 M. für die ganze Woche für einen Meister und Mitglied der Innung. Davon muß natürlich noch der Innungsbeitrag bezahlt werden. Würde da das ganze Jahr faulische Arbeit gemacht werden, so hätte der Meister ein Einkommen von 892,08 M. Die Innung macht dabei ein besseres Geschäft. Sie hat am Korb 30 Pf. Das macht bei 2000 Körben 600 M. Ungefähr 100 M. machen die Transportkosten bis Spandau, bleiben also 500 M., ohne daß sich der Obermeister viel um die Arbeit kümmert. Auch die Arbeiter verdienen heutigen Verhältnissen entsprechend viel zu wenig. Es sind Löhne festgesetzt von 19,80 M., 21 M., 24,80 M. bei 55stündiger Arbeitszeit. Die übliche Arbeitszeit der Berliner Korbmacher beträgt 52 Stunden, der Mindestlohn 55 Pf.

Die Versammlung hat eine Petition einstimmig angenommen, welche an den Kriegsminister abgegeben werden soll. Nachdem die Sachlage dargestellt ist, wird folgendes verlangt:

1. den Korbmachergezellen wenigstens den tariflich vereinbarten Lohn zu zahlen,
2. die Körbe in eigenen Werkstätten unter Ausschaltung von Zwischenmeistern herstellen zu lassen, und
3. die Innungen nicht als Submittenten zuzulassen, da durch die Innungen das Gewerbe geschädigt wird.

Letzte Nachrichten.

Russisch-türkischer Zwischenfall in Persien.

Urmia, 26. August. (B. T. Z.) Die Waidmannschaften und Komasse des türkischen Konsulates mißhandelten auf der Straße den einheimischen Dragoonen des russischen Konsulates, trotzdem er das Abzeichen dieses Konsulates trug. Der russische Konsul hat bei dem türkischen Konsul Protest eingelegt und die Bestrafung der Schuldigen verlangt.

Wachsende Erfolge des Präsidenten El Hiba.

Paris, 26. August. (B. T. Z.) Wie vom 23. August aus Bagdad gemeldet wird, finden in der arabischen Bevölkerung geheime Versammlungen statt, in denen für den Präsidenten El Hiba Stimmung gemacht wird.

Noch mehr Bilzvergiftungen.

Trier, 26. August. (B. T. Z.) Die Nachrichten von der Erkrankung nach Genuß giftiger Bilze mehren sich in erschreckender Weise, fast täglich werden ein oder mehrere Todesfälle über schwere Erkrankungen gemeldet. Heute wurden in Ettingen (Burg) sieben Personen, die nach dem Genuß eines Bilzgerichtes unter Vergiftungserscheinungen schwer erkrankten, in das Krankenhaus eingeliefert, während die Pensionsinhaberin selbst der Vergiftung zum Opfer fiel.

Auch in Kärnten erkrankte nach dem Genuß frisch gepflückter Bilze eine ganze Familie. Auch hier ist das Familienoberhaupt der Vergiftung bereits erlegen, während die Mutter mit ihren beiden Töchtern im bedenklichen Zustande da-niederliegen. Dennoch hoffen die Ärzte, sie retten zu können.

Opfer der Arbeit.

Jansbrunn, 26. August. (B. T. Z.) In Sella bei Borgo stürzte ein Kalkofen ein, während Arbeiter mit dem Ausräumen desselben beschäftigt waren. Drei Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Zwei von ihnen wurden getötet, der dritte schwer verletzt. Ein vierter Arbeiter, der ebenfalls bei den Aufräumungsarbeiten beschäftigt war, wurde infolge der Aufregung vom Herzschlag getroffen und starb.

Ein neuer Brand in Konstantinopel.

Konstantinopel, 26. August. (B. T. Z.) In Stambul brod in den Stadtvierteln Ugutidarchi und Tabatale, wo größtenteils kleine Kaufleute ihre Läden haben, ein Brand aus. Nach dem offiziellen Berichte sind 23 Häuser mit 60 Kaufleuten und eine Moschee eingekerkert worden. Das Feuer ist durch einen Unfall entstanden.

Der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und der Umgegend

Hielt seine Generalversammlung am Sonntag im Concordiasaal in der Andreasstraße ab. Nach Eröffnung und Festsetzung der Tagesordnung gibt der Vorsitzende Eugen Ernst bekannt, daß ein Protest eingegangen ist, weil die Anträge zur Generalversammlung nicht im „Vorwärts“ veröffentlicht sind. — Das sei — sagt Genosse Ernst — nicht abhändlich geschehen, sondern die Folge eines Versehenes. Es werde in Zukunft nicht wieder vorkommen. — Hierauf erstattet Eugen Ernst den

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Parteienossen! Man kann mit vollem Recht das verflossene Geschäftsjahr bezeichnen als ein Jahr reich an Arbeit, reich an heißen, aufregenden Kämpfen. Im Mittelpunkt der Kämpfe, im Mittelpunkt unserer gesamten Tätigkeit stand die Reichstagswahl. Es ist bei der Verhinderung der Klaffengegenstände selbstverständlich, daß auch dieser Wahlkampf an Schärfe zugenommen hat. Vorbei ist die Zeit, wo die bürgerlichen Parteien erst in den letzten Tagen vor der Wahl die Wähler einzufangen suchten. Auch unsere Gegner haben den Wert der Organisation erkannt. Auch sie haben ihre Organisationen ausgebaut, um sie gegen uns ins Feld zu führen. Aber vorbei ist auch der Jubel, den unsere Gegner über den Ausfall der Wahlen im Jahre 1907 anstimmten. Eine Austerstimmung ist nach den Reichstagswahlen von 1912 bei den Gegnern eingetreten. Berlin hat den Wahlkampf gut bestanden. Für die Sozialdemokratie wurden 150 900 Stimmen mehr abgegeben wie im Jahre 1907. 56 Proz. der Wahlberechtigten und 68 Proz. aller abgegebenen Stimmen fielen uns zu. Wir können also sagen, daß wir einen schönen Erfolg errungen haben. Aber das darf uns nicht veranlassen, nach den Erfolgen auszuruhen. Der Ausfall der Wahl macht es uns gerade zur Pflicht, weiter zu arbeiten, zu agitieren und neue Erfolge vorzubereiten. — Auch bei den Landtagswahlen waren unsere Arbeiten von Erfolg begleitet. Am 17. Oktober siegten wir im 5. Landtagswahlbezirk. Genosse Vorchardt wurde gewählt. Am 26. März fand eine Wahl im 2. Landtagswahlbezirk statt. Dieser fiel zwar wieder dem Freisinn zu, aber wir hatten einen allgemeinen Stimmengewinn. — Auch die Stadtverordnetenwahlen fielen für uns günstig aus. Nicht nur unsere Stimmen, sondern auch unsere Mandate vermehrten sich. Wir haben in Berlin 11 Mandate behauptet und 5 neue Mandate erobert. Aber die Hoffnungen, welche wir auf die Sonntagswahl setzten, haben sich nicht erfüllt. Die Wahlbeteiligung ist nicht so gestiegen, wie wir es erwartet hatten. — Mit dem Ausfall der Gemeindevahlen in den beiden Landkreisen können wir ebenfalls zufrieden sein. In Niederbarnim hat sich die Zahl unserer Mandate von 137 auf 165 vermehrt und in Teltow-Deersow, wo wir im vorigen Jahre 202 Mandate hatten, haben wir jetzt 228. Das ist ein Beweis, daß der Gedanke des Sozialismus auch auf dem flachen Lande mehr und mehr Boden gewinnt und daß unsere Genossen den Gemeindegängen immer mehr Interesse entgegenbringen.

Die imperialistische Weltmachtpolitik gab uns mehrmals Gelegenheit, auch zu wichtigen Fragen der äußeren Politik Stellung zu nehmen, Protest zu erheben gegen die frowlen Kriegstreiber, sowie unsere Friedensliebe und unsere internationale Solidarität zu bekunden. Eine imposante Kundgebung dieser Art veranstalteten wir am 29. Juli in Gegenwart von Vertretern des französischen Proletariats. Am 20. August wurde in unserer Verbandsgeneralversammlung die Marokkoaffäre behandelt. Eine der größten Demonstrationen, die die Welt gesehen hat, war die Friedenskundgebung am 3. September im Treptower Park, an der sich etwa 200 000 Personen beteiligten. Am 12. November protestierten wir gegen den Raubzug der italienischen Regierung in Tripolis.

Neben diesen Kundgebungen auf dem Gebiet der äußeren Politik liegen wir auch die preussische Wahlrechtsfrage nicht außer acht. Am 4. Juli 1911 kennzeichneten wir das infame Treiben der Gegner im Landtag. Am 9. Mai 1912 protestierten wir in imposanten Versammlungen gegen die Vergewaltigung unserer Abgeordneten Vorchardt und Leinert und am 22. Mai erhob das Berliner Proletariat stammenden Protest gegen die Behandlung der Wahlrechtsanträge im Landtage.

Wenn wir durch die Reichstagswahlarbeit gezwungen waren, eine Zeitlang Ruhe einzutreten zu lassen in der Wahlrechtsbewegung in Preußen, so können unsere Freunde und Feinde doch versichert sein, daß wir nicht eher ruhen werden, und daß es nicht eher Frieden geben wird, als bis wir unsere Gleichberechtigung in Preußen errungen haben und die Regierung unsere Forderungen bewilligt haben wird. Es sind beinahe vier Jahre her, als der König von Preußen die Wahlreform verprochen hat. Die herrschenden Klassen haben es verstanden, die Erfüllung dieses Versprechens zu hintertreiben. Freiwillig werden sie uns das Wahlrecht nicht bewilligen. Wir müssen es im heißen Kampf erobern, und wir werden es erobern, wenn das Proletariat so machtvoll dasteht, um sich sein Recht zu nehmen. Leidenhaftliche Kämpfe wird es kosten. Wir erwarten, daß in diesen Kämpfen jeder seinen Mann steht.

Auch im abgelaufenen Jahre hatten wir uns mit der Raubpolitik des schwarzen Blauen Blocks zu beschäftigen, die eine schwere Zeit der Teuerung über das Volk heraufbeschworen hat. Mit dieser Angelegenheit befaßte sich eine Reihe von Protestversammlungen am 17. Oktober.

Doch nicht nur dem Kampf war unsere Tätigkeit gewidmet, sondern auch für Aufklärung unserer Mitglieder hatten wir zu sorgen. Es galt, sie fester an die Parteiorganisation zu fesseln. Wir liehen uns den Ausbau der Frauenleseabende angelegen sein. Die Folge davon war, daß der Frauentag am 12. Mai trotz der mihlischen Verhältnisse eine gutgelungene Veranstaltung wurde. — Für die Mitglieder der Armen- und Waisenkommmissionen liehen wir Vorträge halten, die allgemein verbreiteten. — Der Arbeiterbildungsschule überwies wir 5000 M., um die Weiterbildung der Genossen zu fördern. Mehr als 15 Millionen Flugblätter, die unsere Forderungen in populärer Form behandeln, wurden verbreitet. Ueber 172 000 Broschüren verschiedener Inhalts wurden verteilt. Die „Neue Zeit“ wird allwöchentlich 1900 Funktionären zugestellt, so daß mit ihrer Hilfe an den Zahlenden prinzipielle Aufklärung verbreitet werden kann.

Tropaliedem müssen wir offen sagen, daß unsere Erfolge nicht so sind, wie wir es wünschen. Unsere Mitgliederzahl beträgt nur 8751, darunter sind 3092 Frauen. Das bedeutet einen Stillstand der Organisation, es entspricht nicht unseren Wünschen. Die Groß-Berliner Organisation hat nur 7,9 Prozent an Mitgliedern zugenommen. Hamburg hat dagegen eine Zunahme von 25 Proz. und Württemberg eine Zunahme von 89 Proz. zu verzeichnen. Auch beim Vergleich der Organisationsziffer mit den für uns abgegebenen Reichstagswahlstimmen schneidet Berlin schlechter ab wie manche anderen Bezirke. Auf 100 sozialdemokratische Stimmen kommen in Berlin 21,2 in Schleswig-Holstein 33,8, in Lübeck 40,8, in Hamburg 44 organisierte Genossen. Das ist für Berlin ein Refutativ, welches uns nicht genügen kann. Parteienossen! Die Zeit, wo die Arbeiter so hindämmern können in Laubheit und Laßheit ist vorüber. Die Zeiten sind ernst. Da genügt es nicht, daß die Genossen nur ihre Beiträge zahlen, die Zahlabende und Versammlungen besuchen. Wenn die Sozialdemokratie nicht umkand ist, auch die rückständigen Schichten der Arbeiter zu gewinnen, dann ist sie zur Ohnmacht verdammt. Wir wenden uns an Euch, Parteienossen! Ihr seid die Kerntuppe der Organisation, Ihr müßt in Euren Kreisen dafür eintreten,

daß alles Kleinliche zurückgestellt wird im Interesse des großen Kampfes, den wir zu führen haben. Raublose Agitation müssen wir treiben, um die Masse der Arbeiter zu klassenbewußten Kämpfern für die Ziele der Partei heranzubilden. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß die Aufklärung in unseren Reihen Fortschritte macht. Der Zentralvorstand beschäftigt sich schon seit längerer Zeit mit der Frage, wie die Organisation auszubauen ist, um die Mitglieder zu zielbaren Kämpfern zu machen. Wir haben es mit Freuden begrüßt, daß jetzt die Diskussion darüber einsetzt, was in dieser Hinsicht nottut. Wir wünschen, daß diese Diskussion ruhig und sachlich geführt wird und daß eine Klärung herbeigeführt wird über diese Frage, die heute noch nicht spruchreif ist. Wir erwarten, daß die Parteienossen weitere Vorschläge über den Ausbau der Organisation machen und darüber, wie die Mitglieder fester an die Organisation gefesselt werden können.

Parteienossen! Am 17. August haben wir beschlossen, die Verbindung mit der Bezirksorganisation Brandenburg zu lösen. Dadurch ist die Agitationskommission aufgelöst. Ein Bericht über ihre Tätigkeit erübrigt sich deshalb.

Die Lokalkommission hat Differenzen mit einigen Saalbesitzern geschlichtet. Die städtische Subvention des Philharmonischen Orchesters veranlaßte die Kommission, erneut um Vorkott der Philharmonie Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen hatten keinen Erfolg. Der Vorkott bleibt in der bisherigen Form bestehen.

Die Preßkommission beschäftigte sich mit der Regelung der Gehälter des Redaktions-, Expeditions- und Expeditiönspersonals. Mit den Austrägerinnen drohte ein Konflikt wegen Lohnforderungen, der die bürgerlichen Zeitungen zu häßlichen Bemerkungen veranlaßte. Diese Zeitungen sollten nur vor ihrer eigenen Tür stehen. Im Hinblick auf die Löhne, die sie ihren Austrägerinnen zahlen, haben die bürgerlichen Zeitungen keine Ursache, sich über uns aufzuhalten. Der drohende Konflikt ist durch einen Vertrag mit der Organisation unserer Austrägerinnen aus der Welt geschafft.

Die juristischen Sprechstunden haben sich gut bewährt. Sie wurden 1911/12 von 17 405 Personen besucht. Das sind 3045 Besucher mehr wie im Vorjahre. Ein Zeichen für die Beliebtheit dieser Einrichtung.

Die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ stellte sich im Juli 1911 auf 156 000, im Juli 1912 auf 161 000, also nur eine Vermehrung von 5000. Auch das ist ein Refutativ, welches uns nicht befriedigt. Die Presse ist unsere Hauptwaffe. Für ihre Ausbreitung muß mehr agitiert werden.

Die Rinderschutzkommission erfüllte ihre schwierige Aufgabe nach besten Kräften. Es wäre eine fürchterliche Anklage der heutigen Gesellschaft, wenn wir alle Fälle von Verwahrlosung und Mißhandlung der Kinder, welche die Kommission festgestellt hat, vorbringen würden. Bei der Kontrolle am 9. Mai 1912 wurden über 2100 Kinder festgestellt, die vor dem Beginn des Schulunterrichts Erwerbsarbeit leisteten. Doch das ist nur ein Bruchteil der großen Schar von Kindern, die auf solche Weise um ihre Jugend betrogen werden. Angesichts solcher Tatsachen wagt es die bürgerliche Gesellschaft, heuchelnd die Augen zu verdecken über die Verrohung der Kinder. Es ist Pflicht des Staates, Kinderfürsorge zu treiben, um die kommende Generation vor leiblichem und seelischem Verderben zu bewahren. Die Erfüllung dieser Aufgabe wäre würdiger und nützlicher, als wenn die Weltpolitiker mit gepanzelter Faust und Schnaps ihr Christentum in Afrika verbreiten.

Run habe ich noch einen Ueberblick über die geschäftliche Tätigkeit des Vorstandes zu geben. Außer den täglichen Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses, den Sitzungen mit anderen Organisationen und den Kommissionsitzungen hielt der Zentralvorstand 14 und der Aktionsauschuss 23 Sitzungen ab. Für 756 Versammlungen wurden Referentien besorgt. Das „Mittelungsblatt“ erschien in 5600 Exemplaren.

Parteienossen! Der Geschäftsbericht liegt Ihnen gedruckt vor, ich habe hier deshalb nur einen kurzen Auszug gegeben. Ich habe schon gesagt, daß uns die Zunahme, die wir zu verzeichnen haben, nicht genügt. Die beste Waffe des Proletariats ist die Größe und Geschlossenheit der Organisation und die weite Verbreitung der Presse. Wir brauchen klassenbewußte Kämpfer, Mitglieder, die mit Herz und Hirn bei der Sache sind. Immer neue Schläge sausen auf das Proletariat nieder. Die Raubpolitik des schwarzen Blauen Blocks hat uns so weit gebracht, daß eine Hungersnot droht. Die Arbeiter müssen den Riemen immer enger schnallen, bis ihnen schließlich der Atem ausgeht. Immer lauter erschallen die Rufe der Arbeiterklasse nach einem Justizhausgesetz zur Anbelagerung der wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterklasse und nach Ausnahmegesetzen gegen ihre politischen Bestrebungen. Man kann nicht erwarten, daß das Bürgertum den reaktionären Geleüsten erfolgreichen Widerstand leisten wird. In den Kämpfen gegen die finsternen Pläne der Reaktion ist das Proletariat auf seine eigene Kraft angewiesen. Nur wenn es stark und mächtig ist, wird man nicht mehr wagen, Anforderungen an die Regierung zu stellen, welche die Unterdrückung der Arbeiterbewegung bedeuten. Immer offener zeigen Regierung und Behörden, daß sie sich als Vertreter der bestehenden Klassen fühlen. Immer verzweifelter sind die Mittel, welche die Herrschenden anwenden, um ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten. Sie merken, daß ihnen der Boden unter den Füßen schwindet. Darum wenden sie ihre Machtmittel immer rücksichtsloser gegen das aufstrebende Proletariat an. Deshalb haben die Arbeiter die Pflicht, sich zusammenzuschließen. An Euch, Parteienossen, die Ihr die Kerntuppe unserer Organisation seid, wenden wir uns: Geht hin in die Kreise der Indifferenten, zeigt ihnen, wer die Freunde und wer die Feinde der Arbeiterchaft sind. Verbreitet Aufklärung im Sinne der revolutionären Sozialdemokratie. Das ist die Aufgabe, der wir uns mit ganzer Seele zu widmen haben.

Rassenbericht

erstattete der Kassierer Boesle: Wenn Genosse Ernst sagte, daß die Organisation keinem Fortschritt, sondern einem Stillstand zu verzeichnen hat, so zeigt sich das auch in dem Stand der Rasse. Wir haben eine Einnahme von 148 600 M. Das sind 15 500 M. mehr wie im Vorjahre. Bei den Einnahmen aus Beitragsmarken der Männer sehen wir einen Rückgang. Sie betragen im vorigen Jahre 101 180 M., in diesem Jahre aber nur 96 510 M., also 4620 M. weniger. Die Abrechnung der Kreisstellen zeigt noch deutlicher, daß die Zahl der Restanten groß ist. Die Einnahme aus Beitragsmarken für Frauen ist dagegen in die Höhe gegangen. Sie betrug im vorigen Jahre 16 917 M. und stieg in diesem Jahre auf 20 440 M., das ist also ein Mehr von 3523 M. Das ist eine eigentümliche Erscheinung. Wenn es wahr ist, was immer behauptet wird, daß die Männer die Beiträge für die Frauen zahlen, dann mühten ja nach dem Kassenergebnisse viele Männer mit den eigenen Beiträgen im Rückstand geblieben sein, aber für ihre Frauen die Beiträge bezahlt haben. — Die Einnahme aus Eintrittsmarken hat sich gegen das Vorjahr um 400 M. erhöht. Die Sektion der Taubstummen, die jetzt ein Jahr besteht, geht langsam ihrem Ende entgegen. — Die Einnahmen aus den Kreisen betragen 17 822,82 M., die allgemeinen Einnahmen 95 547,38 M., an diesen Einnahmen gingen 7092,33 M. ein. Das sind also in diesem Jahre nicht ausgegeben, weil keine Nachfrage danach war. — An den Parteivorstand wurden 237 000 M. abgeführt. Nach den Postim-

mungen des Organisationsstatuts wären 76 487,88 M. abzuführen. Wir haben also 160 512,12 M. mehr abgegeben als das Statut vorschreibt. Der diesjährige Satz ist der höchste, den wir an den Parteivorstand abgeführt haben. — Die Agitationskommission erhielt 73 000 M., davon 35 000 M. zum Wahlfonds. Der Ausgabeplan an die Agitationskommission fällt in Zukunft fort. — Ferner wurden ausgegeben an die Preßkommission 275 M., an die Lokalkommission 250 M., für Stadtverordnetenwahlen und sonstige kommunale Tätigkeit 13 694,75 M. Diese Ausgaben sind im Laufe der Jahre durch die Vermehrung unserer Stadt- und Gemeindeverordneten gestiegen. Für Bildungszwecke wurden 21 880,40 M. ausgegeben. Auch diese Ausgaben sind von Jahr zu Jahr gestiegen. An gemischten Ausgaben hatten wir 6266,34 M., für Inserate und Drucksachen 26 206,70 M., für die „Neue Zeit“ und Broschüren 15 954,92 M., für Rechtschutz 444,15 M., für Verwaltung 11 068,01 M., für die Gesamteinnahme beläuft sich auf 489 350,15 M., die Gesamtausgabe auf 405 540,27 M., der Bestand am 1. Juli beträgt 83 809,88 M. Davon gehen ab 28 844 M. für den Raifonds, so daß ein Bestand von 54 965,88 M. bleibt.

Für den Raifonds wurden aufgebracht durch die Gewerkschaftskommission 60 070 M., durch die Partei 28 844 M., zusammen 88 914 M. Davon sind 85 471 M. dem besitzenden Ausschuss gemäß an die Gewerkschaften als Zuschuß zur Unterstützung ihrer Monatsgespräche gezahlt. Die beteiligten Gewerkschaften haben aus eigenen Mitteln 113 433 M. gezahlt. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, wird die diesjährige Sammlung zum Raifonds nicht 88 914 M. erreichen wie im Vorjahr. Wenn wir bedenken, daß wir in Berlin 240 000 gewerkschaftlich und 120 000 politisch organisierte Mitglieder haben, dann ist der geringe Betrag des Raifonds ein Zeichen dafür, daß die Solidarität für die Partei in Groß-Berlin nur schwach ist. Wenn die Partei nicht zu Grunde getragen werden soll, dann muß für sie und für den Markennachschuß besser agitiert werden wie bisher.

Dobro hla w beantragt namens der Revisoren, dem Kassierer zu entlasten.

Die Diskussion

wird eröffnet.

P i e d: Es wird wohl keiner hier im Saale sein, der nicht enttäuscht wäre über den organisatorischen Abbruch des Geschäftsjahres. Die Freude über den Wahlerfolg wird sehr getrübt durch den geringen Zuwachs der Organisation, der nicht als Fortschritt, sondern als starker relativer Rückgang bezeichnet werden muß. Die Steigerung der Mitgliederzahl in Berlin beträgt noch nicht die Hälfte der durchschnittlichen Steigerung in der Gesamtpartei. Wie in der Organisationsziffer für Groß-Berlin kein Fortschritt zu verzeichnen ist, so ist es auch im übrigen Parteileben. Auch das geistige Leben in der Partei hat keine Besserung erfahren. Frisches, pulsierendes, vorwärtsdrängendes Leben findet man weder in den Versammlungen noch an den Zahlabenden. Die Klagen über die Oede der Zahlabende nehmen zu. Aber von oben her ist man bisher ängstlich bemüht gewesen, diese Klagen zu unterdrücken, sie zu ignorieren, ohne ernsthaft an eine Besserung der Mißstände heranzugehen. Durch einen theoretisch fein ausgelegten Organisationsapparat, der aber praktisch von Jahr zu Jahr mehr und mehr versagt, versucht man ängstlich, den Fortschritt zu hindern. Wenn man sieht, wie es in der Provinz überall vorwärts geht, in der Mitgliederzahl, im Abonnement der Presse, in den Einnahmen, im Bildungswesen, in der Jugendbewegung, dann müssen wir in Berlin besämt die Augen senken. Man kann nicht sagen, daß die örtlichen Verhältnisse die Schuld an dem Schwinden der Berliner Parteibewegung tragen. Die Schuld liegt zum Teil an einem verknöcherten Bürokratismus, der sich innerhalb der Berliner Organisation breit macht und fortschrittlich gestimmten Elementen die Luft an der Mitarbeit berückt, wenn nicht gar unmöglich macht. Die Schuld liegt aber auch an der Masse der Parteienossen, die sich eine solche Verboemung gefallen läßt. Wir haben sorgfältig einen Organisationsausbau errichtet, aber dabei vergessen, für die Zufuhr von Licht und frischer Luft zu sorgen, und wo noch eine Ritze der frischen Luft Zutritt gewährt, da wird sie schnell verstopft, wie es auf der letzten Generalversammlung geschah, indem das Einbringen von Anträgen in der Generalversammlung unterbunden wurde. Ich denke, daß der diesjährige Mißerfolg vieler Parteienossen die Augen öffnen und sie veranlassen wird, über die Zweckmäßigkeit der Organisationseinrichtungen nachzudenken. Bei dem Aktionsauschuss fängt ja die Erkenntnis bereits an. Er hat den Genossen die Diskussion über den Ausbau der Zahlabende empfohlen. Aber er konnte diesen fortschrittlichen Gedanken nicht aussprechen, ohne zugleich seinen Lauf zu hemmen. Als ich dem Aktionsauschuss einen Artikel mit Vorschlägen über den Ausbau der Zahlabende für das „Mittelungsblatt“ sandte, lehnte die Mehrheit des Aktionsauschusses die Veröffentlichung ab, weil die Kreise erst zu dem Ausbau der Zahlabende Stellung nehmen müßten. Also meine Vorschläge sollten erst veröffentlicht werden, wenn die Diskussion in den Kreisen abgeschlossen ist. Die Bürger von Schilda waren demnach nicht einfalliger, wie die Mehrheit des Aktionsauschusses im vorliegenden Falle. Auch die Redaktion des „Vorwärts“ läßt der Ruhm des Aktionsauschusses nicht schlafen. Auch sie lehnte die Veröffentlichung meines Artikels ab, mit derselben Begründung wie der Aktionsauschuss. Also meine Vorschläge zur Diskussion in den Kreisen sollten erst veröffentlicht werden, wenn die Kreise mit der Diskussion fertig sind. Die Mehrheit der Redaktion des „Vorwärts“ darf sich bei dieser Haltung nicht wundern, wenn die Achtung vor ihrem Intellekt sich mindert und wenn innerhalb der Partei die Anschauung immer mehr Boden gewinnt, daß die „Vorwärts“-Redaktion über das Partieleben im Reiche nur das bringt, was der Parteivorstand erlaubt, und über das Partieleben in Groß-Berlin nur das, was der Aktionsauschuss gestattet. Die Preßkommission hat ja erlauchterweise etwas mehr Verständnis für die vernünftige Erledigung solcher Diskussionen bewiesen und hat die Veröffentlichung beschlossen, so daß die Genossen gestern und heute in den Besitz der Vorschläge gelangt sind. Auch der Parteivorstand soll der Veröffentlichung zugestimmt haben, weil die Generalversammlung von Teltow-Deersow die öffentliche Diskussion gewünscht hat. Ich erlaube Sie, Parteienossen, die Vorschläge von Grumbach und mir, zu denen sicher noch andere kommen werden, vorurteilsfrei zu prüfen. Sorgen Sie dafür, daß im kommenden Jahre weit genacht wird, was im alten Jahr versäumt wurde. Niemand wird wollen, daß es so weiter geht. Aber dann muß auch die Liebe zu alten ungewinnlichen Einrichtungen schwinden und dem Verhandnis für neue bessere Einrichtungen Platz machen. Je besser unsere Einrichtungen sind, um so besser werden wir unsere Aufgaben erfüllen können.

G l a h beschwert sich darüber, daß Mitteilungen der Partei polnischer Sozialisten nicht im redaktionellen Teil des „Vorwärts“ aufgenommen werden und beantragt folgende Resolution:

„Die Generalversammlung fordert den Parteivorstand auf, dafür zu sorgen, daß Mitteilungen über Veranstaltungen und Versammlungen der P. P. S. im „Vorwärts“ unter Parteiangelegenheiten aufzunehmen sind.“

B o d a n h führt aus, die polnischen Genossen würden vom Parteivorstand stiefmütterlich behandelt. Ihre Organisation beruhe auf einem Beschluß des Mannheimer Parteitags, sie habe dieselben Rechte wie die Organisation der deutschen Genossen. In Berlin seien sehr viele polnische Arbeiter. Für die sozialdemokratische Agitation unter ihnen müsse etwas getan werden.

Weber: Wendte Pled hat die Redaktion des „Vorwärts“ mit Verantwortlich gemacht, daß die Organisation in Berlin nicht genügend vorwärts gegangen ist. Er glaubt, unsere Antwort auf die Einsetzung seines Artikels dafür in Anspruch nehmen zu können, daß der Intellekt der Redaktion nach seiner Meinung im Sinken begriffen ist. Ich weiß aus Erfahrung — ich war ja auch Parteischüler: Da kommt man von der Schule, ausgerüstet mit der ganzen Wissenschaft des Jahrhunderts und glaubt, seine Lehren einzeln zu können. Wenn Pled glaubt, daß wir uns dem Aktionsausschuß unterordnen, dann irrt er sich. Wir sind keine Aulisten. Es ist doch notwendig, daß über solche Vorschläge, wie den Ausbau der Zahlabende, erst in den Organisationen gesprochen wird. Da wird wahrscheinlich eine größere Klarheit herrschen als wie in dem Artikel des Genossen Pled. Er scheint das Wesen der Berliner Organisation doch nicht so zu kennen, wie es notwendig ist. Wenn er sagt, da ist eine Bureaufkräuterei vorhanden, so will ich nur darauf hinweisen, daß wir ein Genosse aus Steglitz sagte, im dortigen Wahlverein ist eine Autokratie eingezogen seit Pled den Vorsitz führt. Wenn man reorganisieren will, dann muß man viel weiter gehen als die Vorschläge des Genossen Pled. Man muß sich die Vorschläge des Grundwaldischen Artikels zu eigen machen, mit denen auch ich einverstanden bin. Zu einer durchgreifenden Reorganisation gehört auch die Zentralisierung des Bildungswesens, der Bibliotheken. Es sind noch mehr Vorschläge zu machen als die, welche Pled gemacht hat, um die Organisation auf die Höhe zu bringen. Wenn es nicht in wünschenswerter Weise vorwärts geht, das liegt nicht an der Leitung, sondern an den Mitgliedern. In meiner Organisation ist eine solche Laubheit eingerissen, daß die Mitglieder nicht einmal in die Versammlung kommen, wo die Anträge zur Generalversammlung erörtert werden. Wenn die Mitglieder auf dem Posten sind, dann wird die Organisation dahin kommen, wohin sie gehört.

Pled: Wenn man so wie der Redner über den Ausbau der Organisation diskutieren will, dann werden wir nicht weiter kommen. Ich habe nicht an einzelnen Personen Kritik geübt, sondern ich mache die Masse dafür verantwortlich, daß es so ist, wie ich gesagt habe. Wenn Weber die Parteischule dazu benutzt, um gegen mich Stimmung zu machen, so zeugt das nicht von Intellekt, und wenn die anderen Redakteure auch so sind wie Weber, dann zeugt das nicht vom Intellekt der Redaktion. Ich kritisiere nicht die Führer überhaupt, sondern die, welche von Verbesserungsvorschlägen nichts wissen wollen. Ich habe nicht gesagt, der Intellekt der Redaktion sinkt, sondern ich sagte, die Mehrheit der Redaktion darf sich nicht wundern, wenn bei solchen Beschlüssen die Achtung vor ihrem Intellekt schwindet. — Es ist ja eine bekannte Erscheinung, daß man den Kritikern, mit denen man nicht einverstanden ist, sagt, sie verstehen nichts von der Sache. Wenn Weber mit dem Artikel des Genossen Grundwald einverstanden ist, dann muß er auch mit dem ersten Teil meines Artikels einverstanden sein, denn dieser will dasselbe wie Grundwald. — Mit dem Genossen aus Steglitz, auf den sich Weber bezieht, möchte ich mich einmal über den Begriff „Autokratie“ aussprechen. Was ich in Steglitz getan habe, ist keine Autokratie. Ich bilde mir nicht ein, daß meine Vorschläge das Heil der Berliner Partei bedeuten. Ueber die Erfahrungen, die ich in meinem Artikel niedergelegt habe, lasse ich mit mir reden, aber so leicht abtun lasse ich mich nicht. Ich ersuche Sie, sich durch diese persönliche Polemik nicht von der Sache ablenken zu lassen, sondern die Vorschläge weiter zu diskutieren.

Grundwald bringt eine Resolution ein, welche besagt: Ueber die Reorganisation soll in den Kreisen diskutiert und das Ergebnis der Diskussion im „Vorwärts“ veröffentlicht werden, dann soll eine Generalversammlung dazu Stellung nehmen.

Vorsitzender **Groger** bemerkt, die Resolution gehöre zur Statutenänderung, aber nicht zum Geschäftsbericht.

Grundwald verlangt, daß die Resolution beim Geschäftsbericht erörtert und abgestimmt wird, damit die Frage der Reorganisation nicht hinausgeschoben werde.

Die Diskussion ist erschöpft. Das Schlusswort erhält

Ernst: Unsere polnischen Genossen beswaren sich, daß sie nicht als Landsmannschaft betrachtet und ihre Belangen nicht im „Vorwärts“ veröffentlicht werden. Ich weiß nicht, ob die polnischen Genossen jetzt einig sind. (Lach: Das sind wir.) Früher waren sie gespalten. Da haben wir ihnen den Vorschlag gemacht, sie sollten sich zusammenschließen, dann könnten sie eine besondere Sektion in unserer Organisation bilden. Es wäre doch besser für sie, wenn die große deutsche Organisation hinter ihnen stände. Die polnischen Genossen waren damit nicht einverstanden. Wir sagten deshalb, sie könnten in der Partei nicht anders behandelt werden, wie alle anderen Genossen. Daß ihre Angelegenheiten nicht im redaktionellen Teil veröffentlicht werden, beruht auf einem Beschlusse der Preschkommission. Wenn Genosse Grah damit nicht einverstanden war, dann hätte er es uns sagen sollen, wir hätten dann mit ihm und der Preschkommission darüber gesprochen. Ich halte es nicht für möglich, daß der Wunsch der polnischen Genossen hier erledigt wird. Der Zentralvorstand kann sich aber damit beschäftigen. Nun komme ich zum Antrage Grundwald. Der will dasselbe, was ich hier als Wunsch des Zentralvorstandes dargelegt habe. Wir ersuchen Sie, sich heute nicht durch Beschlüsse festzulegen, sondern erst in freier Diskussion alles zu erörtern, was zur Sache gehört. Die Resolution Grundwalds wäre also überflüssig. — Genosse Pled hat mit langen Worten das wiederholt, was ich kurz gesagt habe. Ich habe die Genossen aufgefordert, nicht im Schandrian dahinzulieben, sondern ihre ganze Kraft daranzusetzen, daß es besser wird. Ich habe betont, daß die Diskussion über die Reorganisation frei bleiben muß von allen demagogischen Schlagworten. Nur mit sachlichen Gründen soll sie geführt werden. Wenn Pled so empfindlich ist, weil ihn Weber angegriffen hat, so muß ich sagen, die Art seiner Diskussion trägt nicht zur sachlichen Erörterung bei. Es ist doch nicht so, daß alles vom Zentralvorstand gemacht wird. Die Generalversammlung hat beschlossen, daß Anträge erst von den Genossen erörtert werden müssen. Pled sagt, es herrsche bei uns ein Bureaufkräuterei, der den Genossen die Lust an Arbeiten verleiht. Wenn das wahr wäre, dann hätte Ihr, Parteigenossen, die Schuld. Ihr mühtet uns doch nach Hause schicken, wenn wir uns einfallen ließen, Euch bürokratisch zu beherrschen. Daß nicht jeder Wunsch der Parteigenossen erfüllt werden kann, ist ja selbstverständlich. Aber deshalb herrscht doch noch kein Bureaufkräuterei. Müssen wir uns denn alle Angriffe ruhig gefallen lassen? Soll man denn doppelte sein, wenn man auf einen Parteiposten gestellt ist? Nein, Genossen, wir stehen mit Euch im gleichen Recht. — Ich wiederhole nochmals: Es ist uns sehr ernst damit, daß eine freie Diskussion über die Frage der Reorganisation geführt wird. Unsere Organisation ist das Ergebnis einer historischen Entwicklung. Wenn die Parteigenossen der Meinung sind, daß sie geändert werden muß, so ist es ihre Pflicht, die Diskussion darüber ruhig und sachlich, frei von allen persönlichen Angriffen zu führen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Genossen **Pied** und **Ernst** wird der Antrag der Redatoren, den Redierer zu entlasten, einstimmig angenommen. — Die Resolution der polnischen Genossen wird dem Zentralvorstand überwiesen.

Vorsitzender **Groger:** Nun sind wir mit dem Geschäftsbericht zu Ende.

Grundwald: Ich verlange, daß über meine Resolution abgestimmt wird.

Ernst: Ich habe doch gesagt, daß die freieste Diskussion über die Reorganisation stattfinden soll. Die Entscheidung hat natürlich die Generalversammlung.

Die Abstimmung erfolgt, die Resolution Grundwald wird angenommen.

Wahl des Vorstandes

Es wurden wiedergewählt als erster Vorsitzender **Eugen Ernst**, als erster Schriftführer **Theodor Fischer**, als Kassierer **Emil Boeske**. Ferner werden gewählt als Redierer: **Schmidt**, **Burghardt**, **Dobrowlaw**, **Weinmann**, **Laubmann**. Als Vertreterinnen der Frauen die Genossinnen **Baader**, **Fahrenwald**, **Raischke**, **Juchacz**, **Kreudsee**. — Die übrigen Mitglieder des Zentralvorstandes sind bereits in den Kreisen gewählt und werden widerspruchlos bestätigt.

Der nun folgende Punkt der Tagesordnung lautet: Anträge des Zentralvorstandes auf Abänderung des Verbandsstatuts.

Hierzu beantragt **Groger** namens des Kreises Teltow-Beeslow: Da wir uns gegenwärtig in der Beratung des Parteistatuts befinden und auch über die Reorganisation der Berliner Organisation diskutiert werden soll, so würde ein heut festgesetztes Statut sehr bald wieder geändert werden müssen. Es solle deshalb heute von Statutenänderungen abgesehen werden, bis auf die eine, welche sich infolge der Trennung der Berliner von der Brandenburger Organisation notwendig macht.

Dieser Antrag wird angenommen.

Ernst führt zur Begründung der betreffenden Aenderung aus: Durch das Ausschneiden der Agitationskommission ist der Zentralvorstand um die Zahl der Mitglieder desselben verringert. Würde diese Zahl nicht wieder ergänzt, dann wäre das Stärkeverhältnis zwischen dem Zentralvorstand und dem Aktionsausschuß verschoben und jeder Appell an den Zentralvorstand illusorisch gemacht. Man müßte auch, wenn die Lücke nicht wieder ausgefüllt würde, die Vertretung der Kreise in dem einzelnen Körperchaften ändern, die sich als richtig bewährt hat. Jetzt bildet der Aktionsausschuß zugleich das Schiedsgericht der Bezirksorganisation, wodurch er mit Arbeit sehr überlastet wird. Der Zentralvorstand schlägt nun vor, ihn durch Einsetzung einer Schiedsgerichtskommission zu verstärken, die aus einem weiblichen und acht männlichen Mitgliedern besteht. Ferner soll einem Vertreter des im Entschieden begriffenen Bildungsausschusses, sowie dem Obmann der Kinderschutzkommission ein Sitz im Aktionsausschuß eingeräumt werden. Auch für die bisher von der Agitationskommission betriebene Propaganda unter den Schiffen ist ein besonderes Mitglied erforderlich.

Nach kurzer Diskussion wird folgender Antrag zum Statut angenommen:

Die Schiedsgerichtskommission beschließt als die Vertretung des Zentralvorstandes über die gestellten Antragsanträge.

Auf Wunsch des betreffenden Kreises kann die Schiedsgerichtskommission auch in sonstigen Streitfällen in den Kreisen als Schiedsgericht fungieren.

Die Versammlung geht nun zur Beratung der Anträge über, die von der vorigen Generalversammlung zurückgestellt worden sind. Gleichzeitig werden die Anträge beraten, welche die Kreise zur gegenwärtigen Generalversammlung gestellt haben. Sechs Anträge, die sich im wesentlichen bedem, beziehen sich auf die

Gratislieferung des „Vorwärts“

Burzeit wird der „Vorwärts“ auf Antrag gratis geliefert an Arbeitslose nach zweimonatiger Dauer der Arbeitslosigkeit. Die Anträge wollen, daß die Karenzzeit auf vier Wochen beschränkt wird, auch wird verlangt, daß sich die Gratislieferung auf Streikende und Ausgesperrte unter denselben Voraussetzungen erstrecken soll. Die Grundlage der Diskussion bildet ein in diesem Sinne gehaltenes Antrags des Kreises Nieder-Barnim.

Mehrere Redner traten für den Antrag ein mit der Begründung, es werde doch den Arbeitslosen sehr schwer, erst acht Wochen den „Vorwärts“ zu bezahlen, ehe sie Anspruch auf Gratislieferung haben. Gegenüber dem sehr hohen Ueberschuß, den der „Vorwärts“ im letzten Geschäftsjahre erzielt habe, seien die Kosten für die Gratislieferung in dem beantragten Umfang nur gering. Der „Vorwärts“ sei doch nicht dazu da, um nur Ueberschüsse herauszuwirtschaften. Bei so kolossalen Ueberschüssen hätten wir die Pflicht, an die Arbeitslosen zu denken.

Sassen erwidert im Namen des Zentralvorstandes um Ablehnung des Antrages. Es sei anzuerkennen, daß der Antrag gut gemeint ist. Aber man könne in diesem Falle nicht das gute Herz allein sprechen lassen, sondern man müsse die finanzielle Tragweite des Antrages betrachten. Der Redner stellt nun eine eingehende Berechnung auf und kommt zu dem Schluß, daß schon die Verabsicherung der Karenzzeit für die Arbeitslosen eine Mehrbelastung von etwa 34 000 Mk. jährlich bringen würde. Wenn die Gratislieferung auch noch auf die Streikenden und Ausgesperrten ausgedehnt werden sollte, dann ließen sich die Folgen gar nicht absehen. Bei großen, auf weite Kreise der Arbeiter ausgedehnte Lohnkämpfen würden die Ueberschüsse des „Vorwärts“ vollständig verloren gehen. Bei keinem anderen Parteiblatt würden Gratislieferungen in so großem Umfang gewährt wie beim „Vorwärts“.

Im weiteren Verlauf der Debatte äußert auch **Vittorj** Bedenken gegen den Antrag. Er weist darauf hin, daß bei der Gratislieferung eigentlich der Verdienst des Betreffenden berücksichtigt werden müßte, denn ein Arbeiter mit hohem Lohn könne auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit das Abonnement eher bezahlen als ein anderer mit niedrigem Lohn. Wenn die Generalversammlung den Antrag annehmen sollte, dann hänge die Durchführung desselben doch noch von der Zustimmung des Parteivorstandes ab, der ja über alle Angelegenheiten des „Vorwärts“ mitzubestimmen habe. Der Parteivorstand habe zu dem Antrage noch nicht Stellung genommen. Es sei sehr unwahrscheinlich, daß er ihn annehmen werde.

Durch die Abstimmung wird zunächst beschlossen, aus dem Antrage Nieder-Barnim den Passus zu streichen, welcher für den Fall der Gratislieferung den Nachweis verlangt, daß der Betreffende zwei Jahre Abnehmer des „Vorwärts“ ist. — Der Antrag wird dann in folgender Fassung angenommen:

Der Beschluß betreffend Gratislieferung des „Vorwärts“ an arbeitslose Abonnenten ist dahin abzuändern, daß diese den „Vorwärts“ auf ihren Antrag frei erhalten, wenn sie vier Wochen arbeitslos und zwei Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert sind. — Streikende und Ausgesperrte sind den Arbeitslosen gleich zu achten.

Der Empfänger eines Gratisexemplars hat sich zweimal im Monat bei dem Expeditur zu legitimieren.

Ein Antrag, welcher verlangt, daß die

Ausgabe von Partisdom eingestrichelt wird, wird ohne Debatte angenommen, nachdem **Ernst** bemerkt hatte, der Zentralvorstand stimme dem Antrage zu. Es seien im letzten Jahre keine Wuns mehr vertrieben, weil keine Nachfrage danach war. — Zur

Jugendbewegung

werden ohne Debatte folgende Resolutionen angenommen:

In Anbetracht dessen, daß die preußische Schulbetriebsung zur Bekämpfung der Arbeiter-Jugendbewegung eine Broschüre aufgearbeitet hat und in dieser die Wohnung an die schulentlassene Jugend richtet, keiner „sozialdemokratischen Jugendorganisation“, sondern einer auf dem Boden „vaterländischer Gesinnung“ stehenden Jugendvereinigung bezutrufen, des ferneren, daß diese Broschüre zum erstenmal im April d. J. gratis an die Schüler verteilt wurde, soll der Zentralvorstand von Groß-Berlin geeignete Schritte unternehmen, um dieser Broschüre in Form eines Flugblattes oder eventuell ebenfalls einer Broschüre entgegenzutreten.

Mit Rücksicht darauf, daß die Verfolgungen der Arbeiterjugend durch die Polizeibehörden bei Zusammenkünften, Spaziergängen und Ausflügen immer mehr um sich greifen und die Jugendlichen unserer politischen Organisation bis zum 18. Jahre gesetzlich entzogen sind, beauftragt die Verbandsgeneralversammlung den Zentralvorstand von Groß-Berlin, besondere Maßnahmen zu treffen, daß die Jugendlichen in der Zeit vom 18. bis 20. Jahre um so gründlicher aufgeklärt und für unsere Bestrebungen gewonnen werden.

Das Genossenschaftswesen

betrifft folgender Antrag: „Im „Vorwärts“ eine händige Rubrik für das Genossenschaftswesen einzurichten, ebenso wie sie der Frauen- und Gewerkschaftsbewegung eingeräumt worden ist. Zum Leiter des genossenschaftlichen Teiles wolle man eine geeignete Persönlichkeit, die in der Genossenschaftsbewegung erfahren ist, bestellen.“

Siemers führt zur Begründung des Antrages aus, der „Vorwärts“ bringe nicht genug über das Genossenschaftswesen. Dem solle der Antrag abhelfen. Nachdem die Gewerkschaften und die Frauenbewegung längst eine besondere Rubrik im „Vorwärts“

haben, sei es recht und billig, daß auch das Genossenschaftswesen in gleicher Weise berücksichtigt werde. Selbstverständlich müsse für die Bearbeitung dieses Teiles eine geeignete Person, vielleicht ein mit dem Genossenschaftswesen vertrauter Reichstagsabgeordneter gewonnen werden.

Siemers bemerkt namens des Zentralvorstandes, es sei selbstverständlich, daß das Genossenschaftswesen im „Vorwärts“ propagiert werde. Es sei jedoch bedenklich, einen bestimmten Raum dafür festzusetzen, denn in politisch bewegten Zeiten würden wohl andere wichtige Angelegenheiten den Vorrang verdienen. Der Redner ersucht um Ueberweisung des Antrages an die Aufsichtsinstanzen des „Vorwärts“.

Siemers meint, es werde der erforderliche Raum vorhanden sein, wenn die Versammlungen und die langen Nachrichten aus den Vororten gekürzt würden. Ein besonderer Redakteur für den Genossenschaftsteil werde von den Antragstellern nicht gefordert, sondern ein geeigneter Mitarbeiter.

Redakteur **Weber** tritt ebenfalls für Ueberweisung des Antrages an die Instanzen des „Vorwärts“ ein und betont, daß das Genossenschaftswesen selbstverständlich im „Vorwärts“ propagiert werde, es werde aber auch notwendig sein, Stellung zu nehmen gegen die von Hamburg ausgehende Richtung der genossenschaftlichen Ueberneutralität.

Die Versammlung beschließt, den Antrag der Redaktion und Preschkommission zur Berücksichtigung zu überweisen.

Ein Antrag, welcher sich auf Veröffentlichung im

„Mitteilungsblatt“

bezieht, wird zurückgestellt, weil er in Verbindung steht mit den die Reorganisation der Zahlabende usw. betreffenden Vorschlägen, mit denen er gemeinsam erledigt werden soll.

Ohne Debatte wird folgender Antrag angenommen, der die

Jahresberichte

betrifft: Den gedruckten Jahresberichten des Verbandes der Wahlvereine Groß-Berlins sind die wichtigsten Beschlüsse der Organisation anzufügen.

Die

Herabsetzung der Delegiertenwahl

bezwecken zwei Anträge. Der eine ist vom Kreise Teltow-Beeslow gestellt. Er will, daß auf 250 Mitglieder ein Delegierter zur Verbandsgeneralversammlung kommt und daß den kleinen Kreisen eine Mindestzahl von 10 Delegierten zugesprochen wird. — Nieder-Barnim beantragt, daß für je 200 Mitglieder ein Delegierter gewählt werden soll.

Die Antragsteller verweisen darauf, daß jetzt, wo auf 100 Mitglieder ein Delegierter kommt, die Zahl der Delegierten so groß sei, daß eine korrekte Verhandlung in der Generalversammlung nicht mehr möglich sei, deshalb müsse die Zahl beschränkt werden, die Teilnehmer der Generalversammlung würden dann den Verhandlungen besser folgen können.

Andere Redner meinten, man solle erst das Ergebnis der Diskussion über den Ausbau der Zahlabende abwarten, ehe man an den Einrichtungen der Organisation etwas ändere. Die Parteigenossen wollten mehr Demokratie in der Organisation haben. Durch Herabsetzung der Delegiertenzahl würden die Rechte der Mitglieder beschnitten. Die jetzige Zahl der Delegierten sei nicht so groß, daß man von einer Ueberfüllung der Versammlung reden könne. — **Friedländer** führt aus: Der jetzigen Mitgliederzahl entsprechend müßte, wenn auf 100 Mitglieder ein Delegierter gewählt wird, die nächste Generalversammlung aus 1200 Delegierten bestehen. Bei einer so großen Zahl seien alle Beschlüsse von Zufallsmehrheiten wie in einer Volksversammlung abhängig. Es sei durchaus nicht un-demokratisch, wenn die Zahl der Delegierten beschränkt werde. Er gebe noch weiter wie die Antragsteller. Er schlägt vor, daß die Zahl der Delegierten auf 600 festgesetzt werde, die nach dem Proportionalssystem auf die einzelnen Kreise zu verteilen wären. Eine so zusammengesetzte Generalversammlung würde erfolgreicher arbeiten können wie eine aus 1200 Delegierten bestehende. Er wüßte nicht, daß heute über diese Angelegenheit Beschlüsse gefaßt werden, man möge sie den Kreisen zur Bearbeitung überweisen. Die nächste Generalversammlung könne darin Beschlüsse fassen.

Die Versammlung beschließt, die Anträge Teltow-Beeslow und Nieder-Barnim den Kreisen zur Diskussion zu überweisen.

Gehaltsrückstellungen der Angestellten

haben drei Anträge zum Gegenstand. Die Anträge verlangen, daß Gehaltsrückstellungen der Angestellten sowie einmalige Zusammenlagen (Teuerungszulagen) nicht vom Zentralvorstande beschaffen, sondern nur mit Zustimmung der Verbandsgeneralversammlung bewilligt werden dürfen.

Wie aus den Ausführungen der Antragsteller hervorgeht, sind die Anträge deshalb gestellt, weil der Zentralvorstand den Verbandsgeneralstellen eine einmalige Teuerungszulage bewilligt hat, ohne die Mitglieder zu befragen. Der Zentralvorstand habe dadurch seine Kompetenz überschritten.

Sritens des Zentralvorstandes wird die Ablehnung der Anträge empfohlen mit der Begründung, dem Vorstande, der durch das Vertrauen der Mitglieder gewählt sei, könne man doch die Regelung einer solchen Angelegenheit überlassen. Wenn er bewilligt habe, was notwendig sei, so habe er damit auch im Interesse der Mitglieder gehandelt. Von einer Kompetenzüberschreitung könne keine Rede sein, denn nach dem Statut seien die Beschlüsse des Zentralvorstandes bindend für die Kreise. Wenn gegen die Teuerungszulage Widerspruch erhoben worden wäre, dann würde die Angelegenheit den Kreisen überwiesen worden sein.

Angenommen wird der Antrag:

„Gehaltsrückstellungen der Angestellten der Berliner Parteiorganisation bedürfen ebenso wie einmalige Extrazulagen an dieselben der Zustimmung der Verbandsgeneralversammlung.“

Dem Zentralvorstand von Groß-Berlin soll die Kompetenz abgesprochen werden, den Verbandsgemeinschaften Teuerungszulagen zu verabfolgen ohne vorherige Zustimmung der Parteigenossen.“

Zur

Bezahlung der Referenten

liegen drei Anträge vor, welche verlangen, daß die Referenten in Demonstrations- und Protestversammlungen nicht honoriert werden. — Für die Anträge wird geltend gemacht, man könne mit Recht von den rednerisch tätigen Parteigenossen verlangen, daß sie bei solchen Gelegenheiten ohne Bezahlung referieren. Wenn gefragt werde, ohne Bezahlung sei es nicht möglich, bei Massenversammlungen genug Referenten zu finden, so werde das ein schlechtes Licht auf den Idealismus der betreffenden Genossen.

Vom Zentralvorstand wird darauf hingewiesen, daß früher für Referate in Protest- und Demonstrationsversammlungen keine Bezahlung erfolgte. Der Beschluß, auch solche Referate zu bezahlen, sei gefaßt worden, weil es nicht mehr möglich gewesen sei, bei solchen Gelegenheiten für alle Versammlungen Referenten zu bekommen. Es gebe gute Redner, die wirtschaftlich so gestellt seien, daß sie auf Bezahlung angewiesen seien. Die Referenten seien nicht so zahlreich, daß der Vorstand bei Massenversammlungen genügend Redner ohne Bezahlung finden könne.

Vertreter von Teltow-Beeslow und Nieder-Barnim erklären, sie können dem Antrage nicht zustimmen. Sie würden ihre Referenten noch wie vor bezahlen, denn es gebe nicht anders.

Ein Antrag, wonach nur Angestellte als Referenten nicht bezahlt werden sollen, wird abgelehnt und folgender Antrag angenommen:

Der Beschluß des Zentralvorstandes: „Daß Referenten bei Demonstrations- oder Protestversammlungen in Zukunft bezahlt werden sollen“, ist aufzuheben.

Die Errichtung einer

Kinderschutzzentrale

wird ohne Debatte durch Annahme dieses Antrages beschlossen:

Die Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin beauftragt den Zentralvorstand, so bald wie möglich Schritte in die

Bege zu leiten zur Gründung einer Kinderschutze, deren Kosten gemeinsam vom Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins zu tragen sind.

Ein Antrag des Kreises Teltow-Beeskow, den Ausbau der Bahnen betreffend, wird als erledigt erachtet durch die Annahme des Antrages Grunwald beim ersten Punkt der Tagesordnung.

Eine längere Debatte entsteht über die Frage der Einsetzung eines Bezirksbildungsausschusses.

Hierzu wird beantragt: Die Generalversammlung erwartet, daß der Zentralvorstand in Verbindung mit der Gewerkschaftskommission die Einsetzung des Bezirksbildungsausschusses so beschleunigt, daß er noch für die Bildungsarbeit des kommenden Winters tätig sein kann.

Ernst bemerkt, der Zentralvorstand habe mit der Gewerkschaftskommission verhandelt, sie werde zu der Angelegenheit Stellung nehmen, es werde zur Einsetzung des Bezirksbildungsausschusses kommen.

Heinrich Schulz führt aus, wir wissen, daß der Zentralvorstand gern einen Bildungsausschuss einsehen möchte, der Zentralvorstand könne aber nicht vorwärts kommen, weil die Gewerkschaftskommission noch nicht so weit sei, daß der Ausschuss eingesetzt werden könne. Deshalb sei der Antrag in der vorliegenden Form gestellt.

Die Sache könne nicht als erledigt betrachtet werden, dieser Antrag müsse angenommen werden. Es schade nichts, wenn die Generalversammlung sage, daß nur endlich der Bezirksbildungsausschuss eingesetzt werden soll. Bis jetzt habe der Zentralbildungsausschuss die Arbeiten für Berlin nebenamtlich gemacht. Das könne aber auf die Dauer so nicht weiter gehen. Die Generalversammlung habe beschlossen, daß für die jungen Leute von 18 bis 20 Jahren etwas getan werden solle. Dabei müsse es sich doch in erster Linie um Bildungsarbeit handeln. Also im Interesse der Jugendbewegung und der Bildungsarbeit müsse endlich der Bezirksbildungsausschuss eingesetzt werden.

Grunwald begründet folgenden Antrag: Die Generalversammlung erklärt, daß der Bezirksbildungsausschuss und seine Aufgaben nur nach Beschluß einer Generalversammlung von Groß-Berlin verwirklicht werden sollen.

Im weiteren Verlauf der Debatte tritt Heinrich Schulz mit Entschiedenheit dafür ein, daß die Einsetzung des Bezirksbildungsausschusses nicht verzögert werden dürfe, was nach Annahme des Antrages Grunwald der Fall sein könnte.

Grunwald verteidigt nochmals seinen Antrag und betont, eine Verzögerung brauche durch dessen Annahme nicht eintreten. Nachdem der Ausschuss gebildet sei, könne eine außerordentliche Generalversammlung endgültige Beschlüsse in der Angelegenheit fassen.

Der Antrag Grunwald wird mit 408 gegen 363 Stimmen angenommen und dadurch der Antrag Schulz (Teltow-Beeskow) als erledigt erachtet.

Da der Saal geräumt werden muß (es ist 5 1/2 Uhr), werden die noch nicht erledigten Anträge zurückgestellt. — Angenommen wird ein Geschäftsordnungsantrag: Die nächste Generalversammlung um 9 Uhr vormittags beginnen zu lassen.

Vorsitzender Ernst teilt mit, daß von 923 zur Teilnahme berechtigten Delegierten 884 anwesend sind, also 96 fehlen.

Hierauf wendet sich Ernst mit einem Aufruf zur lebhaften Beteiligung an den Parteiarbeiten an die Anwesenden. Jede Gelegenheit muß wahrgenommen werden, um Propaganda für die Partei zu entfalten. Mehr wie bisher muß jeder Genosse seine Zeit der Agitation für unsere Bestrebungen widmen. Feinde stehen rings um uns her. Neue Anfeindungen gegen die Klassenbewusste Arbeiterschaft werden geplant. Große Kämpfe zur Abwehr derartiger Verdrängungsmaßnahmen stehen uns bevor. Auch der Kampf bei den Landtagswahlen erwartet uns in nächster Zeit. Unsere Kämpfe erfordern Männer, die ruhig und besonnen ihre Beschlüsse fassen, aber von Leidenschaft befeuert für die Erreichung unserer Ziele eintreten. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau: Amt Norden, Nr. 1289. Charitéstraße 3. Amt Norden, Nr. 1967.

Mittwoch, den 28. August 1912, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung aller in der Eisenmöbel-Branche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Fritz Carl. 2. Bericht über das Ergebnis der Statistik. 3. Branchenanliegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Kollegen der Firmen Karl Schulz, Paul Rehe, Hermann Reinhold, Gustav Liepe, Groth u. Brandt, Jean Schöngaff, Kunze, Amerikanische Metallbettenfabrik, Ernst Benz, W. Beck, Rudolph-Mohr, Lüdke u. Jander, Förster u. Schulz und Cadvari-Maxienfeld sind ganz besonders eingeladen.

Mittwoch, den 28. August 1912, abends 6 1/2 Uhr:

Versammlung der Metallschleifer, Galvaniseure, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 58/59 (großer Saal).

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Paul Pawlowitsch über: „Massenjustiz und Meinel“. 2. Branchenanliegenheiten. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Mittwoch, den 28. August 1912, abends 6 Uhr:

Versammlung der in den Betrieben der Kunstverglasung beschäftigten Metallarbeiter im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 3.

Tagesordnung: 1. Die Situation in obigen Betrieben. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Es wird erwartet, daß in dieser Versammlung niemand fehlt, besonders die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Kollegen müssen anwesend sein.

Mittwoch, den 28. August 1912, abends 6 Uhr:

Branchen-Versammlung der chirurgischen Branche im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

Tagesordnung: 1. Neuwahl von zwei Mitgliedern der Branchen-Agitationskommission. 2. Branchenerbericht. 3. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 28. August 1912, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Graveure und Ziseleure in den Corona-Prachtzälen, Kommandantenstr. 72.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Groger. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Statistik der Graveure und Ziseleure wird in dieser Versammlung ausgegeben. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Mittwoch, den 28. August 1912, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung der Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufsgruppen im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Davidsohn über: „Die Bedeutung der Nützigenarbeiten für die Heilkunde“. 2. Branchenanliegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Um pünktliches und vollständiges Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin. Mittwoch, den 28. August, abends Punkt 9 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12:

Branchen-Versammlung der in der Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen, Koller, Winkelmacher, Juridiker usw.

Tagesordnung: Stellungnahme zur Bildung einer Sektion. Das Erscheinen aller Interessenten ist Pflicht. Die Ortsverwaltung.

Schöneberg. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Dienstag, den 27. August 1912, abends 8 Uhr, in den Neuen Rathauszälen, Weininger Str. 8:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Redakteurs Genossen Richard Barth über „Kapitalistische und sozialistische Preise“. Verschiedenes. Die Mitglieder wollen zahlreich und pünktlich erscheinen.

Der Vorstand.

Die Fleisch-Teuerung

trifft die Hausfrau nicht so schwer, wenn sie, statt teures Suppenfleisch zu kaufen, die Suppen aus **MAGGI** Suppen in Würfeln herstellt.

Ein Würfel zu 10 Pfg. gibt, nur mit Wasser kurze Zeit gekocht, 2 bis 3 Teller gehaltvolle, wohlschmeckende Suppe, die der besten mit Fleischbrühe zubereiteten Suppe in nichts nachsteht.

Mehr als 35 Sorten sorgen für Abwechslung und tragen jedem Geschmack Rechnung.

Beim Einkauf verlange man aber ausdrücklich **MAGGI** Suppen und achte auf den Namen **MAGGI** und die Schutzmarke „Kreuzstern“.



Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen

Dienstag, den 27. August, abends 6 1/2 Uhr: Bezirk Weißensee im Prälaten, Leichterstr. 122. Tagesordnung: 1. Beratung der Anträge zur Generalversammlung. 2. Branchenanliegenheiten und Ausgabe der Delegiertenkarten.

Mittwoch, den 28. August: abends 8 1/2 Uhr, in den Neuen Rathauszälen, Martin-Luther-Str. 69. Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Branchenanliegenheiten.

Jalousiearbeiter abends pünktlich 8 1/2 Uhr, bei Anton Docter, Leichterstr. 17. Tagesordnung: 1. Lohn- und Arbeitsverhältnis in den Jalousiefabriken Deutschlands. 2. Anträge zur Generalversammlung. 3. Branchenanliegenheiten.

Maschinenarbeiter (Bezirke Osten, Norden, östliche Vororte, Norden, Moabit und Charlottenburg) abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27a. Tagesordnung: 1. Beratung der Anträge zur Generalversammlung. 2. Branchenanliegenheiten.

Bilderrahmenmacher abends 6 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45. Tagesordnung: 1. Die Lage in unserer Branche. 2. Anträge zur Generalversammlung. 3. Branchenanliegenheiten.

Einsetzer abends 6 1/2 Uhr, bei Meerkowski, Andreasstr. 26. Tagesordnung: 1. Beratung der Anträge zur Generalversammlung. 2. Bericht vom Verbandstag. 3. Branchenanliegenheiten. Die Kollegen aus den Vororten werden ganz besonders ersucht, in der Versammlung zu erscheinen.

Bodenleger abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Saal 3. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Anträge zur Generalversammlung.

Perlmutter-, Horn- und Steinnuß-Knopfarbeiter abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Saal 5. Tagesordnung: 1. Fortsetzung der letzten Branchenerversammlung. 2. Bericht vom Verbandstag. 3. Anträge zur Generalversammlung. 4. Erfindung zur Kommission.

Donnerstag, den 29. August: abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3. Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Wahl der Kontrollkommission. 3. Branchenanliegenheiten. Die Delegierten müssen in der Versammlung anwesend sein.

Stellmacher abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12. Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Branchenanliegenheiten.

Land u. Wald am gr. Storkower See mit eigenen Bootstellen OR von 7 M. an. Terringelände, am Storkower und Scharnützsee m. B. H., Berlin C. 2, Burg-Strasse 30.

Spezialarzt f. Haut- und Harnleiden, nerv. Schwäche, „Ehrlich 606“ usw. u. Co. f. u. s. Laborat. f. Blutuntersuchung, Fäden i. Harn usw. gegenüber Panoptikum, Friedrichstr. 81, Sonntag 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl.

Reparaturen, Spez.: Unerschütterlich saubere Menur für Schüler. Tonverbesserung, auf Wunsch auch solche, die dem alt-italienischen Tone ähnelnd ähnlich ist. Wesentliche Vorteile und eventuelle Ratengahlung für Vorwärts-Konumenten. Ungeändert abende Knechtungen. Emil Toussaint. Werkstätte für Kunstgegenbau in Berlin N. 24, St. Damburgerstr. 17.

Tätowierung Kontor Dr. Schünemann Spezialarzt für Hautkrankheiten Berlin S. 5, Oranienstraße 139. 206/18

Original Reichel Essig-Essenz gibt feinsten und milden, keimfreien Einmache-Essig. Von medizinischen Autoritäten empfohlen und als gesunder Essig anerkannt. Original, N. 10, 1/2, 71, 60 Pf. in den Drogerien erhältlich. Wo nicht, wende man sich an die Otto Reichel, Berlin SO. 43, Fabrik Eisenbahnstr. 4. Nur echt u. rein b. unverf. Lieberthz Kapselversch. m. Marko.

Garbáty

Cigaretten

Königin

von

SABA

Garantiert Handarbeit

Verband der sozialdemokrat. Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Heute Dienstag, 27. August 1912, abends 8¹/₂ Uhr:

General-Versammlungen

der sechs Berliner Wahlkreise.

1. Wahlkreis

in den
Corona-Prachtsälen, Kommandantenstraße 72.

Tagesordnung:

1. Der Parteitag in Chemnitz.
Referent: Landtagsabgeordneter G. Ströbel.
2. Anträge. 3. Diskussion. 4. Wahl der Delegierten.
5. Kreisangelegenheiten.

2. Wahlkreis

in der Bock-Brauerei, am Tempelhofer Berg.

Tagesordnung:

1. Der Parteitag in Chemnitz.
Referent: Reichstagsabgeordneter R. Fischer.
2. Beratung der Anträge.

3. Wahlkreis

im Gewerkschaftshaus, Engelufer Nr. 15.

Tagesordnung:

1. Der Parteitag in Chemnitz.
Referent: Reichstagsabgeordneter W. Pfannkuch.
2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten. 4. Wahl eines Mitgliedes zur Kinderbeschuttkommission.

4. Wahlkreis

in den Concordia-Festsälen, Andreasstraße 64.

Tagesordnung:

1. Der Parteitag in Chemnitz.
Referent: Reichstagsabgeordneter O. Büchner.
2. Die zum Parteitag gestellten Anträge. 3. Aufstellung der Delegierten. 4. Aufstellung der Kandidaten zum Schiedsgericht.

5. Wahlkreis

in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Parteitag in Chemnitz.
2. Wahl der Delegierten.
3. Ausschlußanträge.
4. Kreisangelegenheiten.

6. Wahlkreis

in den Germania-Prachtsälen, Chausseest. 110.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Parteitag in Chemnitz.
2. Wahl der Delegierten.

Die Besetzung der Generalversammlung im 4. und 6. Wahlkreis erfolgt durch Delegierte.

Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet. — Mitgliedsbuch resp. Delegiertenkarte legitimieren, ohne dieselben kein Eintritt!
Die Vorstände.

204/6*

Kios Cigaretten
Kleine Kios
Kurprinz 3 Pfg.
Fürsten 4
Welt-Macht 5
Auto-Klub 6
Aero-Klub 10
Kios-B.Z. Cigarette Stück 4 Pfennig.

Möbel kauft man reell u. am besten beim Tischlermeister.
Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten.
Gustav Rentel, Tischlermeister, Landsberger Str. 6, bürger Tor

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

Stoffe
für elegante Maßanzüge, Paletots, Ullster etc., Mtr. 4.—, 5.—, 6.— M.
Damen - Kostüme, Damenucho, Neuheiten Mtr. 2.—, 3.—, 4.— M.
Loden f. Polarinen Mtr. 1.50, 2.50 M.
Schneidermeister, welche unsere Stoffe tadellos verarbeiten, weisen wir nach. Arbeitslohn nebst Zutaten ca. 20 bis 30 M.
Tuchlager Koch & Soeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Manoli
Cigarettes Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 26. August 1912.
Anfang 7¹/₂ Uhr.
Kgl. Opernhaus. Königsfischer.
Kgl. Schauspielhaus. Der große König.
Prater. O diese Berliner.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Ueber den Brenner nach Venedig.
Deutsches. Hamlet.
Lettung. Die Frau vom Meer.
Königsgräber Straße. Die fünf Frankfurter.
Neues. Der liebe Augustin.
Berliner. Große Rosinen.
Schiller O. Das Konzert.
Schauspielhaus. Ein Admireur.
Kleines. Der Unverschämte. Der Arzt seiner Ehre. Letztens Geburtstag.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8¹/₂ Uhr.
Neues Schauspielhaus. Schwester Schächer. Der verkaufte Galte. Ein wenig Musik.
Kofe. Die goldene Eva.
Folies Cabrice. Parfissano-Entende.
Walhallen. Kur nicht drängen.
Anfang 8³⁰ Uhr.
Zulken. Der verkaufte Rebhahn.

Anfang 8¹/₂ Uhr.
Kammerspiele. Mein Freund Teddy.
Anfang 10 Uhr.
Admiralpalast. Eisballett: Hoome.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Schiller-Theater O. Volkner-Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr: Das Konzert.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Das Konzert.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Haubenlerche.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr: Hohe Politik.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Hohe Politik.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Gefährin - Paracelsus. Der grüne Kakada.
Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Große Rosinen.
Theater in der Königgrätzer Straße. Abends 8 Uhr: Die 5 Frankfurter.
Neues Theater. Abends 8 Uhr: Der liebe Augustin. Operette von Leo Fall.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Die goldne Eva.
Anfang 8¹/₂ Uhr.
Auf der Gartenbühne:
Juhu! Es ist erreicht! St. Reune.
Herrnfeld Theater
Wie man Männer bessert!
Die Original-Klabrias-Partie
Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Metropol-Theater.
Schwindelmeier & Comp.
Phant.-musik. Komödie in 3 Akt. aus d. Engl. völlig frei bearb. von A. Freund. Musik von R. Nelson, u. a. Länge von 1 1/2 St. An Szene gef. v. Dir. Schulz. Anfang 8 Uhr. Kaufman gestattet.
Passage-Theater.
Wiedereröffnung
Sonnabend, den 31. August.
Gastspiel der sieben Spaßmacher in ihrer Revue
„Da tut sich was.“

ZOO-LOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Apollo Theater
Letzte Tage des grandiosen Programms Tansphänomen **Pertina**
Der populäre Kunstschütze **Bordeverry**.
Der Wunderpapagei **Lora**
und 8 weitere große Attraktionen.
Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr. „Die Brieftasche“. „Ein peinlicher Zwischenfall“. „Der Dieb“.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Neu! Die Macht der Töne.
Büchste u. Regiel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7¹/₂ Uhr.

Passage-Panoptikum
Prinz **ATOM**
Das kleinste menschliche Lebewesen. Das Wunder aller Wunder. Lehen! Ohne Extra-Entree!
Casino-Theater
Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Ein lustiges Stück a. d. Berl. Leben
Der Großfürst.
Vorher ein ausverkaufter Spezialitätentheil, nur Künstler ersten Ranges.
Vorverkauf an der Theaterkasse von 11-2 Uhr.
Sonntag 8¹/₂ Uhr: Der stille See.
Königstadt-Kasino.
Ede Holzmart u. Alexanderstr.
Täglich: Varietè u. Theater im herrlichen Naturgarten.
8 Glanznummern und „So leben wir“.
Gesangsbüchlein in 2 Hälften.
Tägl. Kaffeetische bis 6 Uhr.
Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

MÖBEL MESSE
AUSSTELLUNGSHALLEN AM ZOO
BERLIN 1912. VOM 17. AUGUST - 1. SEPTEMBER
EINTRITT FREI! GEOFFNET V. 10-8 UHR

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Volkerversicherung. Öffentliche und private Lebensversicherung.

Die von den Gewerkschaften gemeinsam mit den Konsumvereinen geplante Volkerversicherung hat das Interesse weitester Kreise erregt. Von der einen Seite, den Reaktionen und Schachmachern, wurde die Hilfe der Regierung und Gesetzgebung gegen diese neue „sozialdemokratische“ Gründung ausgetobt. Man sollte es nicht dulden, daß jene Klassenpartei sich auf wirtschaftlichem Gebiete immer mehr absondere und konsolidiere und damit zu einem Staate innerhalb des Staates werde. Während aus diesen Klagen nur der Haß gegen jede Regierung der Arbeiterklasse — die schließlich wie jeder andere Berufsstand auch das Recht wirtschaftlichen Zusammenschlusses besitzt — und die Sorge vor einem Profitverlust der bisherigen privaten Versicherungsgesellschaften spricht, hat die deutsche Arbeiterklasse den Plan mit Freuden begrüßt. Gerade der Zweck der Versicherung, der jetzt unter dem Namen „Volkerversicherung“ besteht, wird so sehr im eigenen Interesse der Erwerbsgesellschaften und entgegen den Bedürfnissen des Volkes betrieben, daß dauernd von den Versicherungsgesellschaften Klagen und Proteste erhoben werden. Man braucht gar nicht die horrend hohen Löhne der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder einzelner Versicherungsgesellschaften zu nennen, um die Berechtigung der Vorwürfe einzusehen. Eine Würdigung des Geschäftsbereiches dieses Erwerbszweiges in Deutschland überhaupt kennzeichnet die Politik der Gesellschaften, die erst in letzter Linie die Versicherten berücksichtigen. Der vor kurzem erschienene Geschäftsbericht für das Jahr 1911 des kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung liefert dazu reichliches Material.

Die Nervosität der bürgerlichen Presse, soweit sie gegen die Volkerversicherung der Konsumvereine und Gewerkschaften Stellung nimmt, ist allerdings recht erklärlich. Den privaten Gesellschaften drohen noch weitere „Gefahren“. In Deutschland setzte besonders das 1911 beschlossene Versicherungsgesetz für Angestellte die Privatversicherung in Unruhe. Der offen oder versteckt betriebenen Agitation der Gesellschaften ist es ja leider auch gelungen, daß Angestellte von der staatlichen Versicherungspflicht befreit werden, wenn sie eine entsprechende Lebensversicherung abgeschlossen hatten. Gerade diese Bestimmung des Gesetzes ist von den Gesellschaften benutzt worden, um noch möglichst viele Angestellten durch eindringliche Schilderung der angeblichen oder tatsächlichen Vorteile der privaten Versicherung der gesetzlichen Versicherungsbemühung zu entziehen. Da die Zahl der Versicherten nicht bekannt ist, kann man die Tatsache, daß die lebhafteste Agitation der Gesellschaften unter den Angestellten wirklich Erfolge gehabt hat, nur indirekt erschließen. Die durchschnittliche Versicherungssumme bei Neuannahmen in die Todesfallversicherung sank von 5115 M. im Jahre 1910 auf 4926 M. im Jahre 1911. Gerade „kleinere Leute“ mit geringen Versicherungssummen müssen demnach in großer Zahl eingetreten sein. Durch die Erörterungen in der Presse über das Angestelltengesetz und die persönliche Einwirkung der Agenten auf das Publikum wurde die Aufmerksamkeit erhöht auf die private Versicherung gelenkt und die Gesellschaften hoffen, für sich daraus neue Anhänger zu gewinnen. Erleichtert wird ihnen das werden durch den Hinweis darauf, daß das Gesetz eine mehrjährige Frist bis zum persönlichen Genusse der Versicherungssumme vorsieht. Um doch während dieser Karenzzeit die Familie vor Not im Todesfall des Ernährers zu sichern, empfehlen sie ihre Todesfallversicherung, die sofort oder nach einem Jahre in Kraft tritt, wobei die Versicherungssumme in voller Höhe ausgezahlt wird. Die genannten Zahlen beweisen denn auch ein Anwachsen gerade dieser Todesfallversicherungssummen.

Neben dem staatlichen Versicherungsgesetz ist den privaten Gesellschaften eine dauernde Konkurrenz in der sogenannten „öffentlichen“ Lebensversicherung entstanden. Die öffentliche Lebensversicherung in der jetzt in Deutschland bestehende Form bedeutet eine eigentümliche Verbindung von Versicherungsgesellschaft und landwirtschaftlichem Entschuldungsinstitut. Sie ist zum ersten Male Ende 1910 in der Lebensversicherungsanstalt der Ostpreussischen Landschaft verwirklicht worden. „Landschaften“ sind bewirtschaftliche Kreditinstitute des landwirtschaftlichen (Groß-) Grundbesitzes. Die Ostpreussische Landschaft läßt nun bei Gewährung von Kredit neben der Zwangstilgung (Rückzahlung in bestimmten Raten) auch die Rückzahlung durch die Lebensversicherung bei der Lebensversicherungsanstalt der Ostpreussischen Landschaft zu. Anstatt in festgesetzten Raten und Zinsen der Landschaft die Schuld zurückzuführen, zahlt der Versicherte nur die Prämien seiner Lebensversicherungspolice. Die Lebensversicherungssumme entspricht dabei der Schuldsomme. Bei seinem Todesfall gilt die Rückzahlung vollendet. Seine Erben haben auch dann nichts mehr

zu zahlen, wenn bei einem frühzeitigen Tod die tatsächliche Prämiensumme die Schuld noch längst nicht erreicht. Die lange Lebenden tragen also die Versicherungssummen der frühzeitig Sterbenden. Die Versicherungssummen müssen dementsprechend höher als die Tilgungssummen der früheren Entschuldungsart sein. Die Landschaft hat dabei den Vorteil, daß die Prämien auch wirklich regelmäßig einlaufen, während die Tilgungssummen unter bestimmten Umständen unterbrochen oder gar wieder zurückgezahlt werden können.

Ein Verfall der Versicherung für den Versicherten kommt fast einem Verlust der eingezahlten Prämien gleich; die Schuld an die Landschaft läßt dann trotzdem auf ihm. Dagegen hat er bei dieser Art der Tilgung dafür den Vorteil regelmäßigen Zinses kleiner Teilzahlungen und der sicheren Entschuldung bei Todesfall im Interesse seiner Erben.

Natürlich wäre eine solche Versicherungsanstalt unmöglich, wenn nur die Herren Großgrundbesitzer, in deren Interesse sie errichtet worden ist, ihr angehörten. Sie muß ihre Kunden unter allen Bevölkerungskreisen suchen. Bauern, Arbeiter, Kaufleute und Industrielle sind der Anstalt gleich willkommen. Sie alle zusammen tragen, soweit sie sich der öffentlichen Lebensversicherung anschließen, gegenseitig das Risiko, also auch für den verschuldeten Großgrundbesitzer. Damit findet für die Versicherten keine Lieberverteilung zugunsten der einen Gruppe der Grundbesitzer statt. Aber jedes Kapitalinstitut bedeutet eine wirtschaftliche Macht und läßt damit auch eine politische aus. Während die privaten Versicherungsgesellschaften mit ihren ungeheuren Kapitalien reichlich Direktoren und Aufsichtsräte speisen und vor allem durch Vergabe von Hypothekengeldern (mit 83 Prozent ihres Gesamtvermögens) die städtischen Hausbesitzer finanzieren, dient das Vermögen der „öffentlichen“ Versicherungsanstalten dem Großgrundbesitz. Es ist möglich, daß bei weiterer Ausdehnung der öffentlich-rechtlichen Versicherung ein Kampf zwischen ihnen und den privaten Gesellschaften entsteht, wie er ähnlich zwischen der Preussischen und der Reichsrentenanstalt geführt wird, von denen sich die letztere bewußt in den Dienst großagrarischer Interessen stellt und dementsprechend auch von den Organen der Regierung unterstützt wird, während die zweite allgemeinere Kreditbedürfnisse zu befriedigen sucht. Jedenfalls betrachtet die Privatgesellschaften die Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherung mit wachsender Besorgnis. Ist es doch dem unermüdlichen Eifer des Generalalltagsdirektors Rapp-Königsberg i. Pr., dem Begründer der ostpreussischen Versicherungsanstalt und lebhaften Vertreter dieser Idee der Versicherung, gelungen, gleiche Anstalten in Westpreußen, Posen, Pommern, Schlesien und Brandenburg ins Leben zu rufen.

Gegenüber den Vorwürfen, daß die öffentliche Lebensversicherung nur großagrarisches Interesse verfolge, wenden ihre Verteidiger ein, daß sie gerade den Bedürfnissen der kleineren Grundbesitzer und der einzelnen Versicherungnehmer entgegenkomme. Zunächst besitze sie den Vorzug, überhaupt billiger zu arbeiten. Ob das tatsächlich der Fall sein wird, läßt sich noch nicht feststellen, da die Ostpreussische Lebensversicherungsanstalt erst ein Geschäftsjahr vollendet hat, dessen Ergebnisse in keiner Weise für die zukünftige Entwicklung entscheidend sein können. Obgleich Geschäftsdrücke und höhere Beamtene im Dienste der Ostpreussischen Landschaft — die durch Steuern unterhalten wird — unentgeltlich der Versicherungsanstalt zur Verfügung standen, erreichten die Verwaltungskosten des ersten Geschäftsjahres eine auffallende Höhe. Der minimale Geschäftsüberschuß wurde außerdem nur durch eine Bilanzanpassung erzielt, die bei privaten Gesellschaften nicht üblich ist. Was es bei der Kreditgewährung mit dem Versprechen der Verpfändung von Grundbesitz, Bauerngenossenschaften und Grundbesitzern kleiner und kleiner Betriebsgrößen auf sich hat, geht aus dem Zweck der Gründung zur Genüge hervor. Es wird nicht viel anders zu werden sein als die Vetenerung ostelbischer Agrarier, sie seien Freunde der inneren Kolonisation.

Ursprünglich hat man auch die Furcht gehegt, die öffentlich-rechtlichen Institute sollten nur den Übergang zur Verstaatlichung der Lebensversicherung erleichtern. Im ersten Geschäftsbericht der Ostpreussischen Anstalt, versichert aber Rapp, der Charakter des Instituts stände im jacobinischen Gegensatz zu dem eines Staatsmonopols und biete gerade eine Gewähr gegen die Verstaatlichung. Bisher ist ein solcher Weg nur in Italien beschritten worden, das im März d. J. ein Lebensversicherungsmonopol beschloß. Der Ausführung haben sich Schwierigkeiten entgegengestellt, weil die ausländischen Gesellschaften Entschädigungen für die Aufgabe ihres Geschäfts verlangen. In Frankreich bestehen zwar auch staatliche Lebensversicherungsanstalten ohne Monopol; doch haben sie keine Bedeutung erlangt.

Auch in Deutschland würde eine Verstaatlichung der Lebensversicherung starkem Widerstande dem mit Milliarden von Kapital ausgestatteten Versicherungsgewerbe begegnen. Eine Gesellschaft betreibt gewöhnlich nicht allein die Lebensversicherung, sondern auch mehrere der anderen zahlreichen Arten der Versicherung.

Durch Tochter- und Zweiggesellschaften sind sie dann wieder mit anderen Versicherungsunternehmungen verbunden, und die größten Institute übernehmen schließlich die Versicherung der Untergesellschaften. So gibt es eine Reihe von Versicherungskonzernen. Auch das Versicherungsgewerbe ist von der allgemeinen Konzentrationsbewegung nicht unberührt geblieben. Ende der neunziger Jahre bis zu Ende des ersten Jahrzehnts in diesem Jahrhundert sank die Zahl der Versicherungsinstitute auch ab. Seit 1907 ist eine allmähliche Zunahme der Gesellschaften zu konstatieren. Aber die großen Gesellschaften nehmen rascher an Kapital und Bedeutung zu, so daß ihr Anteil am Versicherungsgewerbe gegenüber den kleineren steigt. Fusionen und Interessengemeinschaften gehen Jahr für Jahr vor sich. Was man auch jetzt noch durch Verteilung der Versicherung eines Objekts und damit des Risikos auf mehrere Gesellschaften erreicht, vermag ein großes Unternehmen allein zu leisten. Es besteht ferner eine Tendenz zur Herstellung von gemischten Betrieben, so daß eine Gesellschaft oder ein Konzern alle Arten der Versicherung umfaßt. Auch dadurch wird eine Aufteilung des Risikos auf viele Schultern erzielt. Am ausgeprägtesten besteht die Konzentrationsstrebung bei den Feuerversicherungs- und bei den Lebensversicherungsgesellschaften. Alle anderen Zweige der Versicherung rechnen doch mit einem immerhin begrenzten und daher auch festen Kundentriebe. Die Transport-, die Hagelversicherung wird von so gut wie allen Grundbesitzern beziehungsweise von den großen Transportunternehmungen in Anspruch genommen. Das Erwerben von neuen Versicherungsgesellschaften für die Lebensversicherung dagegen bedarf ein viel intensiveres und extensiveres Bearbeiten der in Betracht kommenden Kreise, und das sind in diesem Falle alle Personen. Wird doch der Vater des Neugeborenen sofort von Dutzenden von Agenten überlaufen, die ihm eine Versicherung für die Militärdienstzeit oder die Aussteuer eines Kindes aufdrängen. Der Abschluß der Versicherung macht für die Gesellschaft gerade die erheblichsten Kosten, die sich bei einer neuen Gesellschaft noch besonders steigern. Die Gründung von Lebensversicherungsgesellschaften sind daher ebenso selten, wie Fusionen unter ihnen häufig sind. Unter den verschiedenen Gesellschaften dehnen sich am meisten wiederum die großen alten aus, da sie beim Publikum bekannt sind und am vertrauenswürdigsten erscheinen. Von 44 in deutschen Lebensversicherungsinstituten mit einem Gesamt-Neuzugang von 1436 Millionen Mark Policen erhielten im Jahre 1911 allein die zehn größten Gesellschaften 800,8 Millionen oder 55,8 Prozent. (Diese und alle folgenden Zahlen entnehmen wir der „Frankf. Zig.“) Diesem Zugang steht neben dem normalen Abgang durch Tod oder verarbeitete Fälligkeit zu Lebzeiten ein solcher durch vorzeitige Aufgabe der Versicherung von 318,4 Millionen Mark gegenüber. Wenn auch viele Verträge in den ersten Jahren nach Abschluß der Versicherung gelöst werden, so bedeutet diese Summe doch einen ungeheuren Verlust der Versicherten, die fast immer durch die Unfähigkeit zur weiteren Prämienzahlung die Versicherung verfallen lassen. Gerade wenig bemittelte Personen gehen so eines Teils ihrer früher gezahlten Ersparnisse verlustig. Unter den acht größten Lebensversicherungsinstituten zeigen „Concordia“ Köln, „Nordstern“ Berlin und die „Victoria“ Berlin die höchsten Ziffern für vorzeitige Auflösung des Versicherungsverhältnisses.

Die Aktionäre erhielten Zuweisungen in Höhe von 8,7 Millionen, das heißt 21,8 Proz. des Aktienkapitals. Die „Victoria“ verteilte allein 750 000 M. oder 65 Proz. des ursprünglich eingezahlten Aktienkapitals und weitere 400 000 M. in die „Aktienwechsel-Tilgungsreserve“ gleich weiteren 33 1/2 Proz. Die Aktienwechsel-Tilgungsreserve dient zur Auffüllung des Aktienkapitals, so daß den einzelnen Aktionären die Vornachzahlung erspart bleibt. Der „Victoria“ mit 98 1/2 Proz. Dividende folgen die „Thuringia“ Erfurt mit nur 62 1/2, die „Providentia“ Frankfurt mit 40,8, die „Wilhelma“ Magdeburg mit 33 1/2, die (alte) Vestfische mit 32,4, die Frankfurter mit 29,2, die „Nordstern“ Berlin mit 26 Proz. Dividende u. s. f.

An Prämien nahmen im Jahre 1911 die 44 Gesellschaften 524 Millionen ein. An die Versicherten zahlten sie 292 Millionen. Die Verwaltungskosten betragen 74 Millionen. Darin stehen neben den Provisionen für die Agenten, die wirklich das Publikum antreiben, auch die viel höheren Abgaben der Direktoren und Filialleiter. An jedem Versicherungsabschluß sind diese Beamten durch eine Provision beteiligt, obgleich sie dabei nichts anderes tun, als durch eine Namensunterzeichnung ihre Einwilligung zu erteilen. Trotz der Gesamtausgaben von 591 Millionen Mark verblieb den Gesellschaften noch ein Ueberschuß von 127 Millionen. 8,7 Millionen erhielten davon, wie erwähnt, die Aktionäre und 119 wurden dem Fonds zur späteren Dividendenverteilung an die Versicherten überwiesen. Das Gesamtvermögen der Gesellschaften betrug 5351 Millionen Mark. Angelegt sind davon 83,2 Prozent in Hypotheken. An

Kleines feuilleton.

Wagnerisches. Man hört, Hermann Vahr, der sich nun glücklicherweise vom nicht ganz arischen Wiener Feuilletonisten zum archaischen langbärtigen Bayreuth-Prophezen hinaufentwickelt hat, der außerdem zufällig mit der in Bayreuth besten akkreditierten Wagnertragödin Anna Vahr-Mildenburg verheiratet ist, will im Herbst eine deutsche Tournee als Wanderredner der Parsifal-Schultruppe antreten und für eine lox Parsifal, ein künstlerisches Ausnahmestück zugunsten eines Familienmonopols, agitieren. Man fragt sich, aus tiefer Überzeugung, daß ein großes Kunstwerk der ganzen Nation und nicht einem kleinen Kreise Privilegiierter gehört — nämlich mammonistischer Velefater, die circa 100 M. für den Genusse des Werkes an der „geweihten Stätte“ zahlen können — erlaucht, ob sich nicht seit 1876 die Verhältnisse gründlich geändert haben. Damals wollte Wagner sein „Wägen-Weißfestspiel“, in dem der schon senil gewordene, abtrünnige Heide die tiefsten Mysterien des christlich-protestantischen Glaubens für orthodoxe Dornzweige entdeckt hatte, vor dem „nef unästhetischen Publikum“ mit Zug und Recht geschäftig wissen. Er wollte es nicht den Zufälligkeiten des Alltagsrepertoirebetriebs minderwertiger Bühnen ausgeliefert sehen. Das „nef unästhetische Publikum“ ist vielleicht heute etwas minder schlecht. Es ist heute gewohnt und erzogen, in A. Wagner einen der tiefstintigsten Kunstkenner Mittel-Europas, daneben einen recht begabten Fondist und Tonmaler zu erblicken und es nähert sich von Paris bis Petersburg mit einer gewissen Andacht und literarisch-musikalischen Vorbereitung seinen Werken. Dieses internationale Publikum gibt heute nicht mehr allzuviel auf Weiße und Trübheit des Raumes. Es hört die erhabenen Dichtungen und Musikwerke, wie „Tristan“, den „Ring“, „Faust“, Schalepares Ideenramen auch in künstlerisch gut fundierten Stadt-Theatern mit der gleichen Andacht an, wie die mit dem allein echten Grals-Des gefaltete Neuhayreuther Gemeinde unter Herrn Siegfried Wagner's kaum ernst zu nehmender Führung und Aufsicht ihrem Weiser an Ort und Stelle dient. Ja das unästhetische Publikum läßt sich sogar nicht stören, wenn Max Reinhardt und Ferdinand von n ihm Schalepares und Uebergang vom Drama zum Film schmerzlos vorzubereiten sich bemühen. Spah beiseite, ich glaube, das gebildete Publikum aller sozialen Schichten ist sachlicher und konzentrierter geworden. Es beginnt allmählich, vom Rahmen, von der Tradition, von den Mysterien in Räucher sagt man neuerdings laut Verfügung der Hoftheaterintendanten; Mysterien) ab — und auf das Werk und sein innerstes Wesen selbst zu sehen. Es wünscht weiter nichts als möglichst gute und künstlerisch fehlerlose Aufführungen durch ein in dem Stil des betreffenden Werkes geschultes und sorgfältig einstudiertes Ensemble. Das demokratische Zeitalter bekämpft auch im Kunstverfleiß

Sonderinteressen und Monopolwirtschaft. Parole: Kein Schutz, sondern Freihandel in der Kunst! Im Jahre 1870 zerfiel die noch vielfach die Größe der Musik Wagner, die Macht des so neuartigen dramatischen Gedankens, die Freiheit der Struktur seines Kunstorganismus an der Kleinheit und Erbärmlichkeit der Darstellungsmittel an Theatern, die ganz auf Meyerbeer, Pfitow und Reher gerichtet waren. Da war Wagner eine jütliche Notwendigkeit. Heute aber ist Wagner, der Wagnerstil, der Wagnerklang den Künstlern, den Regisseuren, den Dirigenten, den Musikern, dem Publikum, den Kritikern in Fleisch und Blut übergegangen. Andere Zeiten, andere Bedingungen, andere Wirkungen. So kann es kaum einen Zweifel geben, daß der bestreite „Parsifal“ ab 1913 an ersten und leistungsfähigen deutschen Bühnen, genau so wie der „Tristan“, der „Ring“ und die „Meisterfinger“, die um kein Haar künstlicher oder musikalisch schwieriger sind wie das mit künstlichen urchristlich-nazarenischen Reblen umflorete geweihte Wägenfestspiel, zu künstlerischem Genusse und Erbauung geführt werden kann. Genau so wenn nicht besser wie 1912 in Neu-Bayreuth unter Siegfried Wagner's in mehr wie einem Punkte ansehnlicher Leitung.

Jugensiehe Erfinder. Obwohl auch in Amerika der Sommer diesmal außergewöhnlich niedrige Temperaturen aufwies, haben doch in den Zeitungen jene Erfindungen nicht gefehlt, die sonst gewöhnlich auf einen hohen Hitzeegrad der Luft und der Phantasie schließen lassen. Unter den Auffsehen erregenden Neugkeiten, die die Epalten füllen, ragen einige ingenieus Erfindungen hervor, die die Geisteskraft der Fantasie weniger von der praktischen als von der phantastischen Seite zeigen. So hat der Professor an der physikalischen Abteilung der Harvard-Universität Dr. Percy Bridgman die staunende Welt mit der großen Nachricht beglückt, daß es ihm gelungen sei, „heißes Eis“ herzustellen. Nach den ausführlichen Telegrammen aus Boston, die diese Entdeckung gebührend feiern, ist es dem Gelehrten nicht ganz leicht geworden, dies Resultat zu erzielen. Heißes Eis wird fabriziert, indem man Wasser unter einer außerordentlich starken Druck bringt und zu gleicher Zeit die Temperatur reguliert. Der dabei benutzte Apparat besteht aus einer hydraulischen Presse und einer sehr dicken Stahlröhre, die das Wasser enthält. Es mußte ein Druck von 20 000 Atmosphären, d. h. über 300 000 Pfund auf einen Quadratfuß, und eine Temperatur von nicht weniger als 173 Grad Fahrenheit hervorgebracht werden, bis das „heißes Eis“ glücklich da war. Eine andere Geschichte, die die Erfindergeistigkeit der Amerikaner illustriert, beginnt mit der Annonce des Magistrats einer Stadt, durch die eine gute Rattenfalle gesucht wurde. Das Rathaus wurde nämlich von diesen Rattenfressern arg belästigt, und ein Beamter hatte sich die Aufgabe gestellt, ihrem Treiben ein Ende zu machen. Das Resultat der Annonce war furchbar: aus allen Ecken der Vereinigten Staaten trafen Rattenfallen der verschiedensten Art und Konstruktion ein, jede mit Gebrauchsanweisung und den leidenschaft-

lichsten Anpreisungen versehen. Ein ganzes Zimmer wurde mit diesen Ratteninstrumenten angefüllt, unter denen alle Arten der Tötung vertreten sind, die die Menschheit kennt. Die Ratten werden durch Elektrizität hingerichtet; sie werden quälend, ertränkt, erstickt und zum Selbstmord gezwungen. Die Idee eines ingenieus Erfinders, daß er die Ratten zwingen kann, sich selbst zu töten, besteht darin, daß er empfiehlt, vor die Rattenlöcher Lauge zu streuen. Die Ratten werden dann Lauge an ihre Füße bekommen, und das wird sie nach seiner Ansicht so brennen, daß sie sie schnell ablegen und damit sich selbst vergiften werden. Eine andere Falle ist so eingerichtet, daß sie die Ratten mit einem furchtbaren Griff packt und mit großer Gewalt automatisch gegen eine 15 Fuß entfernte Mauer schleudert. Der Rattenlöcher des Magistrats ist in größter Verlegenheit, denn er weiß nicht, welcher Methode er sich bedienen soll, um die Tiere aus den heiligen Hallen des Stadthauses auszurotten.

Notizen.

— Herr Wilhelm Wode, der große Berliner Kunstgelahrte hat wieder Weh. Da hat er ein Bild „Christus und die Ehebrecherin“, das unlängst aus der Hamburger Sammlung Weber um fast eine Million Mark von einem amerikanischen Geldproh erworben wurde, für einen echten Brandstiftung erklärt. Und jetzt beweist ihm der bekannte Brandstiftungsforcher Weidius ziemlich authentisch, daß besagte Ehebrecherin nicht weiter als eine — noch dazu ausdruckslose Fälschung sei. . . . D. Wode!

— Der Schühverband konzertierender Künstler, der erst seit April existiert, aber bereits gegen 300 Mitglieder besitzt, hält am 6. September in Düsseldorf eine außerordentliche Hauptversammlung ab.

— Auch die Dramaturgen fühlen das Bedürfnis zur Bildung einer sachmännlichen Zentralfstelle — allerdings nur für die Prüfung von Dramenmanuskripten. Neuerdings haben sie sogar ein „Lektorat“ gegründet. Ob das was nützen wird? Es ist doch gebräuchlich, daß der „Dramaturg“ die Stücke, die der Direktor wirklich aufführen will, gar nicht zur „Prüfung“ in die Hand kriegt.

— Die erste Gartenausstellung in Berlin soll vom 15. September bis 13. Oktober im Kunstgewerbemuseum veranstaltet werden. Während ihrer Dauer finden drei Vortragsabende mit Lichtbildern an gleicher Stelle statt.

— Das Ehepaar Toselli, zwar leiblich von Tisch und Bett getrennt, hat sich doch wieder in der Kunst zusammengelunden. Es arbeitet an einer Operette. Die Musik macht „er“, das Libretto „sie“. Wer jemals die schauerhafte schöne Lyrik der Gyrinogonin von Scajens kennen gelernt hat, kann im voraus schon einen „durchschlagenden“ Erfolg prophezeien. Frau Luise vermag eben die Feder nicht trocken zu halten und die Kellame für ihre Person nicht schlafen zu lassen.

Sinsen und ähnlichen Einnahmen erzielte das Vermögen 194 Millionen Mark. Das Kapital bezinst sich also mit mehr als 4 Proz. Man wird den Widerstand der Gesellschaften gegen den gesetzlichen Jwang der Vermögensanlage in Staatsrenten verstehen. Durch die Kürzungen der Staatsrenten sowie durch die niedrigere effektive Verzinsung dieser Papiere würden sich die Einnahmen bedeutend verringern.

Trotz der ungeheuren Kapitalansammlungen schröpfen die Gesellschaften die Versicherer auf jede Weise, und noch heute verwenden sie die durch die günstigeren Sterblichkeitsverhältnisse längst überholten Sterbetafeln zur Berechnung des Risikos und der Prämien und verteuern dadurch die Versicherung. Die im nächsten Jahr ins Leben tretende **Wollversicherung** der Arbeiterkassen wird es wenigstens möglich machen, sich jenen Instituten zu entziehen und die Vorteile einer in gemeinnützigem Geiste geleiteten Lebensversicherung zu genießen.

Aus der Partei.

Der Parteitag der badischen Sozialdemokratie.

Der badische Parteitag, der am Sonnabend und Sonntag in Dönnberg stattfand, war von 185 Delegierten und sonstigen Teilnehmern besetzt. Der Parteivorstand war durch Genossen Otto Kraus vertreten. Zum Vorstandsbericht wurde beschlossen, einen besoldeten Sekretär beim Landesvorstand anzustellen und die bisherigen Bezirkssekretariate trotzdem weiter bestehen zu lassen. Eine Vertrauensmännerkonferenz hatte vor kurzem beschlossen, bei Anstellung eines Landessekretärs die Bezirkssekretariate eingezogen zu lassen. Die Zahl der Mitglieder des Landesvorstandes wird von drei auf fünf erhöht. Unter den Mitgliedern soll eine Genossin sein.

Zu den Vorschlägen auf Veränderung des Parteiorganisationsstatus beschloß der Parteitag, der Errichtung eines Parteiaussschusses zuzustimmen; falls der Chemnitzer Parteitag einen solchen Ausschuss einsetzt, soll Dr. Frank für Baden hierzu delegiert werden. Der Parteitag sprach sich ferner für die Teilnahme der ganzen Reichstagsfraktion an den Parteitag aus. In seinem Referat über das badische Ausführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung erklärte Genosse Vötlicher, Arbeitersekretär in Mannheim, daß es dem Landtage gelungen sei, die größten Gefahren der Versicherungsordnung zu beseitigen und die Errichtung von Landkrankenkassen unmöglich zu machen. Die Tätigkeit der Landtagsfraktion, über die dann Genosse Frank berichtet, fand fast durchgängig Zustimmung. Zur Besprechung der Politik für die nächstjährigen Landtagswahlen soll ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden. Eine Resolution verpflichtet die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten noch, für weitere Erhöhung der Löhne der Eisenbahner einzutreten.

Zur Fleischsteuerung wird eine Resolution angenommen, in der die badische Regierung aufgefordert wird, die Fleischpreise aufzuheben und im Bundesrat für Dämpfung der Grenzen einzutreten. Der Parteitag nahm ferner Resolvente über die Kreiswahlen und über die Gemeindepolitik entgegen. Für die Kreiswahlen wurde schleimliche Forderung des Wahlverfahrens verlangt, die Gemeindevorsteher sollen öfter Konferenzen zur Besprechung der Gemeindepolitik abhalten. — In den Landesvorstand wurden gewählt die Genossen Frank, Weiß, Hahn, Lenz, Strobel und die Genossin Blase. Der nächste Parteitag findet in Freiburg statt.

Der Landesparteitag der Sozialdemokratie Braunschweig

tagte am 25. August in Schönewalde im Harz. Zu der geplanten Veränderung des Organisationsstatus wurde beschlossen, die Erhöhung der Beiträge auf 40 Pf. pro Monat abzulehnen. Angenommen wurde ein Antrag, wonach für den Fall, daß der Reichsparteitag in Chemnitz den Monatsbeitrag auf 40 Pf. erhöht, der Partei- und Landesvorstand je 20 vom Hundert, die Kreis- und Ortsvorstände je 30 vom Hundert der gezahlten Beiträge erhalten sollen. Ferner beschloß der Parteitag, daß sein Reichstagsabgeordneter ein Landtagsmandat annehmen soll, und umgekehrt. Zur Regelung der Parteifrage soll eine aus Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern zusammengesetzte Kommission eine Resolution ausarbeiten, die der Abstimmung unterbreitet wird. Nach einem Vortrag des Genossen Wagner beschloß der Parteitag die schärfste Fortführung des Kampfes um das gleiche Landtagswahlrecht. Zum Vorsitzenden wurde wieder Genosse Heinrich Mele gewählt. Als Mitglied des eventuell zu bildenden Parteiaussschusses wurde Genosse August Wesemeyer bestimmt.

Der Parteitag der pfälzischen Sozialdemokratie.

Am Sonnabend und Sonntag tagten in Edenkoben die Vertreter der pfälzischen Sozialdemokratie. Wie überall, so zeigte auch die Pfalz ein mächtiges Vorwärtstreben unserer Bewegung. Nach dem Tätigkeitsbericht des Bauvorstandes hat sich die Zahl der Ortsgruppen von 123 auf 187 und die Zahl der Mitglieder um über 2000 vermehrt; sie beträgt jetzt 11 913. Einen erfreulichen Aufschwung hat die Frauenbewegung genommen. Hier zählten wir 1186 organisierte Parteigenossinnen gegen 419 im Vorjahre. Die Reichstagswahlen und die Wahlen zum bayerischen Landtage stellten an die Parteigenossen hohe Anforderungen. Nicht weniger wie 1 503 000 Flugblätter wurden während der Wahlkämpfe verteilt und rund 800 öffentliche Versammlungen abgehalten. Besondere Erwähnung verdient, daß wir hierbei in Gegenden eindrangen, die uns bisher verschlossen waren. Neben Kaiserslautern, das wir bei den Reichstagswahlen dem Bundeshauptling Noeße entrißen, brachten uns die Landtagswahlen zwei weitere Mandate, so daß die Pfalz jetzt sechs Genossen als Abgeordnete in den Landtag entsendet. Mit 56 474 Stimmen = 32 Proz. der abgegebenen Stimmen bei der Reichstagswahl ist jetzt die Sozialdemokratie die stärkste Partei in der Pfalz. Der bayerische Volkskalender „Der arme Konrad“ wurde in 2000 Exemplaren abgesetzt; das Parteiorgan, die „Pfälzische Post“, gewann 2000 Abonnenten und zählt jetzt rund 20 000.

Die Verhandlungen des Parteitages nahmen einen guten Verlauf. Nach Entgegennahme der Berichte des Bauvorstandes und der Presse referierte Genosse Leesoot über den Entwurf des Parteistatuts. Der Parteitag erklärte sich gegen die Beitragserhöhung, die nur geeignet sei, die Agitation auf dem Lande zu erschweren; er beantwortete den Parteiantrag und ist der Ansicht, daß die Reichstagsfraktion wie bisher ungeschwächt ihr Vertretungsrecht auf dem Parteitag erhält. Ein Referat des Genossen Binder über die politische Lage im Reiche und Bayern schloß die Verhandlungen des Parteitages.

Konferenz der Bildungs- und Jugendausschüsse in der Pfalz.

Gelegentlich des pfälzischen Parteitages tagten am Sonnabend die Bildungsausschüsse der Pfalz und nach diesen die Jugendausschüsse. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Schaffung eines Bezirksjugendausschusses und Bezirksbildungsausschusses, die beide ihren Sitz in Ludwigshafen haben. Den Bildungsbestrebungen wie auch der Jugendbewegung soll in Zukunft größere Beachtung geschenkt und hierfür in den Parteiorganisationen und den Gewerkschaften lebhaftere Propaganda getrieben werden. Mit den Vorarbeiten wurde ein engerer Ausschuss betraut.

Richtigstellung. In der Zusammenstellung der Anträge an den Parteitag sind unter Nr. 142 zwei Anträge, die Beiträge und die Diäten betreffend, als von „Solingen“ gestellt aufgeführt worden, die in Wirklichkeit nur von vier Genossen und zwei Genossinnen gestellt worden sind. Die Generalversammlung der Kreisorganisation hatte es, wie uns der Vorstand dieser Organisation mitteilt, mit großer Mehrheit durch Uebereinstimmung der Tagesordnung abgelehnt, sich mit den Anträgen zu identifizieren. Die irrtümliche Auffassung als „Anträge Solingen“ ist, wie uns auf dem Parteitag mitgeteilt wird, darauf zurückzuführen, daß sie auf einem Briefbogen der Solinger Kreisorganisation geschrieben und außerdem mit dem Stempel der Organisation („Sozialdemokratischer Volksverein Solingen“) versehen waren.

Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung des Kreiswahlvereins Jälsch-Schwibus-Krossen-Sommerfeld fand am Sonntag in Schwibus statt. Die Tagung war von 17 Delegierten der sechs Ortsvereine, dem Kreisvorstande und dem Kandidaten des Kreises, Genossen Oswald Grauer-Lichtenberg, besetzt. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl auf 829 gestiegen ist. Darunter befinden sich 96 weibliche Mitglieder. Die Einnahmen der Kreisliste betragen 5341,67 M., die Ausgaben 4853,19 M. Die Einführung des Wochenbeitrages von 10 und 5 Pf. hat sich gut bewährt, trotzdem die Lohnverhältnisse der Arbeiterschaft des Kreises ganz erbärmliche sind. So beträgt der Durchschnittslohn für männliche Textilarbeiter in Jälschau etwa 10 M. pro Woche. Weibliche Arbeiter erhalten 4-6 M. Wochenlohn, 10 Pf. Stundenlohn an männliche, 4 1/2 bis 6 Pf. Stundenlohn an weibliche erwachsene Arbeiter werden in der Militärärztl. Brigade in Gintersberg bei Croßen a. D. gezahlt. Einen noch größeren Tiefstand zeigen die Tagelöhne auf den Gütern der märkischen Grundbesitzer an der polnisch-schlesischen Grenze. Trotz aller dieser Schwierigkeiten zeigte die Organisation ein stetiges Wachstum. Die „Märkische Volkstimme“ wird in 509 Exemplaren, der „Vorwärts“ in 10 und die „Gleichheit“ in 111 Exemplaren gelesen. Bei der Reichstagswahl brachten wir es bei einem Zuwachs von 1497 Stimmen auf 5311 Stimmen.

93 Versammlungen dienten neben der Verteilung von mehr als 100 000 Druckschriften der Agitation und Organisation. In den mehr als 190 Orten des Kreises stehen der Sozialdemokratie nur vier Säle zur Verfügung.

Zum Parteitag delegierte die Versammlung einstimmig den Genossen Grauer und beauftragte ihn auch mit der Vertretung des Kreises auf dem Preuentage. Zur Tagesordnung des Parteitages wünscht die Versammlung den Wochenbeitrag im allgemeinen und als Mindestsatz den Schuppenbeitrag, ebenso die Vermehrung des Parteivorstandes um fünf Mitglieder. An der Vertretung der Reichstagsfraktion wurde eine Veränderung nicht erwünscht. Zur Frage des Stichwahlkommens stellt sich die Versammlung auf Seite des Parteivorstandes, möchte aber niemals das Abkommen über eine Dämpfung sich wiederholen sehen. Um eine noch weitere Verelendung der Massen zu verhindern, verlangt die Versammlung Massenproteste gegen die Lebensmittelteuerung.

Im 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreise (Kiel-Neumünster-Rendsburg) stieg die Zahl der Mitglieder der Parteiorganisation im letzten Jahre von 13 027 auf 15 168, darunter sind 8060 weibliche. Die Zahl der Leser der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ stieg im Kreise von 17 231 auf 18 427. Bei der Reichstagswahl, in der der Kreis mit 4000 Stimmen Mehrheit wieder gewählt wurde, wurden rund 1 Million Wahlzetteln, Flugblätter, Broschüren, besondere Zirkulare an Beamte usw. verteilt, und 54 Wahlversammlungen abgehalten. Außerhalb der Reichstagswahltagung wurden noch verteilt 650 000 Agitationschriften, darunter die Landagitationszeitung „Schleswig-Holsteinische Landpost“. Die Kasse der Kreisorganisation vereinnahmte 88 559,65 M. und verausgabte 70 538,93 M. Für den Reichstagswahlkampf wurden 9001,72 M. vereinnahmt. Sozialdemokratische Stadtverordnete gibt es im Kreise 17, sozialdemokratische Gemeindevorsteher 28. In Kiel brachte es unsere Partei bei den letzten Stadtverordnetenwahlen auf 11 908 Stimmen, während die Bürgerlichen nur 9850 erhielten. Einzig und allein eine ungerechte Wahlbezirkseinteilung verhinderte es, daß die Partei sämtliche zu besetzende Mandate erhielt; sie mußte sich mit drei begnügen, während die Bürgerlichen fünf erhielten.

Ein sozialistischer Offizier.

Rom, 24. August. (Fig. Ber.) Ein Leutnant Agnelli in Lodi, der dort als Intendantenbeamter der Deeresverwaltung angestellt war und als solcher in Italien Offiziersrang besitzt und Offiziersuniform trägt, hatte sich zu Beginn des Krieges geweiht, Geld für die Sammlung zugunsten der Opfer des Krieges zu geben. Das Denunziantenblut eines konservativen Lokalführers wurde durch diese allgemein unbeachtet geliebte Tat in Wallung versetzt. Das Verhörblattchen brachte die Weigerung zur Sprache und forderte patheisch den Kriegsminister auf, Maßnahmen zu ergreifen. So wurde ein Disziplinarverfahren gegen den Leutnant Agnelli eingeleitet, und dieser erklärte der Disziplinarkommission, daß er Sozialist sei und organisierter Parteigenosse. Als solcher hätte er es für seine Pflicht gehalten, sich an der Sammlung nicht zu beteiligen, um dadurch seinen Widerwillen gegen jeden Eroberungskrieg im allgemeinen und den italienisch-wirtschaftlichen Krieg im besonderen an den Tag zu legen. Das Disziplinargericht gab sein Urteil schriftlich ab und überstellte es dem Kriegsminister zur endgültigen Entscheidung. Diese ist nun am 21. dieses Monats dem Genossen Agnelli zugegangen, und es heißt darin, daß das Ministerium beschlossen hat, keinerlei Disziplinarmassregeln gegen ihn zu ergreifen. Diese Entscheidung gereicht zweifellos dem Ministerium zur Ehre. Wir halten es gewiß nicht für einen glücklichen und wünschenswerten Kompromiß zwischen innerer Ueberzeugung und der harten Notwendigkeit des Daseinskampfes, wenn ein Mensch, der als Sozialist denkt und fühlt, Berufssozialist in einem bürgerlichen Staate bleibt, aber diesen Gewissenkonflikt hat offenbar der einzelne mit sich selber auszukämpfen. Das Kriegsministerium sieht — wenigstens in Italien — keinen Grund darin, gegen den Betroffenen Disziplinarmassregeln zu ergreifen!

Gerichts-Zeitung.

Der Reichsverbandler als Kläger.

Der Generalsekretär vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, Karl Komoll in Hannover, hatte eine Verleumdungsklage gegen die Redakteure Richard Barth vom „Vorwärts“, André vom „Volkswille“ in Hannover und Prager von der „Tribüne“ in Erfurt angestrengt, die das Landgericht Hannover als Berufungsinstanz beschuldigte. In der „Bremer Bürgerzeitung“ erschien ein Artikel gegen den Reichsverband, in dem u. a. von Reichsverbandelose sowie von „schamloser und lächerlicher Frechheit“ geredet wurde. Die von Komoll zunächst gegen den verantwortlichen Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung“ angestregte Verleumdungsklage endigte mit der Freisprechung des Redakteurs, und zwar aus dem Gesichtspunkt des § 193 des Strafgesetzbuchs (Wahrnehmung berechtigter Interessen). Der Angeklagte habe in berechtigter Abwehrkampfstellung gegen den Reichsverband gehandelt, eine solche Kampfstellung sei unvermeidlich, und trotz der Schärfe des Kampfes habe der Angeklagte bei der Veröffentlichung in strafloser Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Diese Freisprechung haben die drei angeklagten Redakteure in den von ihnen verantwortlich gezeichneten Zeitungen wiedergegeben; der „Vorwärts“ mit der Ueberschrift „Der abgebliebte Reichsverbandler“ und dem Schlußsatz: „Wir gratulieren Herrn Komoll zu diesem Reinfall.“ Diese Wiedergabe des freisprechenden Erkenntnisses bildete den Gegenstand der Anklage. Das Schöffengericht hatte gegen die Angeklagten auf Freisprechung erkannt, und zwar ebenfalls mit der Begründung, daß ihnen die Wahrnehmung berechtigter Interessen im Sinne des § 193 des Strafgesetzbuchs zuzusprechen sei und den Angeklagten bei der Wiedergabe der Gerichtsverhandlung das Bewußtsein der Verleumdung gefehlt habe. Die Ueberschrift sowie das Schlußwort sei mehr als ein humoristisches Triumpfhieren über den Gegner als eine Verleumdung aufzufassen. Das Gericht kam den Anträgen des Vertreters des Klägers entsprechend zur Verurteilung der sämtlichen Angeklagten, da es eine strafbare Verleumdung des Klägers aus den Notizen herauslas. Anßer Genosse Barth wurde zu 150 M., Prager von der „Tribüne“ und André vom „Volkswille“ zu je 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Durch dies unverständliche Urteil werden die preussischen Rechtsverhältnisse wieder einmal treffend illustriert. Die Angeklagten haben nichts anderes getan, als ein freisprechendes Erkenntnis des Gerichts veröffentlicht, das dem Angeklagten die Wahrnehmung berechtigter Interessen zuspricht. Das Amtsgericht Hannover wies zunächst die eingereichte Privatklage ab. Auf Anordnung des Landgerichts, an das sich der Kläger beschwerdeführend wandte, mußte es jedoch verhandeln und kam zu dem ganz selbstverständlichen Urteil, das auf Freisprechung lautete. Jetzt kommt nun das Landgericht und sticht die bisherige Gerichtspraxis einfach um. — Die gleiche Sache, aber zwei diametral gegenüberstehende Urteile.

Das Oberlandesgericht Celle wird sich noch mit der Sache zu beschäftigen haben und ist wohl kaum anzunehmen, daß es dem Landgericht auf der schiefen Bahn folgt.

Die Fleischnot.

Weil sie sich wegen der hohen Fleischpreise kein anderes Fleisch kaufen konnten, sind zwei Angeklagte, die sich vor der 8. Ferienkammer des Landgerichts I zu verantworten hatten, zu Wilderern geworden. Es waren dies die Bauarbeiter August Helm und August Stegemann aus Tegel, die wegen Wilderns angeklagt waren. — In den Monaten Mai und Juni d. J. wurde wiederholt in der Wittenauer Feldmark der frische Aufbruch von Reh- und anderem Wild aufgefunden. Da man auch häufig in den frühen Morgenstunden Schüsse fallen hörte, die nur von Wildjägern herzuherren konnten, wurde die fragliche Gegend von den zuständigen Polizeibehörden scharf beobachtet. Eines Morgens wurden die Wilderer auf frischer Tat ertappt. Es waren dies die jetzigen beiden Angeklagten, die trotz der Schonzeit gerade zwei Hosen geschossen hatten. — Vor Gericht erklärte der Angeklagte Helm, daß er nur deshalb gewildert habe, um wenigstens einmal wieder ein ordentliches Stück Fleisch essen zu können; dies habe er bei den teuren Fleischpreisen sich seit langer Zeit nicht leisten können. — Der Staatsanwalt beantragte je 6 Monate Gefängnis. Das Gericht sah die Sache jedoch milder an, da die Angeklagten, wie nicht zu überlegen sei, in der Not gehandelt hätten. Das Urteil lautete gegen Helm auf 2 Monate und gegen Stegemann auf 1 Monat Gefängnis.

Ein Urteil von prinzipieller Bedeutung für die Presse

gab die Verurteilungskammer des Chemnitzer Landgerichts in einer Verhandlung gegen den Verantwortlichen der „Volkstimme“, Genossen Max Müller. Am 31. Mai hatte das Schöffengericht den Genossen Müller wegen Vergehens gegen die §§ 17 und 18 Abs. 1 des Preßgesetzes mit 30 M. Geldstrafe belegt. Wegen die Gesetzesbestimmungen sollte M. dadurch gefehlt haben, daß er Teile eines schriftlichen Urteils, also eines amtlichen Schriftstückes eines Strafprozesses veröffentlicht hatte, bevor das Verfahren beendet war. Wegen das in Betracht kommende Urteil war Revision eingelegt worden. Es war also nicht rechtskräftig, als die Veröffentlichung geschah. Hier hatte die Staatsanwaltschaft eingeholt und durch den Abdruck glaube sie, das Vergehen nach den angezogenen Paragraphen des Preßgesetzes für gedeckt und auch das Schöffengericht war zu einer Verurteilung in diesem Sinne gelangt. Dagegen hatte Genosse Müller Berufung erhoben, weil er der Meinung war, daß er zum Abdruck berechtigt gewesen sei, weil die schriftliche Begründung des Urteils im wesentlichen übereinstimmte mit der mündlich gegebenen. Auch die Staatsanwaltschaft hatte das schöffengerichtliche Urteil mit der Berufung angefochten, da die Strafe im Hinblick auf die vielfachen Verleumdungsstrafen, die der Angeklagte schon verbüßt habe, zu niedrig (!) sei. Nach Abschluß der Beweisaufnahme ging der Verteidiger, Genosse Dr. Harnisch auf die rechtliche Seite der Anklage ein und bemerkte, daß die §§ 17 und 18 des Preßgesetzes mit Strafe bedrohen, wenn die Anklageschrift oder andere amtliche Schriftstücke eines Strafprozesses durch die Presse eher veröffentlicht werden, als dieselben in öffentlicher Verhandlung kundgegeben worden sind oder das Verfahren sein Ende erreicht hat. Durch diese gesetzliche Bestimmung sollen das schwebende Verfahren und die in Betracht kommenden Personen geschützt werden. Dieser Schutz höre auf, wenn das Verfahren beendet sei. Das Ende des Verfahrens falle aber zusammen mit der Verkündung des Urteils. Das Urteil sei aber drei Wochen vor der hier in Frage stehenden Veröffentlichung mündlich verkündet worden. Der § 17 wolle aber nur die Beweismittel schützen, nicht das Urteil, denn das Urteil sei der Zweck und das Ende des Verfahrens. Aus alledem beantragte der Verteidiger Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils und Freisprechung des Angeklagten.

Der Staatsanwalt, der seine Berufung schon vor Abschluß der Beweisaufnahme zurückgezogen hatte, bemerkte, daß der Angeklagte durch die Veröffentlichung sich strafbar gemacht habe, denn das Verfahren sei noch nicht zu Ende gewesen, da gegen das Urteil Revision beim Reichsgericht angemeldet war. Es sei nicht richtig, daß die mündliche Begründung alles enthalten habe, was in der schriftlichen niedergelegt und durch den Angeklagten zum Abdruck gekommen sei.

Nach kurzer Beratung erkannte das Gericht dahin: Das schöffengerichtliche Urteil wird aufgehoben, der Angeklagte wird freigesprochen. Das Gericht hatte sich im wesentlichen den Ausführungen des Verteidigers angeschlossen.

Dämon Alkohol.

Ein Ehedrama, an dem die Schuld dem Dämon Alkohol zuzurechnen ist, hatte gestern vor der 11. Ferienkammer des Landgerichts I sein Nachspiel. Der Bäckergehilfe Johann Warganski ist ein solcher Verehrer des Branntweins, daß er diesem oft völlig zum Opfer fällt und sowohl seine Arbeit, als auch die Fürsorge für Frau und Kind ganz und gar vernachlässigt. Seine ordentliche und arbeitssame Frau, die mit ihrer Hände Arbeit für des Lebens Notdurft und Rohrung der Familie zu sorgen sich redlich bemüht, war oft der Verzweiflung nahe und suchte immer wieder teils durch gütliches Zureden, teils durch ernsthafte Vorwürfe, den Mann zur Rückkehr zur Pflicht zu bewegen. Es gelang ihr nicht, vielmehr entstand ihr dadurch Gefahr für Leib und Leben, wie der Vorfall beweist, der nun den Angeklagten unter der Anklage der gefährlichen Körperverletzung vor die Strafkammer führte. Als ihm die Frau eines Tages wieder Vorwürfe über seine Lebensführung und die Vernachlässigung seiner Pflichten als Familienvater machte, ergriff er ein langes Küchenmesser, ging damit auf seine Frau los und brachte ihr zwei nicht ungefährliche Stiche in den Arm bei. Die Verletzte hat starke Schmerzen aushalten müssen und ist einige Zeit arbeitsunfähig gewesen. Obgleich der Angeklagte bis dahin nicht bestraft war, brachte der Staatsanwalt eine einjährige Gefängnisstrafe in Antrag. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 10 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft.

Ein beleidigter Bürgermeister.

Wegen Verleumdung des Bürgermeisters Barnefow aus Alt-Ruppin hatten sich der Gastwirt Ernst Schudel, der Klempnermeister Ehm, der Rentner Röthling und der Gerbermeister Wildt aus Alt-Ruppin zu verantworten. Mit Ausnahme des Schudels sind sämtliche Angeklagte aus Stadtverordnete. Alle Angeklagten sind beschuldigt, in der Bürgererschaft verbreitet zu haben, daß der Bürgermeister in der Forst gewildert habe. Röthling und Wildt haben ferner behauptet, der Bürgermeister habe zweimal einen Reineis geleistet. Die Angeklagten bestritten, sich schuldig gemacht zu haben, wollten vielmehr in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt haben. Röthling gab an, daß eines Abends in seine Wohnung der Steuermacher Wangelin gekommen sei, um sich

um die Stelle des Fleischbeschauers zu bewerben, davon redete er ihm ab und sagte, das würde der Bürgermeister nicht zugeben. B. antwortete darauf, er sei einmal im Wald gewesen und dicht neben ihm sei ein Schaf gefallen; er erkannte den Bürgermeister und sagte noch: ein guter Schaf. B. hat auch dem Köhling Wildfleisch mitgebracht und bekam dafür Schweinefleisch. Dies Gespräch wurde den anderen Angeklagten mitgeteilt und von diesen weiter erzählt. Im Stadiparlament wurde dieser Fall ebenfalls zur Sprache gebracht. Der als Zeuge vernommene Wangelin bestritt, so etwas zu Köhling gesagt zu haben, er gab nur zu, daß er bei R. war und Wildfleisch brachte, wofür er Schweinefleisch erhielt. Das Gericht verurteilte nach längerer Beratung Schudel zu einem Monat, Epian zu 2 Monaten, Köhling zu 4 Monaten 3 Wochen und Wildt zu 3 Wochen und 4 Tagen Gefängnis.

Aus aller Welt.

Auch ein Gottbegnadeter.

Unter dieser Ueberschrift lesen wir in der „Frankf. Volksstimme“ folgende Blanderei: Als der liebe Gott die Menschen schuf und diese sich nach dem Sündenfall vermehrten, da mußte er daran denken, an sie die Verufe auszuteilen. Er schickte Schuster, Schneider, Hausbesitzer, Agenten, Millionäre usw. ein, und als er sein fertiges Werk betrachtete, nickte er befriedigt mit dem Kopfe und sagte: Es ist gut. Da sah er in einer Ecke des Weltalls einen Menschen stehen, der sich bescheiden im Hintergrund hielt und für den kein Verufe mehr übrig geblieben war. Der liebe Gott zog nachdenklich seine Stirn in krause Falten, rief den Menschen herbei und sagte: Ich habe schon alle Verufe vergeben, was soll ich aus dir machen? Dann nahm er ihm vor allem die Bescheidenheit und ersetzte sie durch das Bedürfnis, seine Nase in alle Dinge hineinzustecken. Sodann stattete er diesen Menschen mit Schere, Phantasie und Kleptomane aus, gab ihm die Sehnsucht nach Sensationen, verschaffte ihm mit einer dicken Haut und einem ausdauernden Stiefel, und als dies alles geschehen war, sagte er, ihm einen neuen Verufe gebend: Sei Redakteur! Aber der liebe Gott hatte durch die verschwenderische Ausstattung dieses Wesens mit Eigenschaften einen schweren Mißgriff getan, denn der Redakteur wurde übermütig. Da beschloß der liebe Gott, ihm zwei Geißeln auf den Hals zu laden, die ihm sein Dasein verbittern und ihn mitunter rasend machen sollten: den Staatsanwalt und den sich jede Kürzung seines Artikels ver-bittenden Einsender. Damit war der Redakteur schwer gequält. Seine Feder kumpfte sich ab, sein Ideenstrom wurde gewaltsam im Laufe gestoppt. Die dicke Haut wurde von den Einsendern bis zur Grenze ihrer Widerstandskraft gereizt, das Stiefelgeschloß kam in Unruhe und der Redakteur lernte das Fluchen und begann, an Gott und seiner Barmherzigkeit zu zweifeln. Jetzt erkannte zwar auch der liebe Gott, daß er einen verfehlten Verufe geschaffen hatte, aber es war nicht mehr viel zu machen. Den Staatsanwalt mußte er unter allen Umständen als gottgewollte Einrichtung bestehen lassen, aber zur Erleichterung ihres

Schicksals schuf er für die Redakteure den Papierkorb. Das ist die wahrheitsgetreue Entstehungsbefunde der Redakteure, Staatsanwälte, Einsender und — Papierkörbe.

Die Sintflut.

Die englischen Blätter bringen spaltenlange Berichte über die furchtbaren Verheerungen, die der unausgesetzte Regen im ganzen Lande angerichtet hat. Die Gelehrten bezeichnen diese ungeheuren Regenfälle als vollkommen anormal und führen sie darauf zurück, daß sich durch die kolossale Drift der Eisberge der Golfstrom möglicherweise etwas abgelenkt haben könnte, was dieses trostlose Wetter im Besolge hatte. Aus dem ganzen Reiche liegen Nachrichten über Vernichtung der Ernte vor. Die Täler in Wales sind sämtlich überschwemmt, die Chaussees und Eisenbahnhauptlinien sind unbrauchbar geworden. Am schwersten unter den andauernden Regenfällen haben aber die Soldaten zu leiden, die augenblicklich in der Ebene von Salisbury zu Manövern zusammengezogen sind. Statt die Manöver abzubrechen, müssen dort 10 000 Mann in schrecklichem Morast kampieren. Den Rekord hat das Regenwetter aber in Manchester aufgestellt, wo ein ununterbrochener Plöregen niederging. Im August haben zahlreiche Städte nicht viel mehr als zwei trockene Tage gehabt.

Auch in Belgien hat die Einwohnerchaft unter den abnormen Bitterungsverhältnissen schwer zu leiden. Fast seit einem Monat regnet es ununterbrochen. In Flandern sind die Flüsse aus ihren Ufern getreten. Die Ernte hat unter dem sintflutartigen Regen schwer zu leiden. Fast die gesamte Kartoffelernte ist vernichtet. In vielen Gegenden wurden auf den Feldern Nebelhäner erfroren aufgefunden.

Todessturz eines Aviatikers in Tripolis.

Einer Meldung der „Tribuna“ aus Tripolis zufolge ist einer der besten Aviatiker der italienischen Armee, der Leutnant Rangini, mit seinem Monoplan in Meer gestürzt und ertrunken. Der Offizier hatte einen Patrouillenflug an der Küste unternommen, als plötzlich sein Apparat in die Tiefe stürzte. Ueber die Ursache des Unfalls ist noch nichts Genaues bekannt, man nimmt aber an, daß er auf einen Motorschaden zurückzuführen ist.

Das Fiasko des kommunalen Luftschiffports.

Das mit einer unverantwortlichen Kurzsichtigkeit ins Leben gerufene kommunale Luftschiffunternehmen Wanne-Herten, bei dem eine Anzahl Kommunen einen Zuschuß aus der Gemeindefasse von etwa 1/2 Million geleistet haben, erleidet Schlag auf Schlag. War schon an und für sich, im Hinblick darauf, daß auch die Stadt Welfenkirchen in unmittelbarer Nähe ein Konkurrenzunternehmen gründete, die Rentabilität in Frage gestellt, so hat man auch noch sonst riesiges Pech. Das erworbene Parfeval-Luftschiff „Charlotte“

ist noch einigen Wochen unbrauchbar geworden. Die Flugplatzgesellschaft will den Kaufpreis zurückverlangt haben, die Fabrik weigert sich — und nun kommt's natürlich zum Prozeß, bei dem die Gesellschaft vielleicht am Ende noch den Beutel zu ziehen hat. Dafür haben aber auch die Herrschaften das Vergnügen, eine leibhaftige Hohenzollernprinzessin als Protetektorin zu besitzen, die halbbock geneigt gewesen ist, an den Eröffnungsfeierlichkeiten höchstselbst teilzunehmen. Wie sich die Honoratioren dabei blamiert haben, indem nur diejenigen zugelassen wurden, die im Bratenrock erschienen waren, ist noch in Erinnerung.

Ein teurer Ruß.

Ein recht hartes Urteil verhängte am Sonnabend das Gericht von Northleone (England) über einen Kupferräuber. Ein jungere stellungsloser Kellner namens George Reid, der Uebelthäter, war bei seiner Suche nach Arbeit als Diener auch in ein herrschaftliches Haus gekommen, wo ihm von einem jungen hübschen Dienstmädchen geöffnet wurde. Nach einer kurzen Unterhaltung ließ er sich dazu verleiten, der Schönen einen Ruß zu rauben. Diese war aber für solche Färslichkeiten wenig empfänglich und ließ den jungen Mann sofort festnehmen. Das Gericht verurteilte ihn gestern zu 6 Wochen Gefängnis.

Die Richter müssen offenbar eifrige Anhänger der Antiflugplatz sein!

Kleine Notizen.

Eingebrachte Landungsbrücke. Sonntag nachmittag brach in der Nähe von Malchow (Mecklenburg) eine Landungsbrücke ein, als ein Dampfer anlegen wollte. Mehr als 12 Personen fielen ins Wasser, wurden aber alle gerettet.

Wort aus Eiferhuth. In der Nacht zum Sonntag wurde in Offenbach a. M. die 42jährige Ehefrau Glaffen von ihrem Geliebten, dem 38jährigen Gelegenheitsarbeiter Eugen Huffer aus Eiferhuth erschossen. Den Tod der Frau hatte ein Stich in die linke Schlagader herbeigeführt. Außerdem hatte sie noch mehrere schwere Messerstiche in die Brust und in den Rücken erhalten. Die Verletzungen der Frau waren so schwerer Art, daß sie bereits auf dem Transport zum Krankenhaus starb. Der Mörder flüchtete nach der Tat, konnte jedoch im Laufe des Sonntagnachmittags ergriffen werden.

Selbstmord einer ganzen Familie. Aus Racon (Frankreich) wird gemeldet: Das Ehepaar Vouiloud ist mit dem einzigen sechs Jahre alten Kinde in einem Brunnen ertrunken ausgefunden worden. Die beiden Eheleute hatten bereits in letzter Zeit die Absicht kundgegeben, sich gemeinschaftlich das Leben nehmen zu wollen.

Bandalen im Louvremuseum. Einer Meldung des „Matin“ zufolge soll Sonntag im Louvremuseum in Paris ein neuer Akt von Vandalismus endend worden sein. Danach soll aus einem alten wertvollen Frauenporträt eines berühmten alten Meisters ein Stück in Größe eines Franzosensäckels herausgeschnitten worden sein.

Noch ein Mörder Rosenthals verhaftet. Wie hierher gemeldet wird, steht es nunmehr fest, daß es gelungen ist, einen der Mörder des Spielfaßbesizers Rosenthals, nämlich den „blutigen Gyp“ in Ladawagen im Staate Pennsylvania zu verhaften.

Unsern treuen Freunde und Genossen
Hermann Schowa nebst Frau
senden zur überlängten Hochzeit die besten Glückwünsche.
Die Genossen der Gruppe
Charlottenburg. 29958

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Nachruf.
Am 21. August verstarb unser Genosse, der Schuhmachermeister
Michael Golata
Kostoder Str. 10 (Bezirk 690).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand Montag, den 26. d. M., nachmittags 4 Uhr, auf dem St. Sebastianus-Friedhof in Reinickendorf statt.
231/17 Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Paul Hiemer
Erbenev. Str. 57
am 23. d. M. an Gehirnverwundung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 27. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Irrenanstalt zu Dalldorf aus statt.
Rege Betheiligung erwartet.
123/5 Die Ortsverwaltung.

Am 25. d. M. entschlief sanft im 33. Lebensjahre meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter
Franziska Bernitzky
geb. Groß.
Dies zeigt tiefbetäubt an der tiefunglückliche Gatte
Paul Bernitzky
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiser-Friedhofs, Hirschenbrunnweg, aus statt.

Für die zahlreichen Strapanden und rege Betheiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Adel der Firma Wagner u. Co., sowie den Kolleginnen und Kollegen und den Genossen des 2. Reiches meinen herzlichsten Dank.
29958
Witwe Anna Tempelmann.

Nach kurzen Leiden verstarb am Sonnabend unser einzig geliebtes Kind
Herbert
im Alter von 4 1/2 Jahren.
Die betrübten Eltern
Gustav Zimmermann
und Frau, geb. Krüger.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des 2. Städtischen Friedhofes (Blanke Höhe) aus statt. 4891

Am 23. August starb unser lieber Kollege und langjähriger Mitarbeiter, der Schriftsetzer
Otto Scheel
im 40. Lebensjahre. — Ein treues Andenken bewahrt ihm
Das Personal der Firma
Otto v. Holtzen.
Beerdigung: Dienstag, 27. August, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes, Friedrichsfelde.

Berlin, den 26. August 1912.
Nach langem, schwerem Leiden entschlief am Sonntag, den 25. d. M., um 12 1/2 Uhr, meine inniggeliebte Frau, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante
Hermine Schönemann
geb. Ebermann
Brangelstr. 110, Fegelsort, Birkenstraße 16/17.
Dies zeigt tiefbetäubt an
August Schönemann
nebst Verwandten.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, 29. August, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Georgen-Friedhofes, Landsberger Allee, aus statt. 229/1

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Freunden und Bekannten sowie dem Beirater und Kollegium der Firma C. Lorenz meinen herzlichsten Dank.
1b
Fritz Brüder.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise mitleidender Teilnahme anlässlich der Beerdigung unseres teuren Entschlafenen sagen wir allen, insbesondere den Kollegen von Schwintzer & Graeff und Hirschhorn, dem Metallarbeiter-Verband und dem Malbverein des 4. Kreises unseren herzlichsten Dank.
21a
In Namen der Hinterbliebenen:
Witwe K. Zwirner.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Blumen- und Krautbinderer
von **Robert Meyer,**
Inh.: P. Gollets
nur Mariannen-Straße 2.
Telephon: Moritzplatz 316.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Ohne Anzahlung
Wäsche, Gardinen, Stores, Portieren, Teppiche u. Decken. Kleine Raten! Billige Preise! Keine Kasse! Offerten, mit Angabe der Besuchzeit, unter C. 8 Hauptexpedition des „Vorwärts“. 29755

Von der Kasse zurück
Frauenarzt Dr. A. Pinkuss
W. Reifstr. 2. 132/10

Pollmanns
Bandagen.
Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummwaren etc. Berlin N., Lothringers Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Achtung!
Java-Einlage
Brasilersatz, äußerst flott brennend, per Pfund M. 1,25.
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N., Brunnenstraße 25.

Geben Sie Ihren Kindern
an Stelle von Kaffee u. Tee als tägliches Getränk nur
Dr. Michaelis' Eichel-Kakao
mit Zucker u. präpariertem Mehl
in Milch gekocht. So können Sie selbst viel dazu beitragen, die Gefahren zu beseitigen, welche Ihren Lieblingen in den heißen Sommermonaten, der Zeit des Obstgenusses und epidemischer Darmstörungen drohen.
Fabrikanten: Gebrüder Stollwerck, A.-G., Köln.
Man achte auf den Namen Dr. Michaelis und weise Nachahmungen zurück.
Nährhaft! Vorbeugend!
Lieferwagen und alle Sorten Räder Wallfadenstraße 101. 29956

Qualitäts: Cigarette
Joseffi
JUNO
GOLD 2 Pfg.



Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Resle! Mocquets.
Pfluch-Sateitaschen.
Muster bei näherer Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin SW, 150.
Engelhardt
Caramel
Bier
alkoholfrei, ärztlich empfohlen
Diätetisches Gesundheitsbier
Flasche 10 Pf. - Überall käuflich.



Partei-Angelegenheiten.

Zentral-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Mittwoch, den 28. August 1912, abends 7 Uhr, findet im Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstr. 3, eine Konferenz der Le-se-abend-Leiterinnen und weiblichen Vorstands-mitglieder mit äußerst wichtiger Tagesordnung statt. Der Zentralvorstand.

Karlshorst. Heute abend 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant „Fürstendamm“ (Zug. Bartels). 1. Vortrag des Genossen Richard Boldt: Großindustrie und Arbeiterbewegung. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Kreis- sowie von der Verbands-Generalsammlung. 4. Mitteilungen. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Großfeuer im Theater des Westens.

Das Theater des Westens in der Kanitzstraße zu Charlottenburg wurde am Sonntag von einem verheerenden Brand heim-gesucht. Das Feuer entstand kurz vor zwölf Uhr mittags im Bühnenhaus und zerstörte es vollständig. Auch im Zuschauerraum ist erheblicher Schaden angerichtet worden. Die Feuerwehr von Charlottenburg war in ganzer Stärke zur Stelle und hatte mit den Löscharbeiten stundenlang zu tun. Vorausichtlich wird das Theater, das genau vor einem Jahre, auch im August, schon einmal der Schauplatz eines Großfeuers war — damals wurde das Kulissenhaus zerstört — auf mindestens drei Monate geschlossen bleiben müssen, da umfangreiche Neubauten notwendig sind. Im einzelnen gehen und über das Großfeuer folgende Mitteilungen zu:

Kurz vor 12 Uhr bemerkte ein Portier des Grundstücks, daß aus dem Dach des Bühnenhauses Qualm hervordrang. Die Rauch-entwicklung wurde von Sekunde zu Sekunde größer, und ehe noch die Feuerwehr eintraf, brannte das Innere des Bühnenhauses schon lichterloh. Plötzlich erfolgte eine heftige Detonation, die man auf eine Explosion zurückführte. In Wirklichkeit war eine Wand, die das Bühnenhaus oberhalb des eisernen Vorhanges vom Zuschauerraum trennte, eingestürzt und in den Zuschauerraum ge-schleudert worden. Der eiserne Vorhang selbst war zum Glück her-untergefallen; ebenso waren alle Verbindungstüren nach dem Zuschauerraum geschlossen. Durch das Einstürzen der oben bezeich-neten Wand fand das Feuer aber doch einen Weg nach dem Zu-schauerraum und erfaßte dort die ersten Logen in der Nähe des Orchesters und einige Dekorationsstücke. Die Feuerwehr fand sich bei ihrem Eintreffen vor einer schwierigen Aufgabe. Aus allen nur vorhandenen Öffnungen quollen Rauchwolken hervor. Brand-direktor Bahrdt richtete sein Hauptaugenmerk von vornherein dar-auf, den Zuschauerraum zu halten. Eine Löscharbeitung nahm da-her sofort im Innern des Theaters Aufstellung und gab mit einem Dampfsprührohr Wasser, um die Flammen nach dem Bühnen-raum zurückzudrängen. Gleichzeitig ging eine andere Abteilung mit mehreren Rohren vom hinteren Ausgang des Bühnenhauses aus vor. Eine dritte Mannschaft gab von der Seite Wasser, so daß das Feuer bald vollständig eingekreist war. Im Ganzen waren fünfzehn Schlauchleitungen ausgelegt, die von drei Dampfsprüh- und mehreren Hydranten gespeist wurden. Die Löschmannschaften mußten aber mit der größten Vorsicht zu Werke gehen, da fort-während Teile des Hauses einstürzten und krachend herunterprasselten. Auch nach dem angrenzenden Theatergarten fielen Trümmer des Mauerwerks herunter. Zwei große Figuren aus Zink, die vorn an der Bühne als Zierde an-gebracht waren, stürzten polternd in den Zuschauerraum. Unfälle waren aber nicht zu verzeichnen. Von dem Bühnenhaus war nichts mehr zu retten. Es brannte bis auf die Umfassungsmauern aus, und auch die Kulissen zu der Operette „Die schöne Helena“, sowie einzelne Dekorationsstücke zu den Operetten „Wiener Blut“, „Walzertraum“ und „Geschiedene Frau“ wurden ein Raub der Flammen. Das Innere des Bühnenhauses bildete einen einzigen Trümmerhaufen. Die Schnürböden und die Beleuchtungsbrücken sind zerstört und die Galerien auf der Bühne sind sämtlich ein-gestürzt. Ueber drei Stunden wurde von der Feuerwehr Wasser ge-geben, um die Trümmermassen vollständig abzulösen. Hin und wieder entzündeten sich immer noch einzelne Teile der verholten Holzkonstruktion. Kurze Zeit vor Ausbruch des Brandes hatte der Inspektor des Theaters auf der Bühne noch eine kleine Gesangs-probe abgehalten. Niemand hat aber irgend etwas Verdächtiges bemerkt. Der Theaterwächter ließ vorschriftsmäßig den eisernen Vorhang nach der Probe herunter und wenige Minuten später, als er das Gebäude kaum verlassen hatte, wurden die Feuerrufe laut. Der Schaden ist ganz bedeutend, läßt sich vorläufig aber ziffern-mäßig noch nicht angeben. Das ganze Personal des Theaters ist durch den Brand brotlos geworden, denn es dürfte über ein Viertel-jahr vergehen, ehe die Renovierungsarbeiten beendet sind. Gegen den Erbauer und Besitzer des Theatergebäudes wurden scharfe An-klagen laut, da die eingestürzte Wand nicht massiv und feuersicher war, wie es vorgeschrieben ist, sondern aus Rohziegel hergestellt worden ist. Ihre Dicke betrug nur sechs Zentimeter. Die Feuer-wehrfahrzeuge rückten abends ab und nur eine Brandwache, be-stehend aus einem Oberfeuerwehrmann und zwei Feuerwehrmännern, blieb über Nacht im Theater zurück. Woher eigentlich die Detona-tion kam, ist noch immer rätselhaft. Irgegendwo eine explosiblen Stoffe haben sich nach Aussage aller Angestellten des Theaters in dem Bühnenraum nicht befunden. Ein eigentlicher Brandherd war nicht mehr festzustellen, es scheint jedoch, wenn man aus der Situa-entwicklung etwas schlüßeln kann, daß das Feuer auf der Hin-terbühne in der Nähe des Fahrstuhles zum Möbelmagazin ausgebrochen ist. Bei der Abwesenheit jeder anderen Ent-zündungsmöglichkeit kann das Feuer wohl nur durch Brandstiftung entstanden sein. Dieser Verdacht wird nach dadurch bestärkt, daß das Baubureau des Architekten Sehring vor etwa fünf Wochen einen anonymen Drohbrief erhielt. Bei der Ablösung des Brandes leistete übrigens auch die Regenborrichtung auf der Bühne gute Dienste, die sofort von der Feuerwehr in Tätigkeit gesetzt worden war. Während des Brandes war auch ein Krankenauto-mobil des Verbandes für erste Hilfe zur Stelle und außerdem hatte sich von der nächsten Unfallstation ein Arzt auf der Brandstelle eingefunden. Während der Nacht stürzte plötzlich die Decke der Hinterbühne in ganzer Ausdehnung ein, doch kam glücklicherweise niemand dabei zu Schaden. Gestern vormittag (Montag) erschienen zwei Feuerwehrfahrzeuge nochmals auf der Brandstelle, um photographische Aufnahmen zu machen.

Gedächtnisfeier für Emma Ihrer.

Am Sonntag, den 1. September, vormittags 1/2 Uhr, findet auf dem Friedhofe der Stadt Berlin in Friedrichsfelde die Ein-weiheung des Denkmals und eine Gedächtnisfeier für die verstorbene Genossin Emma Ihrer statt. Die Feier wird bei gutem Wetter

vor der Leichenhalle und bei ungünstiger Witterung in der Halle veranstaltet. Hierauf ordnen sich die Teilnehmer zu einem ge-schlossenen Zuge, um das Denkmal zu besichtigen. Bei dieser Ge-legenheit oder bei Niederlegung von Blumen dürfen Reden nicht gehalten werden.

Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, sich pünktlich zur angegebenen Zeit vor der Leichenhalle zu versammeln und den Anordnungen der von der Friedhofsverwaltung gestellten Ordner Folge zu leisten.

Genossin Ihrer hat 80 Jahre ihres Lebens der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung gewidmet und sich besonders um die Organisierung der Frauen verdient gemacht. In Rücksicht hierauf, sowie auf ihr sonstiges Wirken, darf eine rege Beteiligung bei der Einweihung ihres Denksteins wohl erwartet werden.

Kinematographie im Dienste des Anschauungsunterrichts.

Die Reform des „Kintops“ wird im Interesse der Jugend immer lauter gefordert. Ein Beitrag dazu will das Unternehmen sein, das unter der Firma „Zentrale für wissenschaftliche und Schul-Kinematographie“ sich den Schul-behörden empfiehlt. Der Schuljugend sollen kinematographische Vorführungen zugänglich gemacht werden, die als ein Mittel des Anschauungsunterrichts gedacht sind. Die „Zentrale für wissenschaftliche und Schul-Kinematographie“ will die erforderlichen Filme samt Text zusammenstellen, um sie nach Prüfung durch die Schulbehörden den Schulen zu liefern. Als Begründer des Systems wird Otfried von Hanstein, der Direktor der „Kammer-Theater“ in Berlin, genannt. Leiter der „Zentrale“ ist ein Dr. jur. Hugo Ruffat.

Eine Probeführung fand am Montag im „Admirals-Theater“ statt. Unter dem geladenen Publikum, das mit dem Unternehmen der „Zentrale“ bekannt gemacht werden sollte, waren viele Schul-männer. Otfried von Hanstein betonte in der Einleitung seines er-läuternden Vortrages, daß ein Erfolg nur möglich sei, wenn man bei den Schulbehörden Unterstützung finde. Die Vorführung zeigte den Rhein von der Quelle bis zur Mündung, wobei in zusammenhängender Darstellung die Geographie, Völkertunde, Zoologie, Botanik und Industrie des Rheingebietes behandelt wurde. Fesselnd wirkten die Alpenlandschaften mit ihren auf Gletschern umhertrudelnden Gochourisen, ihren über Felsklippen hüpfenden Gemsen und Steinböden, nicht minder der Rheinfall bei Schaffhausen mit seinen wirbelnden Wassern. In einem Bepellus-Luftschiff wurde ein großer Teil des Rheingebietes überflogen, wobei eine lange Reihe von Städten und Flusslandschaften mit ihrem Gewimmel von Menschen und Schiffen, von der Vogelperspektive aus gesehen, sich dem Auge bot. Der Belehrung dienten u. a. die Bilder von der Weinslese, vom Leben auf einem Hühnerhof, von der Heimindustrie im Schwarzwald usw. Auch an militärisch-dynastischen Zutaten fehlte es nicht; sie bestanden in Bildern vom Rhein-übergang eines Pionier-Regiments und von einer Rheinüberweiche durch das Kaiserpaar. Die Wanderung führte schließlich durch Holland zur Mündung des Stromes und hinaus auf die See, wo ein Flottenmanöver den patriotischen Schluß machte.

Die „Zentrale für wissenschaftliche und Schul-Kinematographie“ versichert, sie wolle diesen „Anschauungsunterricht“ in „pädagogisch einwandfreier Weise“ allen Schulen Deutschlands zugänglich machen. Vielleicht wird mancher Schulmann zweifeln, ob kinematographische Vorführungen, auch wenn sie Stoffe dieser Art behandeln, überhaupt „pädagogisch einwandfrei“ sein können. Die Technik der kinematographischen Vorführungen bringt es leider mit sich, daß solcher „Anschauungsunterricht“ sich meist in einem Hextempo voll-zieht, bei dem ein ruhiges Betrachten nicht möglich ist. „Sachgemäß“ war dieses Tempo z. B. in den Bildern des zur Fütterung eisenden Wildes, des aufregenden Kampfes eines Siebenschläfers mit einer Viper und in ähnlich bewegten Darstellungen. Aber die kinemato-graphische Jappelei wirkt störend z. B. in den Darstellungen aus der Industrie, die ernst und lange betrachtet werden wollen. Vollends in den Landschaftsbildern lenkt die sich bewegende Staffage der Menschen so sehr die Aufmerksamkeit des Kindes auf sich, daß hier kaum ein Gewinn aus solchem „Anschauungsunterricht“ zu erwarten ist.

Eine neue Synagoge ist gestern von der hiesigen jüdischen Ge-meinde in Charlottenburg, Palanenstr. 79/80, im Beisein städtischer und staatlicher Behörden eröffnet worden. Die Synagoge ist mit einem Kostenaufwande von 2 Millionen Mark hergestelt und enthält 2000 Plätze.

Umleitung von 14 Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn ist genötigt, wegen Auswechslung der Kreuzungsanlage der Leipziger und Jerusalemer Straße verschiedene Linien in den Nächten vom 28. auf den 29. August und vom 4. auf den 5. September von 1.00 an bis zum Wiederbeginn des Betriebes umzuleiten. Die Linien 38, 64, 68, 69, 71, 74, 77, 78 und 79 fahren dann durch die Jerusalemer und Oberwallstraße, den Werderschen Markt, den Schlossplatz und die Breite Straße, die Linien 6, 87, 88 und 91 über die Jerusalemer und Oberwallstraße, den Werderschen Markt, den Schlossplatz, die Breite Straße, den Mühlendamm, die Stralauer und Neue Friedrichstraße, die Stralauer Brücke und Brückenstraße.

Krankenhaus und Bethaus.

Wenn ein Kranker in eine konfessionelle Krankenanstalt hinein-gerät, dann braucht ihm um sein Seelenheil — sofern ihm etwas daran liegt — kaum bangen zu sein. Die Pflegschaftswesen, die helfen sollen, seinen kranken Leib zu kurieren, sind oft mit demselben Eifer bemüht, auch seine Seele zu retten. Eine Probe davon erfahren wir aus dem Maria-Viktoria-Krankenhaus (Berlin, Karlstraße), einer privaten Anstalt, in der die leitenden Persönlich-keiten und anscheinend auch sämtliche Angestellten katholisch und streng religiös sind.

Aus Reinickendorf war dorthin ein Schlosser H., der ein ärz-nisches Drenleiden hatte, durch einen Rassenarzt überwiesen worden. Nachdem eine Operation ausgeführt worden war, wurde nach einigen Tagen die Ehefrau des Kranken plötzlich von einer der Pflegschaftswesen durch eine am Abend nach 9 Uhr eintreffende Köchlein-linien aufgefordert, möglichst bald nach dem Krankenhaus zu kommen, da die Oberin sie zu sprechen wünsche. Die erschrockene Frau dachte im ersten Augenblick, ihr Gatte sei verstorben, doch erfuhr sie auf sofortige telephonische Anfrage, daß diese Besichtigung nicht zuträfe. Man stellte ihr anheim, den Besuch erst am anderen Tage zu machen. Frau H. fand sich aber noch an demselben Abend etwa um 11 Uhr in der Anstalt ein. Hier ergab sich nun, daß Sorge um das Seelenheil des Kranken die Oberin bedrückt. Die fromme Dame erzählte zunächst der Frau H., daß H. bereits einen Selbstmordversuch gemacht habe. Das war richtig; H. hatte, durch Schmerzen gequält, sich aus dem Fenster stürzen wollen. Im Anschluss an diese Mitteilung richtete dann die Oberin an Frau H. die Frage: „Er hat wohl keine Religion?“ „Nein!“ antwortete Frau H., und sie fügte auf weiteres Verfragen hinzu, daß H. (der schon vor Jahren aus der Kirche ausgeschieden ist) früher evangelisch gewesen sei. Ein Schwager der Frau H., der sie nach dem Kranken-haus begleitet hatte, wehrte ab: „Wenn er wieder besser ist, können Sie ja mit ihm selber darüber sprechen“. Am folgenden Tage erzählte H. seiner ihn besuchenden Frau, daß bereits einige Krankenschwestern mit ihm über die Glaubensfrage gesprochen hätten. Ihrer drei hätten, an seinem Bett sitzend, auf ihn eingeredet, er aber habe erklärt, sie sollten ihm seine Meinung lassen, wie ja auch er ihnen ihren Glauben nicht nehmen wolle. Trotz der Erfolglosigkeit dieser

Bemühungen, die der Oberin und den Schwestern gewiß als heilige Pflicht gelten, wurde der Versuch, den Kranken dem „lieben Gott“ näher zu bringen, nach einigen Tagen wiederholt. Diesmal war es der in der Anstalt tätige Arzt Dr. Bedmann, der die Frau des Kranken vor sich laden ließ, um auf sie einzureden. Der Zustand ihres Mannes sei, sagte er ihr, recht unglücklich, so daß es vielleicht doch besser wäre, einen Pfarrer zu holen. Frau H. erklärte, daß sie ihrem Manne hiermit keinen Gefallen erweisen würde und auch sie selber nicht an Gott glaube. Der gottgläubige Arzt meinte, es könnte aber doch sein, daß es ein Jenseits gäbe. Als Frau H. bei der Ablehnung verhartete, entließ er sie mit der nochmaligen Mahnung, einen Pfarrer zu holen. Frau H. blieb fest — und kein Geist-licher fand Gelegenheit, an dem Kranken seine Belehrungsversuche zu unternehmen. Das Maria-Viktoria-Krankenhaus befiel dann den Ungläubigen nicht mehr lange. Ein paar Tage später teilte Dr. Bedmann der wieder zu Besuch kommenden Frau H. mit, ihr Mann sei sehr unruhig und rede irre, darum wurde man ihn nach einer Irren-anstalt bringen müssen. Frau H. widersprach, aber H. wurde tatsäclich nach Dalldorf überwiesen, vermutlich auf Grund des Gutachtens zweier Ärzte. Jetzt wandte Frau H. sich an die Krankenkasse, und mit Hilfe eines ihr dort eingehändigten Schreibens an die Direktion der Anstalt Dalldorf erreichte sie, daß der Kranke ohne Verzug wieder entlassen wurde. In der Anstalt Dall-dorf gewann Frau H. den Eindruck, daß man hier die Verwahrung des Kranken in einem Irrenhaus nicht für nötig hielt; andern-falls würde man ja wohl auch nicht so schnell auf den Entlassungs-antrag eingegangen sein. H. wurde darauf im Reinickendorfer Krankenhaus untergebracht und erlag nach einer Woche seinem Dren-leiden.

Die frommen Schwestern des Maria-Viktoria-Krankenhauses werden in Betrübnis hören, daß H. unversöhnt mit einem Gott gestorben ist. Aber solche Mißerfolge dürfen für sie ein Ansporn sein, nur um so eifriger mit dem Teufel um die Seelen der Gottlosen zu ringen. Es gibt allerdings Kranke, die von einer Verquickung der Krankenpflege mit Seelenrettung ganz und gar nicht erbaut sind. Auch H. hat bei seiner Frau sowie bei einem Freunde sich darüber beklagt, daß man im Krankenhaus ihm mit diesen Dingen gekommen sei. Den frommen Schwestern eine gebührend kräftige Antwort zu geben, dazu war er wohl schon zu schwach. Kein Kranker braucht sich gefallen zu lassen, daß in einem Krankenhaus an ihm Be-lehrungsversuche gemacht werden. Nach solchen Ge-fahrungen wird mancher Kranke sich weigern, noch in ein Kranken-haus zu gehen, das zugleich ein Bethaus ist.

Von einem Schutzmänn niedergeschossen wurde bei einem wüsten Auftritt in der Nacht zum Sonntag ein noch unbekannter Mann. An der Ecke der Münz- und Dragonerstraße wollte nach einer poli-zeilichen Korrespondenz ein Beamter des 15. Reviers einen Haus-dienner Mag. S. wegen groben Unfugs zur Feststellung seiner Per-sönlichkeit mit zur Wache nehmen. Dieser Vorfall, der sich um 1 Uhr abspielte, hatte in kurzer Zeit die Ansammlung einer großen Menschenmenge, unter denen sich zahlreiche lichtscheue Elemente be-fanden, zur Folge. Letztere sollen nun für den Arrestanten Partei ergriffen und gejohlt und gepöbelt haben. Einen zweiten Schutzmänn vom selben Revier habe die Menschenmenge fest umringt. Pöblich sei ein ungefähr 25 Jahre alter, mit einer braunen Pelz-jacke bekleideter Bursche von hinten über den Beamten hergefallen und habe ihm einen solch heftigen Stoß gegeben, daß er zu Boden ge-fallen sei. Nachdem der Beamte sich erhoben und versucht habe, sich mit seinem Säbel des Angreifers und der übrigen Burschen zu er-wehren, sei der Mann mit der Pelzjacke wieder auf den Beamten gestürzt, um ihn zu Boden zu reißen. Jetzt habe der bedrängte Schutzmänn die Dienstpistole ergriffen und auf den Burschen ge-schossen. Hierauf sei die Menge auseinandergegangen, auch der Ge-stroffene habe versucht, davonzulaufen; nach wenigen Schritten brach derselbe jedoch in der Dragonerstraße zusammen. Auf der Hilfs-wache, wohin der Verletzte gebracht worden war, konnte der Arzt nur noch den Tod feststellen. Die Kugel war ihm in die Lunge eingedrungen. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht. Zu schweren Ausbrechungen kam es ferner in einem Lokal in der Kopenstraße, wo eine Anzahl junger randalierender Burschen von dem Lokalinhaber zunächst aus dem Lokal entfernt wurden. Als der Birt das Lokal schließen wollte, wurde er plötzlich durch eine Kugel getroffen, so daß er bewusstlos zu Boden sank. Ein noch in dem Lokal anwesender Gast zog nun gleichfalls gegen die in das Lokal stürmenden den Revolver und schoß einen der Beteiligten in die linke Bauchseite; der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus am Friedrickshain eingeliefert. Außer diesen erhielten noch zwei andere Beteiligte Schutzverletzungen.

Ein großer Brand auf offener Straße alarmierte die Feuerwehr nach der Nirbachtstraße, wo an der Ecke der Liebigstraße ein hoch-beladener Wagen mit Stroh in Flammen stand. Um diese zu löschen, mußte der 7. Zug mit drei Rohren Wasser geben. Von der Ladung war nichts zu retten. Die Pferde konnten in Sicherheit ge-bracht werden.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Be-nutzung für jedermann, SO., Adalbertstr. 41. Geöffnet werk-täglich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 Uhr und 3—6 Uhr. In dem Lesesaal liegen zurzeit 541 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Auf Anträgen teilen wir mit, daß zur Benutzung der Bibliothek jede Person berechtigt ist, die das 14. Lebensjahr überschritten und ihren Wohnsitz oder ihre Beschäftigung in Groß-Berlin hat. Wer sich über Wohnung und Beruf durch Vorzeigung des Verbands-buches, Wohlbereinsbuches, Krankenlistenbuches, Mietsvertrages oder ähnliche Papiere ausweisen kann, erhält eine Lesekarte unentgeltlich ausgestellt. Diese Lesekarte gilt zunächst für ein Jahr; sie wird nach Ablauf nach Kontrolle etwaigen Wohnungswechsels ohne weiteres von Jahr zu Jahr verlängert.

Der in Haft befindliche Wandbekraubt Friedrich Klopsch wurde gestern aus dem Untersuchungsgefängnis dem Vernehmungsdirektor zugeführt. In einer längeren Vernehmung gab Klopsch zu, bis zum Tage seiner Verhaftung insgesamt 68 000 M. unterschlagen zu haben. In diesem Tage habe er weitere 71 000 M. Konjols sich angeeignet, jedoch nicht um die Papiere für sich zu verwenden, sondern nur um damit die vorher bezugenen Unterschlagungen zu verdecken, die sonst infolge des Fälligwerdens der Coupons von selbst zutage ge-kommen wären. Er gab ferner an, daß er mit einem ganz kleinen Betrage angefangen, nachdem er vorher sein eigenes Geld auf der Rennbahn verloren habe. Er habe gehofft, damit nicht nur sein eigenes Geld wieder zu gewinnen, sondern auch den kleinen unter-schlagenen Betrag wieder zurückzahlen zu können. Der „tobische Zyp“ sei jedoch ein Fehlschlag gewesen, und so sei er in die Ver-untreuungen hineingefallen.

Madonnen auf der Olympia-Park-Bahn. Bei zwar trübem, doch trockenem Wetter und sehr gutem Besuch konnten die Rennen ohne Unfall erledigt werden. Die Hauptnummer bildete das über 100 Kilo-meter führende Theite-Erinnerungs-Rennen, das von Ebert, Gniffa, Janke, Guignard und Walschour bestritten und von letzterem gewonnen wurde, während Janke, der Sieger des Goldenen Rades, verlagte und als letzter endete. Sehr interessant gestaltete sich auch das Drei-Länder-Race, in dem Ritt (Deutsch-land), Jacquelin (Frankreich) und Stol (Holland) ihre Kräfte in drei Läufern maßen. Als ein weiteres Zugstück erwies sich die Ankunft der Sieger der am Vormittag stattgefundenen Fernfahrt „Rund um Berlin“: Aberger (Berlin), Koth (Rhyt), Fr. Suter (Rüch), Siewert (Berlin), S. Schulze (Trebbin), R. Zander (Berlin), J. Med

(Düsseldorfer) als Geldpreisfahrer, fe. netter Brenne (Schönefeld bei Leipzig), Lenz (Ayrich), Jolly (Schöneberg), Faust (Berlin) und Nörenberg (Berlin) als Wertpreisfahrer. Unter dem Jubel der Anwesenden führten sie einige Ehrenrunden und bestritten dann jede Klasse für sich ein Rennen. Ergebnisse:

Dauerrennen für Klasse B. 40 km in zwei Läufern von je 20 km. 500, 400, 300, 200 M. 1. Lauf: 1. Pawle in 15 Min. 52 1/2 Sek.; 2. Rettelbed, 240 m; 3. Riedner, 370 m; 4. Arens, 1110 m zurück. — 2. Lauf: 1. Riedner in 16 Min. 21 1/2 Sek.; 2. Rettelbed, 80 m; 3. Pawle, 190 m; 4. Arens, 2570 m zurück. Gesamtklassement: 1. Pawle (weil schnellerer Lauf), 2. Riedner, 3. Rettelbed, 4. Arens.

Drei-Länder-Match. 800, 600, 400 M. Drei Fahrer begeben sich in drei Läufern. 1. Lauf (25 km mit Landemführung): 1. Mütt in 31 Min. 4 1/2 Sek.; 2. Stol, 405 m; 3. Jacquelin, 470 m zurück. — 2. Lauf (5 km mit Motorführung): 1. Stol in 4 Min. 2 1/2 Sek.; 2. Jacquelin, 40 m; 3. Mütt, 200 m zurück. — 3. Lauf (2 km ohne Führung): 1. Mütt in 2 Min. 35 Sek.; 2. Stol; 3. Jacquelin. — Gesamtklassement nach Punktzahl: 1. Mütt 10 Punkte, 2. Stol 10 Punkte, 3. Jacquelin 16 Punkte. (Mütt wird als erster plaeiert, da er in zwei Läufern erster wurde.)

Rund um Berlin. 1. Lauf (für die Geldpreisfahrer): 80, 20, 10, 10, 10 M. 1. Kotsch in 3 Min. 58 Sek.; 2. Uberger, 3. Franz Suter, 4. Red, 5. Siewert. — 2. Lauf (für die Wertpreisfahrer): 2 Ehrenpreise. 1. Brenne in 4 Min. 16 Sek., 2. Faust, 3. Lenz, 4. Nörenberg, 5. Jolly.

Teile-Erinnerungs-Rennen. 100 km mit Motorführung 1900, 1200, 1000, 800, 700 M. 1. R. Walshour in 1 St. 18 Min. 16 1/2 Sek.; 2. R. Gniffa, 1740 m; dritter P. Guignard, 2430 m; 4. B. Ebert, 7010 m; 5. G. Janke, 10 490 m zurück. Walshour nimmt sofort die Spitze. Janke folgt ihm als zweiter; durch einen Motorschaden blüht er nach dem 20. km drei Stunden ein und kommt auf den letzten Platz. Guignard folgt dem Amerikaner als zweiter mit geringem Abstände bis nach dem 70. km, wo er, durch Nachgeben gezwungen, Gniffa passieren lassen mußte. Der Leipziger Ebert endete weit zurück als vierter vor Janke, der immer mehr zurückblieb. Walshour konnte vom 60. km die besiedelten Berde drücken. Mit einem Lorbeerkrone geschmückt, fährt er eine Ehrenrunde, auf der ihm Gniffa begleitet.

Landem-Prämienfahren. 4000 m. 60, 40, 20, 10 M. 1. Kadel-Pawle in 4 Min. 56 Sek.; 2. Schmittchen-Theis; 3. F. Stellbrink-Kops; 4. Freiwald-Abraham. 13 Paare im Rennen.

Ein tödlicher Straßensfall ereignete sich gestern mittag in der Weuffelstraße. Als ein mit Stroh hochbeladener Wagen der Firma Woll aus der Waldenstraße 2-4 durch die Straße fuhr, verunglückte sich mehrere Kinder damit, Strohhalm aus der Ladung herauszuziehen. So auch das vier Jahre alte Söhnchen Paul des Werkzeuglofers Woll aus der Weuffelstr. 20. Als der Wagen an der Ecke der Waldenstraße angekommen war, glitt der kleine Junge plötzlich aus und fiel so unglücklich hin, daß er mit dem Kopf unter das rechte Hinterrad geriet. Der Schädel wurde ihm durch den schweren Wagen vollständig zermalmt, so daß sein Tod auf der Stelle eintrat. Die Leiche des Knaben wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Der Gesangsverein „Neu erwacht“ (Chormeister Heinz Weil) veranstaltet am Sonntag, den 1. September, in den Gemächern der Brauerei Friedrichshain ein Doppelloungert unter Mitwirkung des Translatorenchors. Der Eintrittspreis beträgt 25 Pf. inkl. Programm im Vorverkauf.

„Ursachen und Folgen der Eizzeit“ lautet das Thema des Vortrages, den Dozent Jens Lügen am Mittwoch, den 28. August, abends 8 Uhr, im Verein von Freunden der Reptom-Sternwarte hält. Der Vortrag ist mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet und erwähnt wir aus dem interessantesten Programm: Beziehungen zwischen Gleichern und Eizzeit — Länge der Eizzeit — Bewegung derselben — Zeugen der Eizzeit — Finglingsblöde — das Strahlenflaster kleiner märkischer Städte — Ursachen der Eizzeit — Märkische Landschaften. — Mit dem großen Fernrohr wird der Jupiter, ein Fingstern oder ein Sternhaufen beobachtet, außerdem stehen den Besuchern kleinere Fernrohre kostenlos zur Verfügung, mit welchen beliebige Objekte aufgesucht werden können. Die ermäßigten Vereinskarten haben ebenfalls Gültigkeit. Gaffe sind besonders willkommen.

Das Verschwinden der 15 Jahre alten Tochter der Christburger Straße 17 wohnhaften Bieremehlers Eheleute beschäftigt seit einiger Zeit die Kriminalpolizei. Das stark entwickelte Mädchen ist am 12. August nach dem Geschäft gegangen, von dort aber in die elterliche Wohnung nicht wieder zurückgekehrt. Das Mädchen trug bei seinem Fortgang einen weißen Strohhut mit blauer Schleife, heller Muffelinschleife, schwarzen Rock mit weißen Streifen, schwarze Schnürstiefeln mit Lederspitzen und goldene Uhr mit Kette. Sie ist etwa 1,60 Meter groß, hat schwarzes Haar und braune Augen. Es wird angenommen, daß das Mädchen verschleppt worden ist, denn in letzter Zeit hat ein in Weiffensee wohnhafter 20 Jahre alter Mensch, der das Mädchen im Kino kennen gelernt hatte, dasselbe wiederholt an sich locken wollen. Personen, die irgend welche Angaben über das Mädchen machen können, werden gebeten, dies bei Gottlieb Bieremehler, Christburger Straße 17, Quergebäude II, oder auf dem Polizeirevier zu melden.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.
Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern nachmittag vor dem Hause Habsburgerstr. 12. Als dort der 20jährige Depeschendote Bruno V., Habsburgerstr. 12 wohnhaft, mit seinem Zweirad einem Kraftwagen ausweichen wollte, kam er zu Fall und stürzte so unglücklich, daß die Vorderäder des nachfolgenden Automobils ihm über den linken Unterschenkel hinweggingen. V. erlitt einen doppelten Bruch des linken Unterschenkels, sowie doppelten Rippenbruch und mußte nach dem Krankenhaus übergeführt werden.

Wilmerdsdorf.
Einen Dachstuhlbrand hatte die Feuerwehr am Sonntag in der Berliner Str. 54 zu löschen. Mit zwei Stöcken mußte längere Zeit Wasser gegeben werden, um eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Als Ursache wird auch hier Brandstiftung angenommen.

Neukölln.
Die städtische Volksbibliothek soll nach einem Beschluß der Deputation für die Volksbibliothek wegen des zeitweise in der Bibliothek herrschenden Andranges vom 1. Oktober d. J. ab verläßlichweise in der Zeit von abends 6-9 Uhr für die Kinderabgabe geöffnet sein. Der Vorschlag der Volksbibliothek und Leihabgabe für 1912 wurde in Einmütigkeit auf 300 M. und in Ausgabe auf 5800 M. festgestellt. — Für die Ausgabe der Quittungsformulare soll von den Lesern vom 1. April 1913 ab eine Gebühr von 5 Pf. für zehn Bettel erhoben werden.

Die Feuerwehr hatte am Sonntag einen großen Dachstuhlbrand in der Saalestraße zu löschen. Dort stand das Gebäude an der Annerstraße in Flammen. Diese hatten an dem Hausrat der Mieter und an der Dachkonstruktion so reiche Nahrung gefunden, daß sofort mit drei Schlauchleitungen Wasser gegeben werden mußte. Ueber eine mechanische Leiter mußten Sappeure das Dach ersteigen, dieses einbauen, damit die Raucher Luft erhielten. Mehrere Male mußten sie vor den Stichflammen zurückweichen, bevor es gelang, die Gewalt des entsetzlichen Elements zu brechen. Die Entstehung dieses Brandes ist nicht ermittelt. Die Hausbewohner brachten Brandstiftung.

Treptow-Baumshulenberg.
Eine Aufnahme über die vorhandenen Wohnungen nach dem Stande vom 15. Mai d. J. hat ergeben, daß in der Gemeinde ins-

gesamt 2006 Ein- und 3570 Zweizimmerwohnungen vorhanden waren. 1104 Wohnungen bestanden aus je 3, 398 aus je 4 und mehr Zimmern. Badegelegenheit war fast bei allen Wohnungen mit drei und mehr Zimmern vorhanden, während nur zwei Fünftel der Zwei- und ein Fünftel der Einzimmerwohnungen über Badegelegenheiten verfügten. Gastwirtschaften befinden sich 101, Bäden 435 am Orte, von denen stets mehrere leer stehen. Es wäre zweifellos zweckmäßiger, an Stelle der vielen neuen Bäden Wohnräume einzurichten.

Lichtenberg.
Ein schwerer Straßensfall, bei dem ein fünfjähriger Knabe zu Schaden kam, ereignete sich im Ortsteil Mümmelsburg. Dort lief der fünfjährige Heinz Conrad, Schillerstraße 31 bei den Eltern wohnhaft, kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 79 in der Lärchmidsstraße auf das Gleis. Das Kind wurde eingestochen und kam unter den Vorderperren mit dem linken Arm unter den Schutzrahmen zu liegen. Der Kleine erlitt einen Bruch des linken Schultergelenks sowie mehrere Wunden am Kopf und wurde nach dem Krankenhaus geschafft.

Weiffensee.
Aus der Gemeindevertretung. Ein in Birchholz angekauftes Bauerngehöft soll von der Gutsverwaltung zu Arbeiterwohnungen, bestehend aus je zwei Stuben und Küche, umgebaut werden. Für den Umbau sind 7000 M. erforderlich. Auf der 1913 in Leipzig stattfindenden Bauausstellung sollen die Modelle des Sänglingskinderhauses, des Pflanzschulgartens mit den noch zu errichtenden Gebäuden des Lebigenheims und der Feuerwache, sowie ein farbiges Bild, den Lageplan zwischen Schwanenteich und dem Weiffen See darstellend, ausgestellt werden. Zur Vergrößerung einiger Modelle usw. wurden für diesen Zweck 6000 M. bewilligt. Für den nach Berlin verzogenen Rechtsanwalt Cramer wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts und Gewerbegerichts Assessor Dr. Kischel gewählt. Zum dritten Vertreter des Vorsitzenden des Versicherungsamtes wurde der Nationalökonom Dr. Brandt bestellt. Dem Augusthaus in Charlottenburg wurde eine jährliche Beihilfe von 30 M. gewährt. Die Anregung, auf dem Schwanenteich eine Fontäne mit elektrischer Beleuchtung zu errichten, gab Anlaß zu einer regen Diskussion, weil man teilweise der Meinung war, daß für den Ort wichtigere Dinge der Erledigung harren, als solche Luxusvorrichtungen. Die geforderten 5000 M. wurden nach längerem für und wider jedoch einstimmig bewilligt. Die Vertretung nahm dann einen Vortrag eines Verkehrsingenieurs entgegen, der beantragt wurde, das Projekt einer Straßenbahn nach Hohenschönhausen auszuarbeiten. Ferner wurden zwei Grundstücke angekauft, die es endlich ermöglichen, eine geregelte Verkehrsstraße nach Hohenschönhausen zu schaffen. Doch außerdem noch die unerquicklichen Preiserhöhungen über den „Fall Allers“ besprochen wurden, verweist sich von selbst. Allgemein war man der Ansicht, daß hierdurch der Ort in einen Aufschwung kommen werde, der auf wirtschaftlichem Gebiete unangünstige Folgen haben werde. Die Vertretung entschloß sich, in einzelnen Fällen die Gerichte entscheiden zu lassen, da manche Handlungen Erpressungen gleichen. Die alte Fraktion ist willens, in ihren Kreisen eine Versammlung zu veranstalten, wo die ganze Angelegenheit „möglichst objektiv“ behandelt werden soll. Wenigstens drückt sich Herr Fischer so aus.

Wilhelmsruh-Rosenthal.
In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung führte Genosse Wilbrodt Beschwerde, weil der bereits in zwei Sitzungen gestellte Antrag, der Arbeiter-Samariterkolonne eine Beihilfe von 100 M. zu bewilligen, nicht auf die Tagesordnung gesetzt sei. Man glaubte anscheinend, den Antrag stillschweigend zu verwerfen. Weiter protestierten unsere Genossen gegen die bereits im „Vorwärts“ kritisierten Äußerungen des Rektors Schulz, der den Schullindern verbieten möchte, „sozialdemokratische Feste“ zu besuchen. In einem Antrage, der von den bürgerlichen Vertretern lebhaft unterstützt wurde, wurden 20 M. zur Unterstützung des Luftlotterummels gefordert. Die Genossen Weyel und Haschey sprachen sich entschieden gegen die Bewilligung der Summe aus; man solle die Gelder der Gemeinde nicht zur Unterstützung des Militarismus, sondern zu kulturellen Zwecken und zur Armenpflege verwenden. Für den Antrag, der in einer früheren Sitzung abgelehnt wurde, stimmten sämtliche bürgerlichen Vertreter; er gelangte also gegen die drei Stimmen unserer Genossen zur Annahme. Ein Antrag der Gemeindebeamten auf Erhöhung der Gehälter wurde auf Antrag unserer Genossen einer Kommission überwiesen; dort soll über die Gehaltsverhältnisse der Beamten und Arbeiter eingehend beraten werden.

Nieder-Schönhausen.
Die letzte Gemeindevertreterversammlung hatte sich nochmals mit der Wahl des Genossen Hiege zu beschäftigen. Bürgermeister Abraham verlas zunächst den Protest des Lehrers Franzen, in dem angeführt wurde, daß Hiege kein Angehöriger im Sinne der Landgemeindeordnung sei. Auf einem anderen Standpunkt stellte sich der Bürgermeister, der ausführte, daß er aus den Vernehmungen des Herrn Hiege den Eindruck gewonnen habe, daß dieser die gesetzlich geforderte Hausbesitzerqualität besitze. Nach seiner Überzeugung werde selbst bei einer Klage das Oberverwaltungsgericht die Wahl für gültig erklären; er bitte deshalb der Gültigkeitserklärung zuzustimmen. In der Debatte ließen sich die bürgerlichen Redner, mit Ausnahme des Herrn A. Kaufmann, der sich für die Gültigkeit erklärte, von dem Gedanken leiten, weil der Gewählte Sozialdemokrat sei, müsse die Wahl für ungültig erklärt werden. Herr Dr. Pratisch beklagte es tief, daß ein bürgerlicher Vertreter sich für die Gültigkeit erklären könne; für ihn seien selbst die Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts nicht maßgebend. Er lasse sich nur von dem Gefühl leiten, daß eine ungesetzliche Handlung begangen worden sei; deshalb müsse die Wahl für ungültig erklärt werden. Unsere Genossen Breitmann und Hellrich wiesen nach, daß viele Hausbesitzer aus dem bürgerlichen Lager in Wirklichkeit nur Verwalter fremder Hypotheken seien; außerdem sei es falsch, wenn immer darauf berungelt werden, Hiege sei nur aus Parteisüchtheiten Hausbesitzer geworden. Besonders gegen den Vorwurf, daß die sozialdemokratische Partei etwas Ungesetzliches begangen habe, legten unsere Vertreter Verwahrung ein. Hierauf wurde die Wahl, wie bereits kurz gemeldet, für gültig erklärt, und zwar mit 8 gegen 5 Stimmen.

Die Festlegung einer Geschäftsverweisung für die Verwaltung der offenen Armenpflege wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Als Armenvorsteher für den scheidenden Bezirk wurde Lehrer Engelhardt, Plankenburger Straße 68, gewählt. Unter Mitteilungen wurde zunächst bekanntgegeben, daß die Regierung die vom Gemeindevorstand beantragte Sparliste abgelehnt habe. Von dem Kartoffelverkauf seien noch 52,80 M. aus; diese Summe wurde niedergeschlagen. Von der Großen Berliner Straßenbahn wurde mitgeteilt, daß sie die Einführung des Bejournementverkehrs für die Linie 57 ablehne.

Ober-Schöneweide.
Die Gemeindevertreterwahlen, die am Freitag vorgenommen wurden, hatten das Ergebnis, daß in der 1. Klasse die Fabrikdirektoren Baron von der Ropp und Wolff, in der 2. Klasse die Hausbesitzer Ross und Trautmann gewählt wurden. Beim Volksfest ist noch eine Handtasche gefunden worden; sie ist in der „Vorwärts“-Expedition, Wilhelmshofstr. 17 II, abzuholen. Die Ausstellung, die vom Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke vom 23. August bis 1. September im Realgymnasium veranstaltet wird, ist geöffnet von 11-1 Uhr vormittags und 5 bis 7 Uhr nachmittags, Sonntags von 11-4 Uhr; der Eintritt ist unentgeltlich. Zweckes Übernahme der Führung von Korporationen durch die Ausstellung ist der Leiter dort täglich von 9 Uhr vormittags ab zu sprechen.

Insertentheil veranw.: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Grünau.
Ein schwerer Bootsunfall, der einem jungen Mädchen das Leben kostete, ereignete sich hier auf der Dahme. In einem Boot hatte der Kaufmann Stein mit einem jungen, etwa 20 Jahre alten Mädchen Reinhard eine Spazierfahrt unternommen. Als das Boot sich auf der Heimfahrt befand, kam aus entgegengelegter Richtung der Schlepper „Paul“. Aus Angst gab nun das junge Mädchen das Rudern auf, und im nächsten Augenblick kenterte der Schlepper. Herr Stein vermochte sich noch an dem Boot festzuhalten, während das Mädchen sofort unterging. Alle Rettungsversuche waren vergeblich. Das Mädchen kam nicht wieder zum Vorschein, auch die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Potsdam.
Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die letzte Sitzung hatte sich mit der Ausarbeitung eines Urkundenbuchs zu befassen. Da die Darstellung der Anfänge und früheren Perioden der Potsdamer Stadtgeschichte in ihren Quellenangaben so unbestimmt und zerstreut sind, sollen sie gesammelt und geordnet werden. Zu diesem Zwecke sollen die Staats- und königlichen Archive von Berlin, Potsdam, Magdeburg und anderen Städten eingesehen werden. Die Stadtgeschichte soll vom Jahre 1722 ab behandelt werden. Oberlehrer Dr. Posch an vom Realgymnasium hat sich erboten, diese Arbeit unentgeltlich zu verrichten, verlangt jedoch Ertrag der Aufträge für Fahrtkosten in Höhe von 400 M., die bewilligt wurden. — Für die Renovierung der Krankenzimmer der Prostituierten im städtischen Krankenhaus wurden 1100 M. bewilligt; ferner 325 M. zur Anbringung von 50 Steckdosen zur Erleichterung der Verabreichung der elektrischen Bäder. — Zum Ankauf des Palastes Barbarian wurden 800 000 M. bewilligt. — Die Erneuerung des Volkwerks auf der Freundschaftsinsel erforderte den Betrag von 600 M., die bewilligt wurden. — Eine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten wird im September in Potsdam stattfinden; dafür sind seitens der Stadt 500 M. bewilligt worden. Die Stadtverordneten bewilligten abermals 200 M. zur Beschaffung von Auszeichnungen für die Aussteller. — In einer Eingabe beschwerte sich die Vereinigung elektrotechnischer Privatfabriken über die Konkurrenz des städtischen Elektrizitätswerkes und ersuchte, auf die Interessen der Mitglieder der Vereinigung Rücksicht zu nehmen.

Eingegangene Druckschriften.

„In freien Stunden“. Heft 32-34. Jede Woche ein Heft zum Preise von 10 Pf. Wer die Zeitschrift „In freien Stunden“ noch nicht kennt, bestelle vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68, kostenlos Lieberung einer Probeummer. Abonnementbestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Spektreure und Kolporteurs entgegen.

Die „Kommunale Praxis“. Nr. 32-34. Die „Kommunale Praxis“ kostet pro Quartal 3 M. und ist durch alle Buchhandlungen, Spektreure und Kolporteurs zu beziehen. Einzelnummern kosten 30 Pf. Probehefte liefert der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68, kostenlos.

Als Heft 31 der Arbeitergesundheitsbibliothek erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin: Dr. Silberstein: Die Berufskrankheiten der Buchdrucker.

Das vorliegende Heft eröffnet die Reihe der gewerblichen Einzelberufe, welche die Arbeitergesundheitsbibliothek in ihrer Eigenart und gesundheitlichen Bedeutung für die Arbeiter schildern will, und behandelt das Thema mit großer Sachkenntnis und Geduld. Preis 50 Pf., Vereinsausgabe 20 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

Die Wohnungsnöt in Frankfurt a. M., ihre Ursache und ihre Abhilfe. 44 S. Herausgegeben vom Institut für Gemeinwohl. Das Organisationsrecht der Arbeitnehmer. Von Rechtsanwalt Dr. Halpert. 15 Pf. Demokratische Vereinigung, Schöneberg, Kolonnenstraße 54.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, unten vier Treppen — Poststraße — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Nachname und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnommenentzung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

— N. 23. 15. 1. 31. August und 2. September. 2. Die Dienstpflicht reicht bis dahin. 3. Ja, bis zu 15 M. Geldstrafe. 4. Ja. — N. 24. 89. Die wirklich entstandenen Kosten ja. — G. R. 99. 1 und 2. Ihre Frau ist zur Bezahlung der 210 M. verpflichtet. Sie persönlich haften nicht. — N. R. 8. 1. Das Urteil wird für Anwalt im Streit haben. Wegen Bezahlung der Schreibgebühren — 30 Pf. pro Seite — erhalten Sie auf Antrag vom Gericht eine weitere Ausfertigung. 2. Möglich. Der Antrag hat aber erst nach Jahresfrist, von Rechtskraft des Urteils gerechnet, Aussicht auf Erfolg. Der Antrag ist beim Landgericht einzureichen. — N. 2. 50. Sie sind zahlungspflichtig, da Reich zur Reichsfinanzverwaltung gehört. — G. R. 100. 1. Ja. 2. Nein. 3. Die Beantwortung der Frage müssen wir ablehnen. 4. Klage, die Urteil verurteilt, beim Amtsgericht Neudamm. — N. G. 41. Nein. — G. B. 35. 1. Leider ja. 2. Berlin, Reichsgericht. 3. 1. 2. 3. für ehelich erklären lassen. Die Erklärung ist zu notariell oder gerichtlichem Protokoll abzugeben. Vormund und Kindesmutter, sowie Ihre Frau müssen zustimmen. — F. W., Friedenau. Die Firma kann Zahlung verlangen.

Marktbericht von Berlin am 24. August 1912. nach Ermittlung des Amtl. Preisprüfungsamts. Kartoffeln (Kleinhandl.) (Reinhandl.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Kochen 30,00-30,00. Speisebohnen, weiße, 30,00-30,00. Linsen 40,00-30,00. Kartoffeln (Kleinhandl.) 5,00-12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,50-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50-1,90. Schweinefleisch 1,60-2,40. Kalbfleisch 1,50-2,40. Hammelfleisch 1,70-2,40. Butter 2,40-3,00. 60 Stück Eier 3,60-6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,60-2,40. Aale 1,00-3,20. Jander 1,40-3,00. Döchte 1,60-3,00. Backhe 1,00-2,40. Schote 1,60-3,20. Meie 0,80-1,60. 60 Stück Kacke 4,00-40,00.

Witterungsbericht vom 26. August 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Temp. in °F	Temp. in °C
Eminende	752,00	SW	3	wolkig	15	59	11
Hamburg	750,00	SW	4	Rebel	15	59	13
Berlin	752,00	SW	2	Rebel	15	59	9
Kranich	749,00	SW	2	Rebel	16	61	9
Röhren	752,00	SW	2	Rebel	15	59	9
Wien	753,00	SW	1	wolkig	15	59	17

Wetterprognose für Dienstag, den 27. August 1912.
Weslich wolkig oder trübe mit einzelnen geringen Regenschauern, am Tage ziemlich mild bei schwachen südlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Stationen	am 25. 8.	am 26. 8.	Stationen	am 25. 8.	am 26. 8.
Remet, Tüpf	104	0	Saale, Spandau	58	-1
Tregel, Unterburg	39	-2	Saale, Griebau	12	-9
Wischel, Thorn	72	-6	Kathenow	11	+9
Oder, Ratibor	123	+7	Spree, Spremberg	72	0
• Krollen	111	-2	• Bestrom	78	+1
• Frankfurt	129	+9	• Beyer, Rindben	180	+28
• Warte, Schimm	-	-	• Rindben	240	+46
• Landsberg	-19	+2	• Rhein, Dammillanbau	535	+3
• Rege, Gordanum	-4	+1	• Raab	305	-3
• Elbe, Zeitmerich	-67	-5	• Rön	307	+10
• Dresden	-57	+1	• Redar, Weißbrom	111	-12
• Barby	125	0	• Main, Hanau	130	+9
• Magdeburg	104	-1	• Wosel, Eiter	-	-

1) + bedeutet Hoch, - Fall. — 2) Unteregel. Nach Mitteilung der Landesanstalt haben Ober, Zinner und seine Nachfolger, daß jedoch bisher nur von mittlerer Höhe und zum Teil schon wieder im Rückgang ist. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.